

Verfolgung und Ermordung der Juden 1933–1945

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte und des
Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

von

Susanne Heim, Ulrich Herbert,
Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller,
Dieter Pohl und Hartmut Weber

R. Oldenbourg Verlag München 2011

Die Verfolgung und Ermordung der
europäischen Juden durch das nationalsozialistische
Deutschland 1933–1945

Band 4

Polen
September 1939 – Juli 1941

Bearbeitet von Klaus-Peter Friedrich

Mitarbeit: Andrea Löw

R. Oldenbourg Verlag München 2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2011 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Einband und Schutzumschlag: Frank Ortmann und Martin Z. Schröder
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Lektorat: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Karte: Peter Palm, Berlin, nach einer Vorlage von Giles Wesley Bennett
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN: 978-3-486-58525-4

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorische Vorbemerkung	9
Einleitung	13
Dokumentenverzeichnis	57
Dokumente	73
Glossar	721
Abkürzungsverzeichnis	725
Verzeichnis der im Dokumententeil genannten Archive	729
Systematischer Dokumentenindex	731
Register der Institutionen, Firmen und Zeitschriften	733
Ortsregister	739
Personenregister	743

Vorwort

Die Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“ ist auf insgesamt 16 Bände angelegt, die in den nächsten Jahren erscheinen werden. In ihnen wird eine thematisch umfassende, wissenschaftlich fundierte Auswahl von Quellen publiziert. Der Schwerpunkt wird auf den Regionen liegen, in denen vor Kriegsbeginn die meisten Juden gelebt haben: insbesondere auf Polen und den besetzten Teilen der Sowjetunion. So dokumentiert der vorliegende vierte Band der Edition die Entrechtung, Enteignung und Gettoisierung der Juden im besetzten Polen in der Zeit zwischen dem deutschen Überfall am 1. September 1939 und der Ausweitung des Kriegs im Sommer 1941. Die Verfolgung und Ermordung der polnischen Juden in den Jahren bis 1945 sind Thema zweier weiterer Bände.

Im Vorwort zum ersten Band der Edition sind die Kriterien der Dokumentenauswahl detailliert dargelegt. Die wichtigsten werden im Folgenden noch einmal zusammengefasst:

Quellen im Sinne der Edition sind Schrift- und gelegentlich auch Tondokumente aus den Jahren 1933–1945. Fotografien wurden nicht einbezogen, vor allem, weil sich die Umstände ihrer Entstehung oft nur schwer zurückverfolgen lassen. Auch Lebenserinnerungen, Berichte und juristische Unterlagen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden sind, werden aus quellenkritischen Gründen nicht in die Edition aufgenommen. Allerdings wird von ihnen in der Kommentierung vielfältiger Gebrauch gemacht. Dokumentiert werden die Aktivitäten und Reaktionen von Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen, Überzeugungen und Absichten, an verschiedenen Orten, mit jeweils begrenzten Horizonten und Handlungsspielräumen – Behördenschreiben ebenso wie private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, Zeitungsartikel und die Berichte ausländischer Beobachter. Innerhalb der Bände sind die Dokumente chronologisch angeordnet; von wenigen Ausnahmen abgesehen, werden die Quellen ungekürzt wiedergegeben.

Die Dokumentation wechselt vom Bericht eines jüdischen Jugendlichen über die Demütigungen nach dem deutschen Einmarsch zu Hitlers Plan einer Neuordnung der ethnischen Verhältnisse in Europa. Der Brief einer jungen Jüdin, die die Not der aus Bromberg vertriebenen Juden schildert, steht neben dem Plakat, auf dem Juden, die verbotswidrig mit Textilien handeln, die Todesstrafe angedroht wird; das Bittschreiben an die Besatzungsbehörden oder jüdischen Hilfsorganisationen neben dem Aufruf der polnischen Untergrundbewegung und den Notizen des Judenrats über die Lage im Getto.

Der häufige Perspektivenwechsel ist gewollt: Das zufällige und widersprüchliche Nebeneinander der Ereignisse entspricht eher der zeitgenössischen Wahrnehmung als ein nachträglich konstruierter Aufbau. Ein Sachgruppenindex soll die thematische Zuordnung der Dokumente erleichtern und Zusammenhänge verdeutlichen.

Die Herausgeber danken der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Förderung des Editionsprojekts. Ferner schulden sie einer großen Zahl von Fachleuten und Privatpersonen Dank, die durch Quellenhinweise, biographische Informationen über die in den Dokumenten erwähnten Personen und Auskünfte zur Kommentierung die Arbeit unterstützt haben. Die polnischsprachigen Dokumente hat Ruth Henning ins Deutsche übertragen, die englischsprachigen Birgit Kolboske bzw. Britta Grell; die Übersetzungen

aus dem Jiddischen hat Sabine Boehlich, die aus dem Hebräischen haben Antje Naujoks und Anke Wisch angefertigt. Als studentische oder wissenschaftliche Hilfskräfte haben an diesem Band mitgearbeitet: Romina Becker, Giles Bennett, Natascha Butzke, Florian Danecke, Miriam Schelp, Remigius Stachowiak, als wissenschaftliche Mitarbeiterin Dr. Gudrun Schroeter.

Hinweise auf abgelegene oder noch nicht erschlossene Quellen zur Judenverfolgung, insbesondere auf private Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, nehmen die Herausgeber für die künftigen Bände gerne entgegen. Da sich trotz aller Sorgfalt gelegentliche Ungenauigkeiten nicht gänzlich vermeiden lassen, sind sie für entsprechende Mitteilungen dankbar. Die Adresse des Herausgeberkreises lautet: Institut für Zeitgeschichte, Edition Judenverfolgung, Finckensteinallee 85 – 87, D-12205 Berlin.

Berlin, München, Freiburg i.Br. im Januar 2011

Editorische Vorbemerkung

Die Quellenedition zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden soll in der wissenschaftlichen Literatur als VEJ abgekürzt zitiert werden. Das geschieht im Fall von Querverweisen zwischen den einzelnen Bänden auch in dem Werk selbst. Die Dokumente sind – mit jedem Band neu beginnend – fortlaufend nummeriert. Demnach bedeutet „VEJ 4/200“ Dokument Nummer 200 im 4. Band dieser Edition. Die Drucklegung der einzelnen Schriftzeugnisse folgt dem Schema: Überschrift, Kopfzeile, Dokument, Anmerkungen.

Die halbfett gesetzte, von den Bearbeitern der Bände formulierte Überschrift gibt Auskunft über das Entstehungsdatum des folgenden Schriftstücks, dessen Kernbotschaft, Verfasser und Adressaten. Die darunter platzierte Kopfzeile ist Teil des Dokuments. Sie enthält Angaben über die Gattung der Quelle (Brief, Gesetzentwurf, Protokoll usw.), den Namen des Verfassers, den Entstehungsort, gegebenenfalls Aktenzeichen, Geheimhaltungsvermerke und andere Besonderheiten. Die in Berlin seinerzeit ansässigen Ministerien und zentralen Behörden, etwa das Reichssicherheitshauptamt oder die Kanzlei des Führers, bleiben ohne Ortsangabe. Die Kopfzeile enthält ferner Angaben über den Adressaten, gegebenenfalls das Datum des Eingangsstempels, sie endet mit dem Entstehungsdatum und Hinweisen auf Bearbeitungsstufen der überlieferten Quelle, etwa „Entwurf“, „Durchschlag“ oder „Abschrift“.

Anschließend folgt der Text. Anrede- und Grußformeln werden mitgedruckt, Unterschriften jedoch nur einmal in die Kopfzeile aufgenommen. Hervorhebungen der Verfasser in den Originaltexten werden übernommen. Sie erscheinen unabhängig von der in der Vorlage verwendeten Hervorhebungsart im Druck immer kursiv. Fallweise erforderliche Zusatzangaben finden sich in den Anmerkungen.

Während die von den Editoren formulierten Überschriften und Fußnoten der heutigen Rechtschreibung folgen, gilt für die Quellen die zeitgenössische. Dies führt dazu, dass in den Überschriften und Fußnoten „Erlass“ stehen kann, im Text der Quelle „Erlaß“. Eigennamen von Institutionen bleiben von veränderten Rechtschreibregeln unberührt. Offensichtliche Tippfehler in der Vorlage und kleinere Nachlässigkeiten sowie besondere Schreibweisen, die auf das Fehlen entsprechender Typen auf der Schreibmaschine zurückzuführen sind (Ae statt Ä, ss statt ß) werden stillschweigend korrigiert, widersprüchliche Schreibweisen und Zeichensetzungen innerhalb eines Dokuments vereinheitlicht. Versehentlich ausgelassene Wörter oder Ergänzungen infolge unlesbarer Textstellen fügen die Editoren in eckigen Klammern ein. Bilden jedoch bestimmte orthographische und grammatikalische Eigenheiten ein Charakteristikum der Quelle, vermerken sie „Grammatik und Rechtschreibung wie im Original“. Abkürzungen, auch unterschiedliche (z. B. J.S.S., JSS., JSS und ŽSS für die Jüdische Soziale Selbsthilfe), werden im Dokument nicht vereinheitlicht. Sie werden im Abkürzungsverzeichnis erklärt. Ungebräuchliche Abkürzungen werden bei der ersten Nennung in eckigen Klammern aufgelöst oder in Fußnoten erläutert.

Handschriftliche Zusätze in maschinenschriftlichen Originalen übernehmen die Editoren ohne weitere Kennzeichnung, sofern es sich um formale Korrekturen und um Einfügungen handelt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit vom Verfasser stammen. Verändern

sie die Aussage in beachtlicher Weise – schwächen sie ab oder radikalisieren sie –, wird das in den Fußnoten vermerkt und, soweit feststellbar, der Urheber mitgeteilt. Auf die in den Originalen häufigen, von den Empfängern oder auch von späteren Lesern vorgenommenen Unterstreichungen mit Blei- oder Farbstift wird im Allgemeinen pauschal, in interessanten Einzelfällen speziell in der Fußnote hingewiesen.

In der Regel werden die Dokumente im vollen Wortlaut abgedruckt. Nur ausnahmsweise, sofern einzelne Dokumente sehr umfangreich sind, etwa bei ausführlichen, längere Zeiträume betreffenden Lageberichten, erfolgt der Abdruck nur teilweise. Dasselbe gilt für Sitzungsprotokolle, die nicht insgesamt, sondern nur in einem abgeschlossenen Teil von der nationalsozialistischen Judenpolitik oder den damit verbundenen Reaktionen handeln. Solche Kürzungen sind mit eckigen Auslassungsklammern gekennzeichnet; der Inhalt wird in der Fußnote skizziert. Undatierte Monats- oder Jahresberichte erscheinen am Ende des jeweiligen Zeitraums. Von der strikten Einordnung der Dokumente nach ihrer Entstehungszeit wird nur in wenigen Ausnahmen abgewichen, etwa im Fall von Zeugenaussagen jüdischer Flüchtlinge, die 1940 in Palästina die ersten Wochen und Monate der deutschen Besatzung Polens beschrieben, oder bei den Berichten, die 1941 für das Untergrundarchiv des Warschauer Gettos aufgezeichnet wurden, aber sich auf die vorangegangenen Jahre beziehen. Diese zwar zeitnah, doch schon retrospektiv abgefassten Beschreibungen werden zum Teil nicht unter dem Entstehungsdatum, sondern unter dem Datum des geschilderten Ereignisses eingereiht.

Insbesondere bei den Dokumenten, die ursprünglich für das Untergrundarchiv des Warschauer Gettos (Ringelblum-Archiv) gesammelt wurden, lassen sich Entstehungszeitpunkt und -zusammenhang manchmal nicht zweifelsfrei bestimmen. Auf mögliche Unsicherheiten bei der zeitlichen Einordnung sowie bei der Frage, ob es sich bei einigen dieser Dokumente um Originale oder Abschriften handelt, wird in den Anmerkungen hingewiesen.

In der ersten, der Überschrift angehängten Fußnote stehen der Fundort, sofern er ein Archiv bezeichnet, auch die Aktensignatur und, falls vorhanden, die Blattnummer. Hinweise auf Kopien von Archivdokumenten in Forschungseinrichtungen und im Bundesarchiv Berlin werden immer dann verzeichnet, wenn die an den ursprünglichen Fundorten befindlichen Originale dort nicht eingesehen wurden. Handelt es sich um gedruckte Quellen, etwa Zeitungsartikel oder Gesetzestexte, finden sich in dieser Fußnote die üblichen bibliographischen Angaben. Wurde eine Quelle schon einmal in einer Dokumentation zum Nationalsozialismus beziehungsweise zur Judenverfolgung veröffentlicht, wird sie nach dem Original ediert, doch wird neben dem ursprünglichen Fundort auch auf die erste Publikation verwiesen. In einer weiteren Fußnote werden die Entstehungsumstände des Dokuments erläutert, gegebenenfalls damit verbundene Diskussionen, die besondere Rolle von Verfassern und Adressaten, begleitende oder sich unmittelbar anschließende Aktivitäten.

Die folgenden Fußnoten erläutern sachliche und personelle Zusammenhänge. Sie verweisen auf andere – unveröffentlichte oder veröffentlichte – Dokumente, sofern das für die geschichtliche Einordnung hilfreich erscheint. Weiterhin finden sich in den Fußnoten Erläuterungen zu einzelnen Details, etwa zu handschriftlichen Randnotizen, Unterstreichungen, Streichungen. Bearbeitungsvermerke und Vorlageverfügungen werden entweder in der weiteren Fußnote als vorhanden erwähnt oder aber in den späteren Fußnoten entschlüsselt, sofern sie nach Ansicht der Editoren wesentliche Aussagen enthalten. Für

die im Quellentext genannten Abkommen, Gesetze und Erlasse werden die Fundorte nach Möglichkeit in den Fußnoten angegeben, andere Bezugsdokumente mit ihrer Archivsignatur. Konnten diese nicht ermittelt werden, wird das angemerkt.

Für die in den Schriftstücken angeführten Absender und Adressaten wurden, soweit möglich, die biographischen Daten ermittelt und angegeben. Dasselbe gilt für die im Text erwähnten Personen, sofern sie als handelnde Personen eingestuft werden. Die Angaben stehen in der Regel in der Fußnote zur jeweils ersten Nennung des Namens innerhalb eines Bandes und lassen sich so über den Personenindex leicht auffinden.

Die Kurzbiographien beruhen auf Angaben, die sich in Nachschlagewerken, in der Fachliteratur und in der Datenbank der Opfer der Schoa von Yad Vashem finden. In einigen Fällen wurden Personalakten und -karteien eingesehen, Stadt- und Firmenarchive, Standesämter und Spezialisten befragt. Für denselben Zweck wurden die auf die NS-Zeit bezogenen Personenkarteien und -dossiers einschlägiger Archive benutzt: in erster Linie die des ehemaligen Berlin Document Center und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg), die heute im Bundesarchiv verwahrt werden.

Trotz aller Mühen gelang es nicht immer, die biographischen Daten vollständig zu ermitteln. In solchen Fällen enthält die jeweilige Fußnote nur die gesicherten Angaben, wie z. B. das Geburtsjahr. Waren Personen nicht zu identifizieren, wird auf eine entsprechende Anmerkung verzichtet; desgleichen bei allseits bekannten Personen wie Adolf Hitler oder Heinrich Himmler.

In der Regel setzen die Editoren die zeitüblichen Begriffe des nationalsozialistischen Deutschlands nicht in Anführungszeichen. Dazu gehören Wörter wie Judenrat, Judenältester etc. Der Kontext macht deutlich, dass keines der Wörter affirmativ gebraucht wird. Die Begriffe Jude, Jüdin, jüdisch werden folglich, den Umständen der Zeit entsprechend, auch für Menschen verwandt, die sich nicht als jüdisch verstanden haben, aber aufgrund der Rassengesetze so definiert wurden und daher der Verfolgung ausgesetzt waren. Begriffe wie „Arisierung“ oder „arisch“, die eigentlich auch Termini technici der Zeit waren, werden in Anführungszeichen gesetzt. Ein solcher nicht klar zu definierender Gebrauch der Anführungszeichen lässt sich nicht systematisch begründen. Er bildet einen gewiss anfechtbaren Kompromiss zwischen historiographischer Strenge und dem Bedürfnis, wenigstens gelegentlich ein Distanzsignal zu setzen.

Ein großer Teil der Dokumente wurde aus dem Polnischen übersetzt. Dabei ist bei Straßennamen an den polnischen Namen der Zusatz „-Straße“ angefügt worden. Die Ortsnamen wurden aus den Dokumenten übernommen, es sei denn, die deutsche Ortsbezeichnung ist seit alters gebräuchlich (z. B. Auschwitz, Breslau, Bromberg, Gdingen, Graudenz, Kattowitz, Krakau, Lodz, Posen, Tschenstochau, Warschau). Im Fall von Orten, die seit 1919 Teil der Zweiten Polnischen Republik waren, sowie bei Namen, die im Zeichen systematischer Germanisierung zwischen 1939 und 1945 eingedeutscht wurden, steht gegebenenfalls der landesübliche Name in Klammern, z. B. Zichenau (Ciechanów). In deutschen Dokumenten, deren Verfasser von der polnischen Sprache und Kultur in der Regel keine Kenntnis hatten, stehen polnische Ortsnamen häufig in einer mehr oder weniger verballhornten Form. Sofern nicht nur die polnischen Sonderzeichen zu korrigieren wären, wird die Schreibweise in der Regel in einer Fußnote verbessert. Im Register, das zugleich als Konkordanz der deutschen und polnischen Ortsnamensformen dient, werden alle Orte einschließlich der korrekten Sonderzeichen aufgeführt. Die im damaligen Polen diskutierte „jüdische Frage“ (kwestia żydowska) wird – auch um eine Unter-

scheidung zur nationalsozialistischen Judenfrage zu treffen – im Allgemeinen so übersetzt.

Ein besonderes Problem bildet die wechselnde Schreibweise des Begriffs Getto bzw. Ghetto. Im Deutschen waren damals beide Formen gebräuchlich. Sie werden daher wie im Original belassen. In übersetzten Dokumenten wird die Schreibweise Getto benutzt, desgleichen in der Einleitung und im Kommentierungstext.

Hebräische und zeitgenössische polnische Begriffe werden in einer Fußnote, bei Mehrfachnennung im Glossar erläutert.

In der Gesamtedition sind drei Bände für das deutsch besetzte Polen vorgesehen. Die Aufteilung orientiert sich an chronologischen und verwaltungsmäßigen Aspekten, wobei der erste Polen-Band die Entwicklung von September 1939 bis Juli 1941 im gesamten Gebiet abdeckt. Für den Zeitraum von August 1941 bis 1945 behandelt der zweite Polen-Band (Band 9 der Edition) das Generalgouvernement und der dritte (Band 10 der Edition) die in das Reich eingegliederten westpolnischen Gebiete. Das Geschehen in den 1939 von der Sowjetunion eroberten Gebieten im Osten der Zweiten Polnischen Republik spiegelt Band 7 der Edition über die Sowjetunion und annektierte Gebiete (I) wider. Außerdem ist ein abschließender 16. Band geplant, der sich mit dem Konzentrationslager Auschwitz zwischen 1942 und 1945 und mit den Todesmärschen der Jahre 1944 und 1945 befasst.

Einleitung

Nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 gerieten binnen weniger Wochen etwa zwei Millionen polnischer Juden unter deutsche Herrschaft.¹ Als die Besatzer fünf Jahre später Polen räumen mussten, lebten nur noch zehn Prozent von ihnen. Insgesamt drei Bände dieser Edition sind der Judenverfolgung in Polen gewidmet. Der vorliegende Band dokumentiert die Verfolgung in den polnischen Gebieten vom deutschen Einmarsch in Polen bis zum Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941. Band 9 behandelt die Situation im Generalgouvernement von August 1941 bis 1945, Band 10 die Lage in den eingegliederten Gebieten im selben Zeitraum.

Im Zentrum dieses Bandes stehen der Terror, den Wehrmacht und SS unmittelbar nach dem Einmarsch entfalteten, die Demütigung der jüdischen Bevölkerung, ihre sukzessive Entrechtung unter der Besatzungsherrschaft, ihre wirtschaftliche Ausplünderung und schließlich die Gettoisierung. Befehle, Verordnungen, Verlautbarungen, Tätigkeitsberichte und Sitzungsprotokolle der beteiligten Behörden verdeutlichen die Dimensionen der Verfolgung, mit der die polnischen Juden sich konfrontiert sahen. Sie zeigen auch, welche Konfusion insbesondere in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn herrschte. Mit der Besetzung Polens erhöhte sich die Zahl der Juden im deutschen Machtbereich um ein Vielfaches. Zugleich schien die Ostexpansion neue Möglichkeiten zur „Lösung der Judenfrage“ zu eröffnen. Es ging nunmehr um groß angelegte Projekte zur Umsiedlung von Juden und anderen Bevölkerungsgruppen, um die „Ostgebiete“ nach „rassischen“ Gesichtspunkten neu zu ordnen. Mit Deportationen von Juden in den Ostteil der soeben besetzten Gebiete und der Umsiedlung deutschstämmiger Gruppen aus den Gebieten, die die Sowjetunion beanspruchte, sollte die „Germanisierung“ der annektierten westpolnischen Gebiete vorangetrieben werden. Diese verschiedenen Umsiedlungs- und Deportationsvorhaben, die Probleme, die sie aus deutscher Sicht aufwarfen, und die Folgerungen, die daraus abgeleitet wurden, sind im vorliegenden Band ebenso dokumentiert wie die aggressive antijüdische Propaganda in den deutsch besetzten Gebieten.

Hunderttausende polnische Juden flohen nach Kriegsbeginn in sowjetisch besetztes Gebiet, in der Hoffnung, so der Verfolgung zu entgehen. Die meisten blieben jedoch, wo sie waren, versuchten, sich zu arrangieren, Daseins- und schließlich Überlebenschancen auszuloten. Die hier publizierten Quellen – Briefe, Tagebucheinträge, offizielle und geheime Dossiers, Flugblätter und andere Untergrundpublikationen – vermitteln einen Eindruck von der Ratlosigkeit, die unter den polnischen Juden herrschte, von ihren Deutungsversuchen und ihrem Umgang mit der Bedrohung. Sie zeugen von der ambivalenten Rolle der von den Deutschen eingesetzten Judenräte wie auch von den Bemühungen jüdischer Organisationen und Einzelpersonen, das Leben neu zu organisieren und Möglichkeiten der Selbsthilfe sowie Wege des Widerstands zu finden. Sie belegen die unterschiedlichen Reaktionen der ebenfalls vom Terror bedrohten nichtjüdischen Polen auf die Judenver-

¹ Im Folgenden werden die Begriffe „Juden“ und „Polen“ verwendet, unabhängig davon, dass die polnischen Juden auch polnische Staatsbürger waren und sich nicht alle als Juden verstanden haben.

folgung, beleuchten die Rolle der polnischen Exilregierung und zeigen, welche Nachrichten aus dem besetzten Polen ins Ausland gelangten.

Am Ende dieser hier dokumentierten, nicht einmal zwei Jahre dauernden Zeitspanne waren die polnischen Juden gekennzeichnet, entrechtet, verarmt und die meisten von ihnen in überfüllten Gettos oder Arbeitslagern konzentriert. Zehntausende waren bereits ermordet worden, an Hunger oder Krankheiten gestorben. Im Sommer 1941, an der Schwelle zum Massenmord, war die Welt der polnischen Judenheit mit ihrer über Jahrhunderte entwickelten Kultur zerstört.

Juden in Polen bis zum Ersten Weltkrieg

„Und es gibt welche, die glauben, daß auch der Name des Landes einer heiligen Quelle entspringt: der Sprache Israels. Denn so sprach Israel, als es dahinkam: po-lin, das heißt: hier nächtige! Und meinten: hier wollen wir nächtigen, bis Gott die Verstreuten Israels abermals sammeln läßt.“² Polen, das in dieser jüdischen Legende als neue Heimat gepriesen wird, galt jahrhundertlang als das Zentrum jüdischen Lebens, geprägt von kultureller und religiöser Vielfalt. Die jüdischen Gemeinden dort waren weitgehend autonom. Spätestens für das 11. Jahrhundert ist die Anwesenheit von Juden in diesem Raum belegt. Seitdem kamen immer mehr Aschkenasim – mittel- und westeuropäische Juden – ins Land, auf der Flucht vor wirtschaftlichen und beruflichen Einschränkungen in ihren Heimatländern oder vor den Pogromen, denen sie während der Kreuzzüge 1096 und 1146/47 sowie während der Schwarzen Pest 1348/49 in Europa ausgesetzt waren.

Die polnischen Herrscher begrüßten die Einwanderung von Juden, da sie sich von den Neuankömmlingen positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung erhofften. Im Statut von Kalisz garantierte der großpolnische Herzog Bolesław der Fromme (1221 – 1279) den jüdischen Siedlern daher im Jahr 1264 freie Wirtschaftstätigkeit, Gleichberechtigung bei Zivilprozessen und das Recht auf Bildung eigener Gemeinden. Die Juden unterstanden fortan dem Herrscher und damit seiner Gesetzgebung und seinem Schutz. Auf diesen Privilegien, die sowohl erweitert als auch in ihrem territorialen Geltungsbereich bis in das seit 1569 mit Polen zu einer Union zusammengeschlossene Litauen ausgedehnt wurden, gründete bis zu den Teilungen Polens im ausgehenden 18. Jahrhundert die rechtliche Stellung der polnischen Juden. König und Adel, auf deren Ländereien Juden lebten, profitierten von starken und geschützten jüdischen Gemeinden, weil sie ihnen große wirtschaftliche Vorteile bei niedrigen Kosten einbrachten: Die Mitglieder belebten die Wirtschaft, zahlten hohe Steuern und gewährten günstige Darlehen. Außerdem unterlagen sie in den Städten nicht deren Gerichtsbarkeit. In Auseinandersetzungen mit den Stadtbürgern bildeten sie für den König ein nützliches Gegengewicht.

Unter diesen Bedingungen entstand eine einzigartige jüdische Selbstverwaltung. Auf lo-

2 S. J. Agnon, Polen – die Legende von der Ankunft, in: S. J. Agnon/Ahron Eliasberg (Hrsg.), Das Buch von den polnischen Juden, Berlin 1916, S. 3 – 5, hier S. 4f.; S. M. Dubnow, History of the Jews in Russia and Poland, from the Earliest Times Until the Present Day, Philadelphia 1916; Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, 4. Aufl., München 1998; Antony Polonsky, The Jews in Poland-Lithania and Russia, 1350 to the Present Day, Bd. 1: 1350 – 1881, Oxford 2009; Moshe Rosman, Poland before 1795, in: Gershon David Hundert (Hrsg.), The YIVO Encyclopedia of Jews in Eastern Europe, 2 Bde., New Haven 2008, Bd. 2, S. 1381 – 1389.

kaler Ebene fungierte der jeweilige Gemeindevorstand als politische und religiöse Vertretung. Er bestimmte die Höhe der Steuern und trieb sie ein, finanzierte die jüdische Gerichtsbarkeit und unterhielt religiöse Institutionen sowie Fürsorge- und Bildungseinrichtungen. Die nächsthöhere Verwaltungsebene stellten die Landtage dar, und von 1581 an gab es mit dem Vierländersejm in Lublin (hebr.: Va'ad Arba' Aratsot) eine oberste Vertretung der gesamten jüdischen Bevölkerung in Polen und Litauen.³ Die polnische Judenheit erlebte ein „Goldenes Zeitalter“. 1534 wurde in Krakau die erste hebräische Druckerei in diesem Raum gegründet. Jede größere Stadt verfügte über eine höhere Talmud-Schule (Jeschiwa) sowie über Synagogenbauten; Polen entwickelte sich zu einem neuen religiösen und kulturellen Zentrum des europäischen Judentums.

Gleichwohl sahen sich die Juden auch in Polen seit dem Mittelalter mit Feindseligkeiten konfrontiert. Zunächst forderten insbesondere Vertreter der katholischen Kirche, Juden nur in gesonderten Vierteln wohnen zu lassen, sie mit einem „Schandfleck“ zu kennzeichnen und von öffentlichen Ämtern und vom Finanzgeschäft auszuschließen. In der frühen Neuzeit erfasste der Antijudaismus breitere Gruppen der polnischen Bevölkerung. Seit dem 15. Jahrhundert wurden Juden immer häufiger des Ritualmords und Hostienfrevels beschuldigt. Christliche Kaufleute stießen sich an der Konkurrenz der jüdischen Händler mit ihren oft weitläufigen Verbindungen. Im Zuge gewalttätiger Angriffe kam es in verschiedenen Städten zur Vertreibung der ansässigen jüdischen Gemeinschaften.⁴

Die wichtige ökonomische Rolle und die herausgehobene rechtliche Position der polnischen Juden führten dazu, dass sie bei den sozialen Konflikten zwischen Adel und Bauern alsbald zwischen die Fronten gerieten. Als Schankwirte, Händler, Hausierer, Verwalter und Pächter bzw. Steuereintreiber agierten sie als Mittler zwischen Adel bzw. Gutsherren und Bauern, zwischen Stadt und Land. Diese Rolle wurde ihnen vor allem im Osten des Reichs zusehends zum Verhängnis. Als 1648 in der Ukraine Bauernaufstände gegen die polnische Grundherrschaft ausbrachen, richtete sich die Gewalt der Aufständischen unter Führung des Kosakenhetmans Bogdan Chmielnicki vor allem gegen die Juden, die als Repräsentanten der verhassten polnischen Adelherrschaft wahrgenommen wurden. Schätzungen zufolge fielen mindestens 13 000 Juden Massakern zum Opfer. Unter den Überlebenden herrschte große Verunsicherung.

Doch zugleich inspirierte die Krise die Menschen zu einer religiösen Erneuerung und Neuorientierung. Im Chassidismus (von hebr.: Chassid, der Fromme) lebte jüdische Mystik wieder auf, zudem verband die Bewegung Frömmigkeit mit einer lebensbejahenden Fröhlichkeit. Bedeutende chassidische Gelehrte (Zaddikim) scharten bald viele Anhänger um sich. Sie unterhielten eigene Höfe. In dieser Zeit bildete sich eine spezifisch ostjüdische Lebensweise heraus, geprägt von Tradition und Erinnerung, ohne dass dies notwendigerweise mit einer konservativen Grundhaltung einhergehen musste.⁵ Aber der Alltag war weitgehend von überlieferten Sitten und religiösen Gesetzen bestimmt, die Alltagssprache war das Jiddische, das seine Wurzeln im Mittelhochdeutschen hat.

3 Rosman, Poland before 1795 (wie Anm. 2), S. 1386 – 1388.

4 Maria Kłańska, Juden in Krakau und Kazimierz, in: dies., Jüdisches Städtebild Krakau, Frankfurt/M. 1994, S. 7 – 39; Haumann, Ostjuden (wie Anm. 2), S. 22 – 35; Gertrud Pickhan, Polen, in: Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Wolfgang Benz, Bd. 1: Länder und Regionen, München 2008, S. 276 – 283.

5 Haumann, Ostjuden (wie Anm. 2), S. 58.

Zwischen 1772 und 1795 teilten Russland, Österreich und Preußen die polnisch-litauische Adelsrepublik unter sich auf. Die Gebiete, in denen die meisten Juden lebten, fielen an Russland: das vor allem von Polen bewohnte Königreich Polen (seit 1815 auch Kongresspolen genannt) und ein von Litauen bis zur Schwarzmeerküste reichendes Gebiet, das um 1790 zum sogenannten Ansiedlungsrayon wurde. Nur dort durften sich Juden dauerhaft niederlassen. Eine große jüdische Minderheit in Galizien kam unter die Herrschaft der Habsburgermonarchie.

Zwar hinderten die neuen politischen Grenzen in einer Zeit, in der Pässe und Visa unerschwinglich, Grenzwächter bestechlich und ortskundige Schmuggler leicht zu finden waren, viele Juden nicht daran, die alten Beziehungen auch weiterhin zu pflegen, wie dies Isaac B. Singer in einer Erzählung beschreibt: „Die Russen, Preußen und Österreicher hatten Polen unter sich aufgeteilt, aber die russischen Chassidim besuchten österreichische Rabbis, und die österreichischen Chassidim besuchten ihre Rabbis in Rußland.“⁶ Dennoch wirkten sich die Teilungen Polens auch auf die Entwicklung der polnischen Judenheit aus. Während der kleine Teil, der fortan in Preußen lebte, sich stark an die deutschen Juden anglich, blieben die polnischen Juden unter russischer Herrschaft und in Galizien als eigenständige ethnische Gruppe erhalten.

Nun, da der Schutz durch den polnischen König und den Hochadel entfallen war, bestimmten die jeweiligen Teilungsmächte die Politik gegenüber ihrer jüdischen Minderheit. Während die Emanzipation in West- und Mitteleuropa voranschritt, verlief die rechtliche Gleichstellung der Juden im geteilten Polen wesentlich langsamer. Zwar brachte das Toleranzedikt Kaiser Josephs II. von 1789 den galizischen Juden manche Freiheiten, die volle Gleichberechtigung erlangten sie aber erst mit der Verfassung der neu gebildeten Doppelmonarchie Österreich-Ungarn von 1867. Die Juden in der Provinz Posen konnten seit 1833 die preußische Staatsbürgerschaft erwerben, die rechtliche Gleichstellung erfolgte hier jedoch, wie in ganz Preußen, erst 1869.

Auch Alexander II. lockerte in Russland seit 1856 manche antijüdische Bestimmung. Kongresspolen, wo die wichtigsten Diskriminierungen bereits 1862 zeitweilig aufgehoben wurden, lockte denn auch zahlreiche Juden an, zumal dort die Wirtschaft prosperierte. Im Laufe des 19. Jahrhunderts stieg die Zahl der Juden in diesem Raum von 213 000 im Jahre 1816 auf über eine Million Menschen in den 1880er Jahren; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wuchs in dieser Zeit von acht auf 14,5 Prozent. Nach der Ermordung des Zaren 1881 schwenkten seine Nachfolger hingegen auf einen eher repressiven Kurs um. Erst mit der Februar-Revolution von 1917 änderte sich die Lage. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Provisorischen Regierung bestand darin, alle etwa 140 anti-jüdischen Bestimmungen aufzuheben und die Juden zu gleichberechtigten Bürgern zu erklären.

Wie in anderen Ländern auch gingen mit der einsetzenden Industrialisierung im Russischen Reich Landflucht und Urbanisierung einher. Dieser soziale Wandel hatte für die Juden tiefgreifende Folgen. Viele passten sich an die moderne Lebensweise an, wie Israel Singer dies in seinem Roman „Die Brüder Aschkenasi“ skizziert. Pioniere wie der Textil-

⁶ Isaac B. Singer, Jochna und Schmelke, in: ders., *Old Love. Geschichten von der Liebe*, 3. Aufl., München 1994, S. 25 – 34, Zitat S. 31; Jerzy Tomaszewski (Hrsg.), *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku)*, Warszawa 1993; Gershon Bacon, *Poland from 1795 to 1939*, in: Hundert (Hrsg.), *YIVO Encyclopedia (wie Anm. 2)*, Bd. 2, S. 1390 – 1403, hier S. 1390f.

fabrikant Izrael Poznański in Lodz oder die Bankiers und Eisenbahnunternehmer Leopold Kronenberg und Jan Gotlib Bloch in Warschau, von denen manche an deutschen Schulen und Universitäten ausgebildet und einige zum Protestantismus konvertiert waren, wurden überaus erfolgreich. Die Mehrheit der Juden, die sich, traditionellen Verhältnissen verhaftet, von Handwerk und Kleinhandel ernährte, verarmte jedoch.

In Galizien, wo eine ökonomische Modernisierung weitgehend ausblieb, lebten die meisten Juden ebenfalls in ärmlichen Verhältnissen.⁷ „Nur ein Bruchteil von ihnen“, so der Soziologe Arthur Ruppin, „hatte eine halbwegs gefestigte und normale Existenz. Die übrigen lebten vom Handel kleinsten Formats, vom Schankgewerbe, vom Pfandleihgewerbe, vom Handwerk, das in primitivster Art für niedrigsten Preis ausgeübt wurde, von Vermittlungsgeschäften [...] für die Großgrundbesitzer und von irgendwelcher gelegentlicher Betätigung.“⁸ Dies war die Lebenswelt des „Schtetls“. Sie war dörflich-kleinstädtisch, traditionell, geprägt vor allem durch die jüdische Bevölkerung, und zugleich einer der Orte, wo Juden und Polen aufeinandertrafen, wenn die Bauern aus der weiteren Umgebung hier ihre Einkäufe tätigten und ihrerseits ihre Waren zum Verkauf anboten.⁹

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts verschärften sich die Konflikte mit der Mehrheitsbevölkerung. Im Westen des Russischen Reiches, in Warschau und Lodz etwa, kam es immer wieder zu antijüdischen Pogromen; der traditionelle Juden Hass wurde zunehmend von nationaler Ausgrenzung und politischem Antisemitismus überlagert. Selbst die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS), die viele Juden zu ihren Mitgliedern zählte, war nicht bereit, den Juden spezifische Minderheitenrechte zuzubilligen. Die polnische Nationaldemokratie (kurz: Endecja) warnte vor einer „jüdischen Gefahr“ und rief 1912 zum antijüdischen Wirtschaftsboykott auf.¹⁰

Wirtschaftliche Not und gesellschaftliche Diskriminierung lösten zum einen eine Auswanderungswelle von Juden aus Russland und Galizien in die USA aus – zwischen 1880 und 1929 emigrierten allein 2,35 Millionen. Auch aus der preußischen Provinz Posen zog bald die Mehrheit der Juden entweder direkt nach Übersee oder in andere Teile Preußens, besonders nach Berlin. Zum anderen bildete sich auf jüdischer Seite die Idee einer ostjüdischen Nationalität heraus. Immer mehr Juden schlossen sich sozialistischen und zionistischen Organisationen an. Die größte sozialistische Partei war der 1897 in Wilna gegründete Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (kurz: Bund), der eine national-kulturelle Autonomie für Juden und andere Minderheiten im Russischen Reich forderte. Verschiedene zionistische Gruppierungen propagierten und

7 Artur Eisenbach, *The Emancipation of the Jews in Poland, 1780–1870*, Oxford u. a. 1991; François Guesnet, *Polnische Juden im 19. Jahrhundert. Lebensbedingungen, Rechtsnormen und Organisation im Wandel*, Köln 1998; Haumann, *Ostjuden* (wie Anm. 2), S. 77–88; Bacon, *Poland* (wie Anm. 6), S. 1393. Zur Geschichte der russischen Juden siehe Benjamin Pinkus, *The Jews of the Soviet Union. The History of a National Minority*, Cambridge u. a. 1988.

8 Arthur Ruppin, *Briefe, Tagebücher, Erinnerungen*, hrsg. von Schlomo Krolik, Königstein/Ts. 1985, S. 35.

9 Eva Hoffman, *Im Schtetl. Die Welt der polnischen Juden*, Wien 2000; Steven T. Katz (Hrsg.), *The Shtetl: New Evaluations*, New York 2007; Bacon, *Poland* (wie Anm. 6), S. 1394f.

10 Frank Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa*, Wiesbaden 1981; Heiko Haumann, *Juden in der ländlichen Gesellschaft Galiziens am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, in: Andrea Löw/Kerstin Robusch/Stefanie Walter (Hrsg.), *Deutsche – Juden – Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. u. a. 2004, S. 35–58, hier S. 51.

förderten hingegen die Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina.¹¹ Als wichtigste Partei der orthodoxen Juden etablierte sich die 1912 in Kattowitz gegründete Agudas Jisroel (Vereinigung Israels). Sie war konservativ ausgerichtet und vertrat die Interessen jenes Teils der Bevölkerung, der in einer traditionellen, durch die Religion bestimmten Lebenswelt verwurzelt war.¹²

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs flüchteten Hunderttausende Juden vor den Kriegshandlungen aus ihrer Heimat oder wurden 1915 beim Rückzug der russischen Armee vertrieben und deportiert, weil man sie für illoyal hielt.¹³ Als der polnische Staat 1918 wieder erstand, hofften viele Juden auf eine Rückkehr zu den Idealen der multi-ethnischen, toleranten polnisch-litauischen Adelsrepublik, während viele Polen einen ethnisch homogenen Nationalstaat favorisierten.

Juden in der Zweiten Polnischen Republik

Im neu errichteten Polen gehörte mehr als ein Drittel der Staatsbevölkerung einer nationalen Minderheit an. Zur jüdischen Religion bekannten sich laut Volkszählung von 1931 etwa 3,1 Millionen Menschen, rund zehn Prozent der Bevölkerung. Die Siedlungsschwerpunkte waren allerdings sehr unterschiedlich. Das vormals preußische Gebiet hatten viele Juden bis Mitte der 1920er Jahre bereits verlassen, so dass dort der jüdische Bevölkerungsanteil entsprechend niedrig war. In einigen mittel- und ostpolnischen Wojewodschaften, insbesondere in den Gebieten, die Polen 1921 durch den Frieden von Riga mit Sowjetrußland erhalten hatte, lebten dagegen überdurchschnittlich viele Juden. Mehr als drei Viertel von ihnen waren in Städten ansässig, wo ihr Bevölkerungsanteil meist zwischen 25 und 40 Prozent lag. Auf dem Land war er stark rückläufig.¹⁴

Zu Beginn der Zweiten Republik standen die Grenzen Polens noch nicht endgültig fest, und die jüdische Bevölkerung geriet verschiedentlich zwischen die Fronten der rivalisierenden Staaten. Die litauische Führung stellte den Juden in der Region um Wilna volle nationale Minderheitenrechte in Aussicht, doch 1919 fiel das Gebiet an Polen. Als Polen in den Jahren 1918 bis 1920 gegen die Westukrainische Volksrepublik und gegen Sowjetrußland Krieg führte, kam es zu Pogromen. Nicht zuletzt als Reaktion darauf setzten die westlichen Siegermächte einen Minderheitenschutzvertrag in Polen durch, der zwei Klauseln enthielt, welche allein Juden betrafen, nämlich den Schutz des Schabbats und die staatliche Finanzierung jüdischer Schulen (die der polnische Staat später jedoch verweigerte).¹⁵

11 Ezra Mendelsohn, *Zionism in Poland. The Formative Years, 1915 – 1926*, New Haven 1981; Jolanta Żyndul, *Państwo w państwie? Autonomia narodowo-kulturalna w Europie Środkowowschodniej w XX wieku*, Warszawa 2000; Gertrud Pickhan, „Gegen den Strom“. *Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund „Bund“ in Polen 1918 – 1939*, Stuttgart 2001.

12 Gershon C. Bacon, *The Politics of Tradition. Agudat Yisrael in Poland 1916 – 1939*, Jerusalem 1996.

13 Frank M. Schuster, *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914 – 1919)*, Köln u.a. 2004.

14 Joseph Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919 – 1939*, Berlin u.a. 1983; Ezra Mendelsohn, *The Jews of East Central Europe between the World Wars*, Bloomington 1987; Bacon, *Poland* (wie Anm. 6), S. 1399.

15 Henry Abramson, *A Prayer for the Government. Jews and Ukrainians in Revolutionary Times, 1917 – 1920*, Cambridge 1999; Carole Fink, *Defending the Rights of Others. The Great Powers, the Jews, and International Minority Protection, 1878 – 1938*, Cambridge u.a. 2004.

Die polnische Verfassung vom März 1921 machte Juden de jure zu gleichberechtigten Staatsbürgern. De facto waren sie zahlreichen Diskriminierungen und einem zunehmenden Antisemitismus in der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt, der als Ventil für wirtschaftliche Unsicherheiten und innenpolitische Machtkämpfe fungierte. Der Konflikt zwischen nationalpolnischen Homogenisierungsbestrebungen und jüdischen Bemühungen um eine kulturelle Autonomie war damit in der Zweiten Polnischen Republik dauerhaft angelegt. Ein immer aggressiverer Antisemitismus wurde zum integralen Bestandteil des polnischen Ethnonationalismus.¹⁶

Die Juden, so schrieb Joseph Roth 1927, „leben als ‚nationale Minderheit‘ im fremden Lande, um ihre staatsbürgerlichen und nationalen Rechte besorgt und kämpfend, teils der palästinensischen Zukunft entgegen, teils ohne den Wunsch nach einem eigenen Land, und mit Recht überzeugt, daß die Erde allen gehört, die ihre Pflicht ihr gegenüber erfüllen; doch nicht imstande, die Frage zu lösen, wie der primitive Haß gelöscht werden könnte, der im Wirtsvolk gegen eine gefährlich scheinende Anzahl Fremder brennt und Unheil anrichtet.“¹⁷ Damit waren die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der polnischen Judenheit kurz und treffend umrissen, die in den zwanziger und dreißiger Jahren an Bedeutung gewannen, als Vertreter jüdischer Parteien in den Sejm oder in die Stadträte gewählt werden konnten.

Die Zionisten propagierten die Emigration nach Palästina. Im polnischen Staat würden Juden immer ein fremdes Element bleiben – als überwiegend städtische Gruppe in einem weitgehend bäuerlich geprägten Land, die sich von ihrer Umgebung zudem durch ihren Glauben, ihre Sprache und ihre Bräuche deutlich absetzte. Eine Minderheit identifizierte sich dagegen mit der polnischen Kultur und glaubte an die Möglichkeit der Integration. Doch konnten auch die Befürworter der Assimilation nicht übersehen, dass dieser Weg zu scheitern drohte. Die Vertreter des Bund setzten sich daher für ein pluralistisches, multi-ethnisches Polen ein. Wieder andere versuchten, die Exklusion der Juden zu überwinden, indem sie für die übernationalen Ziele des Kommunismus eintraten und sich der Kommunistischen Partei Polens anschlossen, die dann 1938 von Stalin gewaltsam aufgelöst wurde.¹⁸ Die orthodoxe Agudat Israel versprach sich von der Unterstützung der Regierung die besten Chancen auf Entschärfung der angespannten Situation. Sie baute verhältnismäßig gute Beziehungen zum autoritären Regime Józef Piłsudskis auf, nachdem dieser 1926 mit einem Staatsstreich ein zweites Mal an die Macht gekommen war.

Es gab jiddisch-, polnisch- und hebräischsprachige Zeitungen unterschiedlichster politischer und kultureller Couleur; schon bald hatte jede jüdische Partei eine ihr nahestehende Jugendgruppe. Bildung war in den Augen der Jugend der einzig realistische Weg zum sozialen Aufstieg. Es entwickelten sich neue Bildungsangebote und Forschungszentren. Ab 1925 erforschten jüdische Wissenschaftler am neu gegründeten Jiddischen Wissenschaftlichen Institut (YIVO) mit Sitz in Wilna und Zweigstellen in Berlin, Warschau und New York die jiddische Sprache und Literatur sowie jüdische Geschichte im östlichen Europa. In Wilna befand sich außerdem die größte jüdische Bibliothek Europas. In War-

16 Agnieszka Pufelska, Die „Judäo-Kommune“. Ein Feindbild in Polen, Paderborn 2007, S. 46f.

17 Joseph Roth, Juden auf Wanderschaft, in: ders., Orte. Ausgewählte Texte, Leipzig 1990, S. 213.

18 Marcus, History (wie Anm. 14), S. 289; Pickhan, „Gegen den Strom“ (wie Anm. 11), S. 263–279, 325; Katrin Steffen, Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939, Göttingen 2004.

schau gründeten jüdische Historiker 1928 das Institut für Judaistische Wissenschaften; Samuel Majer Bałaban und Mojżesz Schorr gehörten zu seinen Rektoren.¹⁹

Die polnische Hauptstadt war das geistige und kulturelle Zentrum der polnischen Judenheit. Hier erschienen mehrere jiddische Tageszeitungen, hier hatten bedeutende Künstler und Schriftsteller ihren Lebensmittelpunkt. Rund 350 000 Juden wohnten in der Stadt – „halb so viel wie in ganz Deutschland“, wie der Schriftsteller Alfred Döblin anlässlich einer Polenreise im Jahr 1924 feststellte. Mit Staunen beschrieb er die Nalewki-Straße, die „Hauptader der Judenstadt“: Dort sei „alles gefüllt und wimmelnd von Juden. [...] Ich gehe auf einen [Hof]; er ist viereckig und wie ein Markt von lauten Menschen, Juden, meist im Kaftan, erfüllt. Große Geschäftshäuser beherbergt diese Nalewki. Bunte Firmenschilder zeigen zu Dutzenden an: Felle, Pelze, Kostüme, Hüte, Koffer.“ Aber er notierte auch: „Ich lese sonderbare Namen: Waiselfisch, Klopferd, Blumenkranz, Brandwain, Farsztandig, Goldkopf, Gelbfisch, Gutbesztand. Man hat den Menschen des geächteten Volkes Spottnamen angehängt.“²⁰

1935 starb der charismatische Staatschef Piłsudski, ein Ereignis, das sich auch auf die Lage der polnischen Judenheit auswirkte. Schon kurz zuvor, im September 1934, hatte Außenminister Józef Beck den Minderheitenschutzvertrag gekündigt; die im April 1935 in Kraft gesetzte neue Verfassung schwächte die Position der Minderheiten weiter. Mit Piłsudski verlor die Regierung ihre Integrationsfigur. Nun suchte sie die Verbindung zur Nationaldemokratie sowie zu radikaleren rechten Gruppen. Der Antisemitismus fungierte dabei bisweilen als nützliches Bindemittel. Die polnische Rechte bemühte beispielsweise häufig das Stereotyp der „Judenkommune“ (żydokomuna), dem zufolge die Juden als Initiatoren und Vorkämpfer der bolschewistischen Bewegung eine Gefahr für die polnische Nation darstellten. Unter dem Einfluss der antijüdischen Politik in Deutschland spalteten sich zudem radikalere Gruppen ab, die in regelrechten Kampagnen die Verdrängung der Juden aus der krisengeschüttelten Wirtschaft sowie die „Entjudung“ (odżydzenie) der polnischen Gesellschaft propagierten. Rechtsradikale Untergruppen der Nationaldemokraten organisierten zunehmend gewalttätige Ausschreitungen, bei denen zwischen 1935 und 1937 mindestens 14 Juden getötet und etwa 2000 verletzt wurden.²¹

In das nach Piłsudskis Tod entstandene Machtvakuum drängte von 1937 an ein neues, regierungsnahes Parteienbündnis, das Lager der Nationalen Einigung (Obóz Zjednocze-

19 Artur Eisenbach, *Jewish Historiography in Interwar Poland*, in: Israel Gutman u.a. (Hrsg.), *The Jews of Poland between the Two World Wars*, Hannover, London 1989, S. 453–493; Marina Dmitrieva/Heidemarie Petersen (Hrsg.), *Jüdische Kultur(en) im Neuen Europa: Wilna 1918–1939*, Wiesbaden 2004; Bacon, *Poland* (wie Anm. 6), S. 1401–1403; Moyshe Kligberg, *Die jüdische Jugendbewegung in Polen zwischen den Weltkriegen. Eine soziologische Studie*, in: *Osteuropa* 58, Heft 8–10 (2008), S. 131–146.

20 Alfred Döblin, *Reise in Polen*, Berlin 1926, S. 77–79; Dietz Bering, *Der Name als Stigma*, Stuttgart 1987; Gabriela Zalewska, *Ludność żydowska w Warszawie w okresie międzywojennym*, Warszawa 1996; Marci Shore, *Caviar and Ashes. A Warsaw Generation's Life and Death in Marxism, 1918–1968*, New Haven 2006.

21 Dietrich Beyrau, *Antisemitismus und Judentum in Polen, 1918–1939*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 8 (1982), S. 205–232; Jolanta Żyndul, *Zajścia antyżydowskie w Polsce w latach 1935–1937*, Warszawa 1994, S. 54f.; Klaus-Peter Friedrich, *Juden und jüdisch-polnische Beziehungen in der Zweiten Polnischen Republik (1918–1939)*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 46 (1997), S. 535–560; André W.M. Gerrits, *Jüdischer Kommunismus. Der Mythos, die Juden, die Partei*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 14 (2005), S. 243–264; Pufelska, „Judäo-Kommune“ (wie Anm. 16).

nia Narodowego, OZN), das offen antijüdisch agierte. Die polnische Regierung verfolgte nun eine Politik, die möglichst viele Juden zur Emigration bewegen sollte. Sie ließ in diesem Zusammenhang sogar die Möglichkeit prüfen, ob Madagaskar als Aufnahmegebiet für (zunächst 25 000) jüdische Auswanderer in Frage käme, und bemühte sich um ein entsprechendes Abkommen mit der französischen Kolonialmacht. Von hoher symbolischer Bedeutung für die jüdische Minderheit wie für die Mehrheitsgesellschaft war ein bereits im April 1936 verabschiedetes Gesetz, welches das rituelle Schlachten verbot. Offiziell eine hygienische und humanitäre Maßnahme, schränkte es einen wesentlichen Aspekt jüdischen Lebens ein und denunzierte jüdische Rituale als barbarisch. War die Lage jüdischer Gewerbetreibender, die die Schabbat-Ruhe einhielten, schon 1919 durch die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe erschwert worden, gerieten nun auch die jüdischen Arbeiter und Angestellten, die in staatlichen Betrieben beschäftigt waren, unter Druck. Viele entließen ihre jüdischen Mitarbeiter und ersetzten sie durch Polen.²² Polnische Antisemiten, so zeigen diese Beispiele, orientierten sich zunehmend am Vorbild Deutschland.²³ Unterstützung fanden sie bei so wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie den Universitäten und der katholischen Kirche, der der weit überwiegende Teil der polnischen Mehrheitsbevölkerung angehörte. An den Universitäten setzten beispielsweise Studentengruppen Mitte der 1930er Jahre eine Obergrenze für den Anteil jüdischer Studierender durch und forderten, Juden dürften in den Hörsälen nur noch auf sogenannten Getto-Bänken sitzen.²⁴ In der katholischen Kirche, die mit der polnischen Nationalbewegung eng verbunden war, sympathisierten viele Bischöfe und ein Großteil der Priester mit der Nationaldemokratie. Als 1936 ein antijüdischer Wirtschaftsboykott ausgerufen wurde, zählte die Kirche zu den Befürwortern.²⁵

In der jüdischen Minderheit wuchs die Verunsicherung. Immer mehr Unternehmer gaben ihre Betriebe zugunsten polnischer Inhaber auf. Zwar blieb ihr Anteil in bestimmten Branchen wie der Textilindustrie und dem Kleinhandel hoch, allerdings konnten Händler und Handwerker von ihren Einkünften oft kaum mehr ihren Lebensunterhalt bestreiten. Auch viele Freiberufler sahen sich wirtschaftlich und gesellschaftlich an den Rand gedrängt. Gegen Ende der 1930er Jahre war schließlich ein Viertel aller Juden auf Unterstützung angewiesen.²⁶ In Reaktion auf die wachsende Armut bauten die jüdischen Gemeinden ein weit verzweigtes Netz aus Fürsorgeinstitutionen auf, um der wachsenden Armut zu begegnen, private Förderer riefen Selbsthilfeeinrichtungen ins Leben. Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen verlor die Agudat Israel an Rückhalt, stattdessen hatte nun vor allem der Bund großen Zulauf. Er war um enge Beziehungen zu den pol-

22 Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885 – 1945, München 1997; Hans Jansen, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997; Antony Polonsky, Fragile Koexistenz, tragische Akzeptanz. Politik und Geschichte der osteuropäischen Juden, in: Osteuropa 58 (2008), Heft 8 – 10, S. 9 – 27, hier S. 21 – 24.

23 Albert S. Kotowski, Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie, Wiesbaden 2000.

24 Monika Natkowska, Numerus clausus, getto ławkowe, numerus nullus, „paragraf aryjski“. Antysemityzm na Uniwersytecie Warszawskim 1931 – 1939, Warszawa 1999.

25 Ronald Modras, The Catholic Church and Antisemitism. Poland, 1933 – 1939, Chur 1994; Viktoria Pollmann, Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die „jüdische Frage“ in Polen anhand der Bistumsprelle der Metropole Krakau 1926 – 1939, Wiesbaden 2001.

26 Mendelsohn, Jews (wie Anm. 14), S. 73f.

nischen Sozialisten bemüht, die seinen Zielen am nächsten standen. Ohnehin waren Gegner der sich verschärfenden antisemitischen Rhetorik und Politik am ehesten im linken Spektrum der polnischen Gesellschaft zu finden.²⁷ Mehr als 400 000 Juden wählten den Ausweg der Emigration; etwa ein Viertel ging nach Palästina. Die britische Mandatsmacht versuchte die jüdische Einwanderung seit Mitte der dreißiger Jahre jedoch weitgehend zu unterbinden. Auch die USA verschärften ihre Zuwanderungsbestimmungen. Die Entwicklung im Deutschen Reich und der deutsch-polnische Konflikt gaben darüber hinaus Anlass zur Sorge. Im Frühjahr 1938 spitzte sich die Lage zu. Am 31. März 1938 hatte die polnische Regierung das faktisch gegen Juden gerichtete Gesetz „über den Entzug der Staatsbürgerschaft“ erlassen, aufgrund dessen Staatsangehörige, die sich seit mehr als fünf Jahren im Ausland aufhielten, ausgebürgert werden konnten. Im Oktober folgte die Verfügung, nach der im Ausland ausgestellte Pässe nur mit einem Prüfvermerk des zuständigen polnischen Konsulats zur Einreise nach Polen berechtigten. Damit sollte vor allem die Rückkehr in Deutschland lebender polnischer Juden verhindert werden. Noch ehe das Gesetz in Kraft trat, deportierte die deutsche Polizei in der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 1938 etwa 17 000 im Reich registrierte Juden mit polnischem Pass an die Grenze und trieb sie auf polnisches Gebiet. Die polnischen Grenzwachposten ließen sie zunächst nicht einreisen, so dass die Menschen tagelang im Niemandsland zwischen beiden Grenzen umherirrten und schließlich provisorische Lager eingerichtet wurden; das größte blieb in Zbąszyń (Neu-Bentschen) bis zum Sommer 1939 bestehen.²⁸

Der Weg in den Krieg

Das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der Zweiten Polnischen Republik war vor allem dadurch belastet, dass die deutsche Seite die im Versailler Vertrag festgelegte Grenze zum Nachbarn im Osten nicht akzeptierte, zumal auch Gebiete mit deutscher Mehrheit Polen zugeschlagen wurden und der sogenannte Korridor – eine Landbrücke zwischen Zentralpolen und der Ostseeküste bei Danzig – die Provinz Ostpreußen vom übrigen Reichsgebiet trennte. Die Forderung nach Revision der Ostgrenze stand während der Weimarer Republik im Zentrum der Außenpolitik. Gewalttätige Unruhen in den Grenzgebieten, die von Berlin als „Volkstumskampf“ bezeichnet wurden, dauerten bis 1921 an und belasteten fortan die Beziehungen beider Länder. Bis zum Ende der Weimarer Republik zielte die deutsche Politik gegenüber Polen darauf, das Nachbarland ökonomisch zu schwächen und die eigenen Interessen durch Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen zu stärken. Daher überraschte es die meisten politischen Beobachter, dass Hitler nach der Machtübernahme 1933 zunächst auf einen Konfrontationskurs gegenüber Polen verzichtete. Vielmehr spekulierte er darauf, die autoritäre und antibolsche-

²⁷ Robert Moses Shapiro, *The Polish Kehile Elections of 1936. A Revolution Re-examined*, New York 1988; Pickhan, „Gegen den Strom“ (wie Anm. 11); Polonsky, *Koexistenz* (wie Anm. 22), S. 23.

²⁸ Sybil Milton, *The Expulsion of Polish Jews from Germany October 1938 to July 1939*, in: Leo Baeck Yearbook XXIX (1984), S. 169–199; Trude Maurer, *Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“*, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt/M. 1988, S. 52–73; Jerzy Tomaszewski, *Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002; siehe auch VEJ 2/112, 113, 118 und 203.

wistisch orientierte polnische Regierung als Juniorpartner für seine Expansionspläne in Richtung Sowjetunion zu gewinnen. Im Jahr 1934 trugen der Nichtangriffspakt, das Abkommen zur „Zusammenarbeit in der öffentlichen Meinungsbildung“ und ein Wirtschaftsvertrag denn auch zur Entspannung zwischen beiden Staaten bei.²⁹ Als gemeinsamer Feind galt die Sowjetunion, und Hitler deutete Gebietsgewinne für Polen an, sollte das Land den geplanten deutschen Eroberungsfeldzug im Osten unterstützen.³⁰

Während Hitler ab 1937 auf einen europäischen Krieg zusteuerte, entwickelten deutsche Wissenschaftler Szenarien für eine Umgestaltung Europas, in denen die deutschsprachigen Minderheiten in Osteuropa eine zentrale Rolle spielten. Deren Siedlungsgebiete erklärten die Ostforscher zu deutschem „Volksboden“, der dem Reich einverleibt werden solle. Analysen wie diese bildeten die Grundlage für Expansionspläne, die wahlweise gemeinsam mit oder aber gegen Polen umgesetzt werden sollten.³¹ Der Leiter des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft an der Universität Königsberg, Theodor Oberländer, sprach sich im Sommer 1937 in einem Vortrag über den „Kampf um das Vorfeld“ beispielsweise dafür aus, die Gegensätze zwischen den Volksgruppen in Ostmitteleuropa für den Aufbau einer deutschen Hegemonialordnung zu funktionalisieren und den bislang antideutsch geführten „Volkstumskampf“ der Polen auf Juden und Russen umzu lenken.³²

Die Juden Osteuropas rückten nun ganz konkret ins Blickfeld der deutschen Planer, die dabei populäre Stereotype über die sogenannten Ostjuden aufnehmen und an die antisemitische Agitation aus der Weimarer Republik anknüpfen konnten. Im Zwischenkriegsdeutschland lebten rund 150 000 Juden aus Ost- und Ostmitteleuropa, deren zum Teil fremdartige Kultur, Sitten und Gebräuche Juden wie Nichtjuden in Deutschland irritierten.³³ Die radikalnationalistische Rechte richtete ihre Agitation bevorzugt gegen diese Migranten und hatte bereits auf dem Höhepunkt der Inflationskrise 1923 ihre Abschiebung oder gar Internierung gefordert. Im gleichen Jahr war es zu ersten antijüdischen Ausschreitungen im Berliner Scheunenviertel gekommen, das in besonderem Maße durch seine ostjüdischen Bewohner geprägt war.³⁴

29 Marian Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938*, Leiden 1971; Norbert Krekler, *Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen*, Stuttgart 1973; Andreas Hillgruber/Klaus Hildebrand, *Kalkül zwischen Macht und Ideologie. Der Hitler-Stalin-Pakt: Parallelen bis heute?* Zürich 1980, S. 14; Ralph Schattkowsky, *Deutschland und Polen von 1918/19 bis 1925. Deutsch-polnische Beziehungen zwischen Versailles und Locarno*, Frankfurt/M. u. a. 1994.

30 Carsten Roschke, *Der umworbene „Urfeind“. Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934–1939*, Marburg 2000.

31 Michael Burleigh, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge u. a. 1988; Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000, S. 307–311; Eduard Mühle, *Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung*, Düsseldorf 2005.

32 Siehe VEJ 1/284.

33 Salomon Adler-Rudel, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten*, Tübingen 1959; Trude Maurer, *Ostjuden in Deutschland 1918–1933*, Hamburg 1986.

34 Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 151.

Die deutschen Ostexperten beobachteten interessiert jede antisemitische Maßnahme der polnischen Regierung und diskutierten deren Pläne zur forcierten Emigration der jüdischen Minderheit.³⁵ Der Königsberger Historiker Werner Conze empfahl Mitte 1939 die „Entjudung der Städte und Marktflecken“ insbesondere im polnischen Galizien; da er „Überbevölkerung“ für „den bolschewistischen Umsturz“ verantwortlich machte, glaubte er, dass man auf diese Weise gefährlichen revolutionären Unruhen entgegensteuern könne.³⁶ Die radikale Umgestaltung des Nachbarlands, über die Conze und andere sich Gedanken machten, stand zu diesem Zeitpunkt bereits unmittelbar bevor.

Der deutsche Überfall auf Polen

Im Gefolge des Münchener Abkommens vom 29. September 1938, das Deutschland die Angliederung des Sudetenlandes ermöglicht hatte, hatte Hitler auch die polnische Regierung mit seinen Forderungen konfrontiert. Dazu zählten eine exterritoriale Autobahn- und Eisenbahnverbindung durch den „Korridor“ nach Ostpreußen, die Eingliederung Danzigs in das Reich und der Beitritt Polens zum Antikominternpakt. Polen sollte Juniorpartner und zugleich Aufmarschgelände für den Krieg gegen die Sowjetunion werden. Im Gegenzug sicherte Hitler eine Verlängerung des Nichtangriffspakts und eine Grenzgarantie zu. Die polnische Regierung wollte diesen Bedingungen jedoch nicht zustimmen. Anfang April 1939 ordnete Hitler daraufhin an, den Angriff auf Polen („Fall Weiß“) vorzubereiten, und kündigte im selben Monat den Nichtangriffspakt auf. Wenig später war er sich mit einem neuen Partner einig. Der deutsch-sowjetische Vertrag, den die beiden Außenminister Joachim von Ribbentrop und Vjačeslav Michajlovič Molotov am 23. August 1939 unterzeichneten, enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem die Verbündeten die Teilung Polens vereinbarten. Einen Tag zuvor hatte Hitler auf dem Obersalzberg seinen führenden Generälen klar gemacht, wie er den bevorstehenden Krieg verstand: „Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist die Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. [...] Herz verschließen gegen Mitleid. Brutales Vorgehen. 80 Millionen Menschen müssen ihr Recht bekommen. Ihre Existenz muss gesichert werden. Der Stärkere hat das Recht. Größte Härte.“³⁷

In den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen ohne Kriegserklärung. Daraufhin erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich am 3. September den Krieg, griffen aber zunächst militärisch nicht ein. Auf sich allein gestellt, war die polnische Armee gegen die hochgerüstete deutsche Wehrmacht chancenlos, zumal am 17. September die Rote Armee von Osten her einmarschierte.

³⁵ Gerhard F. Volkmer, Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933 – 1945, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 42 (1989), S. 109 – 214.

³⁶ Werner Conze, Die ländliche Überbevölkerung in Polen (Text für den geplanten Internationalen Soziologen-Kongress 1940), zit. nach: Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung, Hamburg 1991, S. 102f.

³⁷ Notizen zur Ansprache des Führers am 22.8.1939, IMG, Bd. XXVI, Dok. PS-1014, S. 523f.; der genaue Text ist nicht zweifelsfrei rekonstruierbar, vgl. Winfried Baumgart, Zur Ansprache Hitlers vor den Führern der Wehrmacht am 22. August 1939. Eine quellenkritische Untersuchung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 120 – 149; Christopher R. Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939 – 1942, München 2003, S. 34f.

Noch am selben Tag floh die polnische Regierung nach Rumänien. Am 27. September kapitulierte Warschau, die letzten polnischen Truppen ergaben sich am 6. Oktober. Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 legte die Demarkationslinie fest.³⁸ Unter deutsche Besatzung fiel rund die Hälfte des polnischen Staatsgebiets, in der etwa zwei Drittel der Bevölkerung, darunter zwei Drittel der etwa 3,3 Millionen Juden, lebten.³⁹

Am 1. September 1939, dem ersten Kriegstag, notierte in Warschau der jüdische Lehrer Chaim Kaplan in sein Tagebuch: „Wir sind Zeugen des Anbruchs einer neuen Ära in der Weltgeschichte. Dieser Krieg wird allerdings die menschliche Zivilisation vernichten.“ Und weiter heißt es: „Wohin Hitler auch kommt, dort gibt es keine Hoffnung für die Juden.“⁴⁰ In der Tat richtete sich die Gewalt, mit der Wehrmacht und Einsatzgruppen das Land überzogen, in hohem Maße gegen die jüdische Bevölkerung. Doch gingen die deutschen Truppen auch – und zu Beginn des Kriegs vorrangig – gegen die Polen vor. Hitler hatte die Losung ausgegeben, die polnische Nation zu vernichten. Untermauert wurde dies durch eine aggressive Propaganda, die den nun beginnenden Kampf zu einem Krieg zwischen höher- und minderwertigen Völkern stilisierte. Für viele deutsche Soldaten bedeutete der Einmarsch in Polen die erste Begegnung mit den fremdartig aussehenden Ostjuden, die sie zuvor nur aus antisemitischen Karikaturen gekannt hatten. Ihrem Abscheu verliehen manche in stereotypen Schilderungen Ausdruck: „In Bircza erkannten wir die Notwendigkeit einer radikalen Lösung der Judenfrage. Hier konnte man diese Bestien in Menschengestalt hausen sehen. In ihren Bärten und Kaftanen, mit ihren teuflischen Fratzen machten sie auf uns einen scheußlichen Eindruck. Jeder, der noch nicht ein radikaler Judegegner war, musste es hier werden.“⁴¹

Mit der Wehrmacht marschierten Formationen der SS und der Polizei in Polen ein – sieben Einsatzgruppen mit etwa 2700 Mann. Sie sollten gegen alle als besonders feindlich eingestuften Polen vorgehen, in erster Linie gegen Aktivisten aus den Westgebieten, die sich etwa im „Volkstumskampf“ in Oberschlesien engagiert hatten. Doch rückte zusehends die gesamte polnische Elite ins Visier der Weltanschauungskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS (SD) hatte bereits im Mai 1939 eine eigene Zentralstelle II 2 P (Polen) eingerichtet, in der Karteien über Personen zusammengestellt wurden, die als Reichsfeinde galten, darunter zahlreiche Führer jüdischer Organisationen (Dok. 2). Ein „Sonderfahn-

38 Horst Rhode, Hitlers erster „Blitzkrieg“ und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa, in: Klaus A. Maier u. a. (Hrsg.), Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg 2), Stuttgart 1979, S. 79–158; Gerhard L. Weinberg, Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs, Stuttgart 1995, S. 65–71; Rolf-Dieter Müller, Der Zweite Weltkrieg 1939–1945, Stuttgart 2004, S. 65f.; Jochen Böehler, Der Überfall. Deutschlands Krieg gegen Polen, Frankfurt/M. 2009; Richard Evans, Das Dritte Reich, Bd. 3: Krieg, München 2009, S. 17–25.

39 So die Hochrechnung polnischer Statistiker: *Mały Rocznik Statystyczny*, styczeń 1939 – czerwiec 1941, Warszawa 1990, S. 10. Zur deutschen Besatzung siehe v. a. Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961; Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazi-deutschlands in Polen 1939–1945, Berlin 1987; Włodzimierz Bonusiak, Polska podczas II wojny światowej, Rzeszów 1995; Jacek Andrzej Młynarczyk (Hrsg.), Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung 1939–1945, Osnabrück 2009.

40 Chaim A. Kaplan, Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan, hrsg. von Abraham I. Katsh, Frankfurt/M. 1967, S. 21f. (1.9.1939).

41 Jochen Böehler, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939, Frankfurt/M. 2006, S. 48: Gefr. G., „Erinnerung an den PF“.

dungsbuch“ listete 61 000 polnische Staatsangehörige auf, gegen die im Kriegsfall vorgegangen werden sollte. Die am 3. September 1939 aufgestellte „Einsatzgruppe z.b.V.“ unter Udo von Woyrsch erhielt von Himmler die Anweisung: „Entwaffnung und Niederkämpfung der polnischen Banden, Exekutionen.“⁴² Ausgestattet mit dem weit interpretierbaren Auftrag, gegen „alle reichs- und deutschfeindlichen Elemente“ vorzugehen, verübten die Einsatzgruppen zahllose Morde an Angehörigen der polnischen Intelligenz, der Geistlichkeit, des Adels sowie an Juden.

Von Anfang an gingen Wehrmachtseinheiten, Einsatzgruppen, Ordnungspolizei und Waffen-SS rücksichtslos gegen Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung vor. Sie verschleppten Zehntausende Polen und Juden im wehrfähigen Alter in Lager im Reich oder internierten sie im eroberten Gebiet. Ein vager Verdacht auf Widerstand reichte ihnen zur Begründung von Massenerschießungen aus, und die nervösen Truppen witterten nahezu überall Freischärler. Heer, SS und Polizei exekutierten bis Ende Oktober nicht weniger als 16 000 Zivilpersonen sowie nach Schätzungen polnischer Historiker mehr als 1000 Soldaten der polnischen Armee nach ihrer Gefangennahme.⁴³

Tatkräftige Unterstützung erhielten die Einsatzgruppen dabei oftmals durch Angehörige der deutschen Minderheit, die über Ortskenntnis verfügten, die Einheimischen gut kannten und sich noch in den ersten Septembertagen spontan zu Milizen zusammenschlossen, die dann auf Anordnung Himmlers zentral organisiert den „Volksdeutschen Selbstschutz“ bildeten.

Aufgeheizt wurde die Atmosphäre durch antideutsche Ausschreitungen; hier sind insbesondere die Misshandlungen und Morde in Bromberg vom 3. September 1939 zu nennen, bei denen wahrscheinlich etwa 300 Menschen ums Leben kamen. Der „Bromberger Blutsonntag“ zog brutale Vergeltungsaktionen nach sich; die NS-Propaganda griff die Ereignisse auf und verkündete bald, Polen hätten in den Tagen des deutschen Einmarsches 58 000 Volksdeutsche ermordet. Angehörige des Selbstschutzes beteiligten sich nunmehr aktiv an deutschen Terroraktionen. Dabei wurden mehrere tausend Menschen

42 Richtlinien für den auswärtigen Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD (undat.), Barch, R 58/241; RFSS an Udo von Woyrsch vom 7.9.1939, zit. nach Klaus-Michael Mallmann/Jochen Böhrer/Jürgen Matthäus, Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation, Darmstadt 2008, S. 56; Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938 – 1942, Stuttgart 1981, S. 32 – 42; Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 – 1989, Bonn 1996, S. 240; Klaus-Michael Mallmann, Menschenjagd und Massenmord. Das neue Instrument der Einsatzgruppen und -kommandos 1938 – 1945, in: Gerhard Paul/ders. (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 291 – 316, hier S. 291 – 299; Dorothee Weitbrecht, Der Exekutionsauftrag der Einsatzgruppen in Polen, Filderstadt 2001; Michael Wildt, Generation des Unbedingten, Hamburg 2002, S. 421 – 485. Zu den SS-Einheiten im Polenfeldzug siehe Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939 – 1945, Darmstadt 2005, S. 33 – 60.

43 Irena Sroka, Górný Śląsk i Zagłębie Dąbrowskie pod okupacyjnym zarządem wojskowym, Katowice 1975, S. 198; Tatiana Berenstein/Adam Rutkowski, Prześladowania ludności żydowskiej w okresie hitlerowskiej administracji wojskowej na okupowanych ziemiach polskich (1.IX.1939 – 25.X.1940), in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 1961, H. 1 (38), S. 3 – 38, und H. 2 (39), S. 63 – 87, hier S. 63 – 72; Czesław Łuczak, Pod niemieckim jarzmem (Kraj Warty 1939 – 1945), Poznań 1996, S. 16 – 19; Hans-Jürgen Bömelburg/Bogdan Musiał, Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939 – 1945, in: Włodzimierz Borodziej/Klaus Ziemer (Hrsg.), Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949. Eine Einführung, Osnabrück 2000, S. 43 – 111; Alexander B. Rossino, Hitler strikes Poland. Blitzkrieg, ideology and atrocity, Lawrence 2003, S. 86.

ermordet, Juden und Polen – Schätzungen reichen bis zu 30 000 Toten. Juden und Jüdinnen waren von den ersten Kriegstagen an Opfer willkürlicher Demütigungen, Gewalttaten, Plünderungen und Vergewaltigungen. Deutsche Soldaten und Polizisten schnitten orthodoxen Juden die Bärte ab oder zwangen Juden zur Belustigung der anwesenden Kameraden zu sinnlosen und unangenehmen Arbeiten oder zu gymnastischen Übungen. Nicht selten beteiligten sich Angehörige der deutschen Minderheit oder Polen an den Schikanen und Misshandlungen oder nutzten die unübersichtliche Situation, um sich zu bereichern. In diesem Klima eskalierte die antisemitische Gewalt. Juden waren Freiwild.

In Lodz hielt Dawid Sierakowiak am 12. September 1939 in seinem Tagebuch fest, wie eine Gruppe Juden ihre Arbeit unterbrechen und sich nackt ausziehen musste. Einige Deutsche teilten den mit dem Gesicht zur Wand Aufgestellten mit, dass sie nun erschossen würden, und legten ihre Gewehre an. Dies wiederholten sie mehrmals, ohne tatsächlich zu schießen – zumindest körperlich wurde an diesem Tag niemand verletzt.⁴⁴ Marcel Reich-Ranicki beschreibt die ersten Wochen der Besetzung in Warschau: „Oft wurden die von der Straße mitgenommenen Juden – und auch Jüdinnen – in ein deutsches Dienstgebäude getrieben, das gereinigt werden mußte. Wenn Lappen zum Aufwischen des Fußbodens nicht zur Hand waren, dann wurden den Jüdinnen, zumal den besser aussehenden, befohlen, ihre Schlüpfer auszuziehen. Die ließen sich auch als Lappen verwenden. Für die Soldaten war das ein Heidenspaß.“⁴⁵

Die Einsatzgruppe z.B.V. tötete auf ihrem Zug von Ostoberschlesien nach Westgalizien mehrere hundert Juden, bevor sie in Przemyśl ein Massaker organisierte, dem zwischen dem 16. und 19. September 500 bis 600 Juden zum Opfer fielen.⁴⁶ Bei einem Brandanschlag auf die Synagoge im ost-oberschlesischen Będzin wurden am 9. September über 500 jüdische Einwohner getötet.⁴⁷ In Chmielnik in der Nähe von Kielce schlossen deutsche Soldaten etwa 50 Juden in die Synagoge ein und zündeten diese an.

Außerdem kamen bis zu 20 000 jüdische Zivilisten und auf dem Schlachtfeld etwa 32 200 jüdische Soldaten und Offiziere durch Kriegshandlungen ums Leben. Etwa 50 000 bis 60 000 jüdische Soldaten der polnischen Armee gerieten in Gefangenschaft. Die Wehrmacht isolierte die jüdischen Kriegsgefangenen innerhalb der Lager, die Sterblichkeit unter ihnen war überdurchschnittlich hoch. Wilm Hosenfeld leitete ein Kriegsgefangenenlager in Pabianice bei Lodz. Am 16. September 1939 schrieb er an seine Frau, dass jeden Tag Tausende Gefangene ankämen und sich Härten daher nicht vermeiden ließen.

44 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak. Five notebooks from the Lodz Ghetto*, hrsg. von Alan Adelson, New York u.a. 1996, S. 37f. (12.9.1939); Sara Bender, *Die Juden von Chmielnik unter deutscher Besatzung (1939 – 1943)*, in: Christoph Dieckmann/Babette Quinkert (Hrsg.), *Im Ghetto 1939 – 1945. Neue Forschungen zu Alltag und Umfeld*, Göttingen 2009, S. 74 – 96, hier S. 77.

45 Marcel Reich-Ranicki, *Mein Leben*, Stuttgart 1999, S. 181.

46 Bömelburg/Musial, *Besatzungspolitik* (wie Anm. 43), S. 48; Rossino, *Hitler* (wie Anm. 43), S. 233; Mallmann/Böhler/Matthäus, *Einsatzgruppen* (wie Anm. 42), S. 85; Böhler, *Überfall* (wie Anm. 38), S. 199 – 207.

47 Günter Schubert, *Das Unternehmen „Bromberger Blutsonntag“. Tod einer Legende*, Köln 1989; Frank Golczewski, *Polen*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 411 – 497, hier S. 422; Christian Jansen/Arno Weckbecker, *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*, München 1992; Böhler, *Auftakt* (wie Anm. 41), S. 136; *Bydgoszcz 3 – 4 września 1939. Studia i dokumenty*, hrsg. von Tomasz Chinciński und Paweł Machcewicz, Warszawa 2008; Mallmann/Böhler/Matthäus, *Einsatzgruppen* (wie Anm. 42), S. 56; Böhler, *Überfall* (wie Anm. 38), S. 117 – 120.

Allerdings merkte er kritisch an: „Die Juden haben nichts zu lachen. Mich empört die rohe Behandlung. Die Einheimischen sehen mit Behagen zu, denn die Juden haben sie, wie sie erzählen, in jeder Weise ausgenutzt und sich auf ihre Kosten bereichert. Die reichen [Juden] sind allerdings ausgerückt, die armen Juden müssen's büßen.“ Die meisten jüdischen Soldaten entließ die Wehrmacht bis März 1940 in das sogenannte Generalgouvernement. Nur die wenigen jüdischen Offiziere blieben bis zum Kriegsende in Gefangenschaft, die meisten überlebten.⁴⁸

Bereits im Oktober 1939 begannen SS und Polizei, auch Psychatriepatienten in den annektierten Gebieten zu ermorden. So wurde im November 1939 wahrscheinlich die Mehrzahl der etwa 870 Polen und 30 Juden aus der Klinik Owińska bei Posen in Wäldern der Umgebung erschossen, einige erstickte man wenig später mittels Giftgas. Von Januar bis April 1940 zog das sogenannte Sonderkommando Lange in dem Gebiet, das dem Reich als Warthegau eingegliedert wurde, mordend von einer psychiatrischen Klinik zur nächsten; zu seinen Opfern gehörten auch mindestens 183 Juden. Ende Oktober 1940 fielen bei Kalisz 290 jüdische Bewohner eines Altenheims einem Massenmord zum Opfer. Herbert Lange und seine Kollegen setzten das Morden bis zum Sommer 1941 fort und verschonten dabei nur einige der polnischen Patienten, während sie alle Juden töteten. Im Herbst des Jahres richtete Lange schließlich ein Vernichtungslager für Juden in Kulmhof ein – die Verbindung zwischen Kranken- und Judenmord tritt hier offen zutage.⁴⁹

Die Wehrmacht, die die vollziehende Gewalt im besetzten Gebiet ausübte, war an diesen Verbrechen maßgeblich beteiligt. Da sich die Wehrmachtsführung davon eine nachhaltige „Befriedung“ des eroberten Raums versprach, nahm sie die Morde zunächst billigend in Kauf.⁵⁰ Der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch, setzte am 21. September 1939 seine Untergebenen davon in Kenntnis, dass die Einsatzgruppen „nach Weisung des Führers gewisse volkspolitische Aufgaben“ erfüllten.⁵¹ Nur vereinzelt regte sich innerhalb der Militärführung frühzeitig Widerspruch, so von Seiten einiger Heeresgeneräle wie Georg von Küchler und Joachim Lemelsen. Generaloberst Günther von Kluge, Befehlshaber der 4. Armee, äußerte sich empört über die „Erschießungen von nationalen Polen und Juden“ und über die „beabsichtigte Bildung eines Juden-Reservats in Lublin“. Derartige Einsprüche gegen die in Polen verübten Verbrechen sind auch im Kontext der Rivalitäten zwischen Wehrmacht und SS zu sehen. In Einzelfällen ging die Militärgerechtigbarkeit gegen die Täter vor.⁵² Doch Hitler amnestierte am 4. Oktober die Kriegsteilnehmer für Taten, die „aus Verbitterung wegen der von den Polen verübten Greuel“ be-

48 Wilm Hosenfeld, „Ich versuche jeden zu retten.“ Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hrsg. von Thomas Vogel, München 2004, S. 250; Shmuel Krakowski, The Fate of Jewish POWs of the Soviet and Polish Armies, in: The Shoah and the War, hrsg. von Asher Cohen u. a., New York 1992, S. 233 – 244; Böhler, Auftakt (wie Anm. 41), S. 176 – 180.

49 Volker Rieß, Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland 1939/40, Frankfurt/M. u. a. 1995; Henry Friedlander, Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997; Michael Alberti, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939 – 1945, Stuttgart 2006, S. 325 – 336.

50 Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 206.

51 Beate Kosmala, Der deutsche Überfall auf Polen. Vorgeschichte und Kampfhandlungen, in: Broduziej/Ziemer (Hrsg.), Beziehungen (wie Anm. 43), S. 19 – 41, Zitat S. 38.

52 Maximilian von Weichs, Erinnerungen, Bd. 4, BArch-MA, N 19/8, zit. nach Mallmann/Böhler/Matthäus, Einsatzgruppen (wie Anm. 42), S. 88; siehe auch ebd., S. 66 – 69.

gangen worden seien, was die Ahndung dieser Kriegsverbrechen weitgehend verhinderte. Das Personal von SS und Polizei wurde von der regulären justiziellen Verfolgung ausgenommen und einer Sondergerichtsbarkeit unterstellt.⁵³

Flihen oder Bleiben?

Angesichts der Judenverfolgung im Deutschen Reich beobachteten die polnischen Juden den Einmarsch deutscher Truppen mit erheblicher Sorge. Dennoch hatte niemand ein solches Ausmaß an Gewalt erwartet, zumal viele sich daran erinnerten, dass die Deutschen sich während der Besatzung im Ersten Weltkrieg den Juden gegenüber zwar nicht vorurteilsfrei, aber insgesamt relativ tolerant gezeigt hatten. Schon die Ereignisse der ersten Kriegstage schockierten die Menschen. Vor allem junge Männer, die politisch aktiv gewesen waren, entschlossen sich zur Flucht Richtung Osten und versuchten, in sowjetisch besetztes Gebiet, nach Rumänien oder Ungarn zu gelangen.

Aber die Unsicherheit war groß. Thomas T. Blatt, der aus Izbica in der Nähe von Lublin stammte, erinnerte sich später: „Wir wußten nicht, was wir tun sollten. Einige Juden schlugen vor, nach Osten zu fliehen, während andere wiederum meinten, die Deutschen seien auch nur Menschen, die Mitgefühl mit den Zivilisten haben und ihnen nichts antun würden. Wieder andere zogen weiter, um den Bug zu überqueren und sich auf die Seite der Sowjets zu schlagen.“⁵⁴ Dies war anfangs relativ leicht möglich, doch von Mitte Oktober 1939 an wiesen sowjetische Grenzer die Flüchtlinge ab und schickten sie unter Androhung von Gewalt zurück. Auf der anderen Seite der Demarkationslinie standen jedoch die deutschen Wachposten. Eine Frau, die aus Jarosław geflüchtet war, berichtete: „Wir kamen morgens am dritten Tage unserer Flucht am San an. Am Ufer standen Gestapomänner und trieben die Menschen mit Gewalt auf das Boot, genauer gesagt, ein Floß aus zwei wackligen Brettern, von dem Frauen und Kinder in den San hineinfliegen. Ringsherum waren überall Ertrunkene von den vorherigen Tagen zu sehen; in Ufernähe standen Frauen im Wasser, die ihre Kinder auf den Schultern trugen und um Hilfe riefen; die Gestapomänner beantworteten dies mit Schüssen.“⁵⁵

Viele Juden in den östlichen Wojewodschaften waren für den Einmarsch der Roten Armee zunächst dankbar, glaubten sie doch, dadurch der Verfolgung durch die Nationalsozialisten zu entgehen. Calek Perechodnik schreibt darüber in seinen 1943 in einem Warschauer Bunker verfassten Erinnerungen: „Das erste Gefühl war unbändige Freude. Wen wundert es. Von der einen Seite marschierte der Deutsche ein, Parolen von der erbarmungslosen Vernichtung und Ermordung aller Juden verbreitend, von der anderen Seite kam der Bolschewik mit der Parole, dass für ihn alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind.“⁵⁶ Zu den bereits hier lebenden Juden kamen Schätzungen zufolge etwa

53 Geheimer Gnadenerlass des Führers und Reichskanzlers vom 4.10.1939, in: Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg, Holocaust, in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 948 – 963, hier S. 952.

54 Thomas T. Blatt, Nur die Schatten bleiben. Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibór, 2. Aufl., Berlin 2002, S. 21.

55 Aussage Róża Wagner, 1945, in: Dokumenty zbrodni i męczeństwa, hrsg. von Michał M. Borwicz, Nella Rost und Józef Wulf, Kraków 1945, S. 143 (Übersetzung aus dem Polnischen).

56 Calek Perechodnik, Spowiedź. Dzieje rodziny żydowskiej podczas okupacji hitlerowskiej w Polsce, Warszawa 2004, S. 14.

200 000 bis 300 000 Flüchtlinge hinzu. Vor allem Jüngere nahmen die Chance wahr, sich in das für sie neue sowjetische System zu integrieren. Die sowjetische Besatzungsmacht entließ und verfolgte in der Anfangsphase polnische Funktionsträger in großer Zahl und zog stattdessen Juden zur Mitarbeit heran, da diese oft gut ausgebildet waren. Allerdings weigerten sich die Flüchtlinge überwiegend, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die sowjetische Geheimpolizei NKVD betrachtete die aus dem Westen kommenden jüdischen Flüchtlinge vor allem als Sicherheitsrisiko und deportierte einen erheblichen Teil daher in den Osten der Sowjetunion. Arbeitslosen Juden wurden Arbeitsplätze im Osten Weißrusslands oder im ostukrainischen Bergbauggebiet zugewiesen.⁵⁷

Die Mehrheit der Juden im von Deutschland besetzten Polen blieb jedoch in ihren Heimatorten oder verließ diese nur kurz und kehrte nach dem Ende der Kampfhandlungen zurück. Leon Zelman beschrieb die Stimmung in seinem Umfeld in Lodz: „Da und dort hörte man von einem Juden, der sich aus Verzweiflung umgebracht hatte. Andere ließen ihren Besitz zurück und flüchteten in letzter Minute nach Osten. Die Zurückgebliebenen schüttelten den Kopf. Wozu resignieren, wozu sich in solche Gefahr begeben? Die Härten würden nachlassen, ohne uns würde es nicht gehen, irgendwie würde man durchkommen.“⁵⁸

Die Verwaltung der besetzten Gebiete

Um die Militärverwaltung so schnell wie möglich zu beenden und mit der bevölkerungspolitischen Umgestaltung beginnen zu können, unterzeichnete Hitler am 12. Oktober 1939 einen Erlass über die Eingliederung und Verwaltung der Ostgebiete. Mit Datum vom 26. Oktober annektierte das Deutsche Reich die westpolnischen Gebiete, darunter Regionen, die Deutschland 1919 hatte abtreten müssen: das östliche Oberschlesien, Westpreußen und die Provinz Posen. Aber auch die Gegend um Lodz und Gebiete östlich der polnischen Wojewodschaft Schlesien (Śląsk) gehörten fortan ebenso zum Reich wie der Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów), der Ostpreußen angeschlossen wurde. Im Norden entstand der Reichsgau Danzig-Westpreußen, in der Mitte der Reichsgau Wartheland, das östliche Oberschlesien fiel an den deutschen Gau Schlesien. Die große Mehrheit der nahezu zehn Millionen Einwohner, die in den Annexionsgebieten lebten, darunter 500 000 bis 550 000 Juden, fühlte sich keineswegs als Deutsche.

Während für die eingegliederten westpolnischen Gebiete von vornherein eine völlige Integration ins Reich und damit eine „Germanisierung“ anvisiert war, galt der Rest des deutsch besetzten Polens als nicht näher definiertes koloniales Nebenland, in das „unerwünschte Elemente“ aus dem nunmehr erweiterten Reichsgebiet abgeschoben werden konnten. Es sollte als Reservoir billiger Arbeitskräfte dienen und als Aufmarschgelände

⁵⁷ Sławomir Kalbarczyk, *Żydzi polscy wśród ofiar zbrodni sowieckich w latach 1939 – 1941*, in: *Pamięć i Sprawiedliwość* 40 (1997/98), S. 173 – 194; Albin Głowacki, *Sowieci wobec Polaków na ziemiach wschodnich II Rzeczypospolitej 1939 – 1941*, Łódź 1998, S. 376 – 379; Marek Wierzbicki, *Polacy i Żydzi w zaborze sowieckim. Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach północno-wschodnich II RP pod okupacją sowiecką (1939 – 1941)*, Warszawa 2001; Andrzej Żbikowski, *U genezy Jedwabnego. Żydzi na Kresach Północno-Wschodnich II Rzeczypospolitej, wrzesień 1939 – lipiec 1941*, Warszawa 2006.

⁵⁸ Leon Zelman, *Ein Leben nach dem Überleben*, Wien 1995, S. 48f.

für einen Krieg gegen die Sowjetunion. Diese Ziele erläuterte Hitler am 17. Oktober 1939 bei einer Besprechung in der Reichskanzlei, in der er Wilhelm Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), über das Ende der Militärverwaltung und die Einrichtung des „Generalgouvernements der besetzten polnischen Gebiete“ informierte. In diesem, seit Mitte 1940 nur noch kurz „Generalgouvernement“ genannten Territorium lebten 12 Millionen Menschen, darunter etwa 1,5 Millionen Juden.⁵⁹

Zum Generalgouverneur berief Hitler den Reichsrechtsführer Hans Frank, seinen früheren Rechtsberater, der ihm direkt unterstellt war. Franks Stellvertreter war bis zum Mai 1940 Arthur Seyß-Inquart, dann übernahm Josef Bühler diese Funktion, der zudem die seit dem Sommer 1940 so bezeichnete Regierung des Generalgouvernements leitete. Bei der Ämterbesetzung in den eingegliederten Gebieten kamen NSDAP-Führer aus Danzig zum Zuge, die bereits Erfahrung mit dem antipolnischen „Volkstumskampf“ aufzuweisen hatten. Im Norden konnte der in Danzig residierende Gauleiter Albert Forster sein Herrschaftsgebiet dank des neuen Reichsgaus Danzig-Westpreußen enorm erweitern. Sein bisheriger Stellvertreter und Konkurrent Arthur Greiser machte als neuer Gauleiter und Reichsstatthalter des Warthegaus einen Karrieresprung. Im Süden schließlich erhielt der schlesische Gauleiter Josef Wagner einen Gebietszuwachs im Osten. Als dieser große Gau im Januar 1941 geteilt wurde, kam das besetzte polnische Schlesien zum Gau Oberschlesien unter Fritz Bracht. Gauleiter von Ostpreußen, nun mit dem Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów), war bereits seit 1928 Erich Koch. All diese Männer waren bekennende Antisemiten, die zudem ihr brutales Machtstreben einte. In den neuen Reichsgauen sahen sich diese Gauleiter nun vor völlig andere Aufgaben gestellt als ihre Kollegen im Altreich: Im Vordergrund stand die „radikale Umgestaltung ganzer Landstriche, Deportation und Massenmord inklusive“.⁶⁰

Während die ins Reich eingegliederten Besatzungsgebiete in Regierungsbezirke aufgeteilt wurden, entstanden im Generalgouvernement vier Distrikte (Krakau, Lublin, Radom, Warschau), in denen ebenfalls Gouverneure regierten. Als Regierungssitz wurde bewusst Krakau gewählt, um der polnischen Hauptstadt Warschau auch symbolisch jede politische Bedeutung abzuerkennen. Unterhalb dieser Verwaltungsebene bildeten die Kreise bzw. die großen Städte die entscheidende deutsche Herrschaftsstruktur. Hier walteten die Stadt- und Kreishauptleute, und zwar mit erheblichen Handlungsspielräumen. Sie wollten das jeweilige Gebiet für deutsche Interessen ausbeuten und zeigten kaum Skrupel bei der Wahl der Unterdrückungsmethoden. Ihnen unterstand eine weitgehend machtlose polnische Verwaltung mit Gemeindevorstehern und Bürgermeistern sowie Dorfschulzen.⁶¹

59 Bömelburg/Musial, Besatzungspolitik (wie Anm. 43), S. 49 – 52, 71f.

60 Dieter Pohl, Die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Koloniale Verwaltung oder Modell für die zukünftige Gauverwaltung?, in: Jürgen John/Horst Möller/Thomas Scharschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 395 – 405, Zitat S. 396; Edward Serwański, Wielkopolska w cieniu swastyki, Warszawa 1970; Włodzimierz Jastrzębski/Jan Sziling, Okupacja hitlerowska na Pomorzu Gdańskim w latach 1939 – 1945, Gdańsk 1979; Łuczak, Pod niemieckim jarzmem (wie Anm. 43); Ryszard Kaczmarek, Górny Śląsk podczas II wojny światowej. Między utopią „niemieckiej wspólnoty narodowej” a rzeczywistością okupacji na terenach wcielonych do Trzeciej Rzeszy, Katowice 2006; Ralf Meindl, Ostpreußens Gauleiter Erich Koch – eine politische Biographie, Osnabrück 2007.

61 Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939 – 1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975; Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und

Fast alle Teile der Zivilverwaltung waren mit der „Judenfrage“ befasst, vor allem die Ressorts Inneres, Arbeit, Wirtschaft, Ernährung und Medizin. Maßgeblich bestimmte jedoch die Abteilung „Bevölkerungswesen und Fürsorge“ das Schicksal der Juden. Dieses zur Innenverwaltung gehörende Ressort hatte Fritz Arlt, zuvor Amtsleiter für Rassenpolitik in Breslau, Ende 1939 bei der Regierung in Krakau aufgebaut. Im Mai 1941 löste ihn sein bisheriger Stellvertreter Lothar Weirauch ab.⁶²

Eine ungleich größere Rolle als im Reich spielten im besetzten Polen SS und Polizei. Heinrich Himmler verfügte über weitgehende Freiräume und fasste die verschiedenen Zweige seines Imperiums – Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und Waffen-SS – stärker als im Reich zusammen. Die Einsatzgruppen wurden nach Ende der Kampfhandlungen in feste Dienststellen umgewandelt. Alle Einheiten unterstanden den Höheren SS- und Polizeiführern (HSSPF), Friedrich-Wilhelm Krüger im Generalgouvernement, Wilhelm Koppe im Warthegau und Richard Hildebrandt in Danzig-Westpreußen, deren Bedeutung dadurch erheblich wuchs. Die annektierten oberschlesischen und ostpreußischen Gebiete wurden den HSSPF in Breslau (Erich von dem Bach-Zelewski) und Königsberg (Wilhelm Redieß) zugeordnet. In den vier Distrikten des Generalgouvernements installierte Himmler jeweils noch einen SS- und Polizeiführer.⁶³

Zwar gab es zwischen Polizei und Zivilverwaltung Konflikte um Kompetenzen und Ressourcen, hinsichtlich der Behandlung der Einheimischen herrschte jedoch weitgehend Konsens. Die Besatzer fühlten sich als „Herrenmenschen“ und stellten dies demonstrativ zur Schau. Demütigung und Misshandlung von Juden sowie die massive Diskriminierung der polnischen Bevölkerung, besonders in den eingegliederten Gebieten, gehörten zum Alltag. Viele der nun im Osten eingesetzten Funktionäre sahen in ihrer neuen Tätigkeit auch eine Möglichkeit, sich zu bereichern oder die eigene Situation anderweitig zu verbessern. Dies galt umso mehr, als manche Dienststelle im Reich Beamte, die negativ aufgefallen waren, hierher abschob und mancher, der in Deutschland wirtschaftlich gescheitert war, nun sein Glück im besetzten Polen versuchte.⁶⁴

Vertreibung

Zu den zentralen Zielen der deutschen Politik im besetzten Polen zählte die Germanisierung der eingegliederten Gebiete; das Regime machte sich umgehend daran, dieses Vorhaben umzusetzen. Dabei konnte es auf eine lange Tradition von „Volkstumsprojekten“ seit dem Ersten Weltkrieg und auf die Erfahrungen älterer Vertreibungsaktionen zurückgreifen. Auch wenn die Rasse- und Raumexperten schon seit 1937 über eine „Umvolkung“ in Polen diskutierten, setzten die konkreten Planungen für Deportationen doch erst mit

Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939 – 1944, Wiesbaden 1999; Markus Roth, Herrenmenschen. Die deutschen Kreishauptleute im besetzten Polen – Karrierewege, Herrschaftspraxis und Nachgeschichte, Göttingen 2009.

⁶² Aly/Heim, Vordenker (wie Anm. 36), S. 207 – 219; Musial, Zivilverwaltung (wie Anm. 61), S. 96 – 100.

⁶³ Ruth Bettina Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986; Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 453 – 455.

⁶⁴ Musial, Zivilverwaltung (wie Anm. 61); Roth, Herrenmenschen (wie Anm. 61); Stephan Lehnstaedt, Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939 – 1944, München 2010.

dem militärischen Sieg über Polen ein. Entwickelt wurden sie im Kontext der gesamten nationalsozialistischen Umsiedlungs- und Vertreibungspolitik, die Hitler mit den Grenzverschiebungen in Europa seit 1938 in Gang gesetzt hatte.⁶⁵ Neben den jüdischen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem deutschen Machtbereich hatten bereits Zehntausende Tschechen das annektierte Sudetenland verlassen müssen, und auch die für autonom erklärte Slowakei bemühte sich, Juden abzuschieben, als sie 1938 Territorien an Ungarn abtreten musste.

Vom September 1939 an bekamen die Vertreibungsprojekte jedoch eine gänzlich neue Dimension. Hitler kündigte am 6. Oktober 1939 im Reichstag eine „neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“ im deutsch besetzten Gebiet an (Dok. 17). Dazu gehörte zunächst der deutsch-sowjetische Bevölkerungsaustausch, der Ende September mit Stalin vereinbart wurde. Die deutschsprachigen Minderheiten, die nun unter sowjetische Herrschaft gerieten, sollten nach Westen umgesiedelt werden. Gleichzeitig beabsichtigte Hitler, den „deutschen Lebensraum“ nach Westpolen auszudehnen. Von hochrangigen Parteifunktionären und Militärs verlangte er „einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet“. Große Bevölkerungsgruppen müssten nach Osten vertrieben werden, und auch das bisherige Reichsgebiet sei „zu säubern von Juden, Polacken u. Gesindel“.⁶⁶

Die Idee, diese „Säuberungen“ durch die Schaffung eines Reservats im Osten des Besatzungsgebiets zu realisieren, diskutierten die Spitzen der Sicherheitspolizei noch während der Kampfhandlungen. Reinhard Heydrich, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, beauftragte die Einsatzgruppen in einem Schnellbrief am 21. September 1939, die jüdische Bevölkerung in Westpolen vom Lande in verkehrsgünstiger gelegene Orte zu vertreiben und sie dort zu konzentrieren (Dok. 12).⁶⁷ Tags darauf sprach er schon von einem „Judenstaat unter deutscher Verwaltung bei Krakau“. In einer der ersten Chefbesprechungen seiner neuen Behörde, des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), hieß es dann, es sei an ein „Reichs-Ghetto“ gedacht, „hinter Warschau und um Lublin“, in dem „all die politischen und jüdischen Elemente untergebracht werden, die aus den künftigen deutschen Gauen ausgesiedelt werden müssen“.⁶⁸

Heydrichs Männer ergriffen bald darauf konkrete Maßnahmen. Gestapo-Chef Heinrich Müller beauftragte den Leiter des Umsiedlungsreferats im Reichssicherheitshauptamt, Adolf Eichmann, mit der Abschiebung von 70 000 – 80 000 Juden aus dem östlichen Oberschlesien (Dok. 18). Dieser entschied Mitte Oktober, die Transporte, deren Einzugs-

65 Götz Aly, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.

66 Zitate Hitlers gegenüber OKW-Chef Keitel am 17. Oktober 1939 in: Generaloberst Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres 1939 – 1942, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, 3 Bde., Stuttgart 1962 – 64, Bd. 2, S. 107.

67 Dan Michman, Why did Heydrich write the Schnellbrief? A Remark on the Reason and on its Significance, in: Yad Vashem Studies 32 (2004), S. 433 – 447.

68 Protokoll der Amtschefbesprechung vom 29.9.1939, BArch, R 58/825, Bl. 36f. Vgl. Protokoll der Besprechung Hans Franks mit den Kreis- und Stadthauptmännern des Distrikts Radom am 25. November 1939, in: Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, hrsg. von Tatiana Berenstein u. a., Berlin 1960, S. 46; Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938 – 1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hrsg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970, S. 361 – 363.

bereich er noch erweiterte, in die Nähe der Kleinstadt Nisko am San im Westen der Region Lublin zu schicken. Zwischen dem 18. und 26. Oktober 1939 ließ er in fünf Transporten insgesamt etwa 5000 Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau im Protektorat Böhmen und Mähren sowie aus Kattowitz dorthin verschleppen, obwohl zu ihrer Aufnahme keinerlei Vorbereitungen getroffen waren. Müller stoppte das Abschiebungsprogramm dann jedoch mit der Begründung, dass es dafür einer „zentralen Leitung“ bedürfe, und gab am 21. Dezember bekannt, Himmler habe die Fortführung der Deportationen „bis auf weiteres“ untersagt. Zunächst sollten die gewaltigen Bevölkerungsverschiebungen in den westpolnischen Gebieten durchgeführt werden, von denen später noch die Rede sein wird.⁶⁹ Viele der bis dahin deportierten Juden flüchteten entweder über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie oder schlugen sich in benachbarte Orte durch. Als das Lager bei Nisko im April 1940 aufgelöst wurde, kehrten die etwa 500 verbliebenen Insassen nach Wien oder Mährisch-Ostrau zurück.⁷⁰

Generalgouverneur Frank hatte sich zeitweise sogar bereit erklärt, die „Juden aus dem Reich, Wien, von überall“ in seinem Herrschaftsbereich aufzunehmen. Seinen Kreis- und Stadthauptleuten erläuterte er, man müsse aus dem Generalgouvernement „einen großen Konzentrationsraum“ für Juden machen. Deren allmählichen Untergang kalkulierte er dabei ausdrücklich ein: „Bei den Juden nicht viel Federlesens. Eine Freude, endlich einmal die jüdische Rasse körperlich angehen zu können. Je mehr sterben, umso besser; ihn [den Juden] zu treffen, ist ein Sieg unseres Reiches. Die Juden sollen spüren, daß wir gekommen sind. Wir wollen $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ aller Juden östlich der Weichsel haben.“⁷¹ Dort sollte in einem nie genauer umrissenen Gebiet ein sogenanntes Judenreservat entstehen (Dok. 65). Doch rückte Hitler schon im März 1940 wieder von der Reservatsidee ab,⁷² und auch die Wehrmacht hatte sich gegen eine Konzentration jüdischer Bevölkerung im Grenzgebiet zur Sowjetunion ausgesprochen. Angesichts dessen trug Himmler der SS- und Polizeiführung in den annektierten Gebieten auf, künftig nicht nur die Region um Lublin, sondern das ganze Generalgouvernement unterschiedslos „als Sammelbecken der für Deutschland rassisch nicht Brauchbaren“ zu betrachten.⁷³

So hatte Himmler, als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) zugleich Generalbevollmächtigter für das Programm der „Umvolkung“, das Generalgouvernement ohnehin von jeher verstanden. Auf Anordnung Heydrichs entstand bereits Mitte Oktober 1939 die Einwandererzentralstelle, die die Ansiedlung deutschstämmiger

69 Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im November 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 74–96; Jonny Moser, Nisko. The First Experiment in Deportation, in: Simon Wiesenthal Center Annual 2 (1985), S. 1–30; Wolf Gruner, Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1945). Neue Perspektiven und Dokumente, in: Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004, S. 21–62; Longerich, Heinrich Himmler (wie Anm. 63), S. 457.

70 Browning, Entfesselung (wie Anm. 37), S. 72.

71 Protokoll der Besprechung Hans Franks mit den Kreis- und Stadthauptmännern des Distrikts Radom am 25. November 1939 (wie Anm. 68).

72 So Hitler am 12.3.1940 gegenüber Colin Ross, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937–1945, Bd. VIII/1, Göttingen 1961, S. 716f.

73 Himmlers Schreiben vom 20. Mai 1940, in: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Kurt Pätzold, Frankfurt/M. 1984, Dok. 235, S. 264.

Bevölkerungsgruppen aus dem Ausland organisierte, ihren Sitz seit Januar 1940 in Lodz hatte und mehrere Außenstellen unterhielt. Zuständig für die Vertreibung von Juden und Polen war die Umwandererzentralstelle in Posen, die ebenfalls Außenstellen einrichtete.⁷⁴ Als Erstes wies Himmler SS und Polizei an, die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung und der unerwünschten Polen in das Generalgouvernement einzuleiten (Dok. 25).

Führende Ostforscher leisteten intellektuelle Schützenhilfe: Sie verständigten sich am 7. Oktober 1939 in Berlin über die Leitlinien, nach denen das Posener Land und Westpreußen dem Reich einverleibt werden sollten. Der Historiker Theodor Schieder fasste sie im Entwurf einer Denkschrift zusammen. Durch „Bevölkerungsverschiebungen aller größten Ausmaßes“ seien die deutsche und polnische Volksgruppe voneinander zu trennen. Schieder schlug vor, deutsche „Rücsiedler“ aus Osteuropa in den annektierten Provinzen anzusiedeln und im Gegenzug die dort lebenden Polen massenhaft zu enteignen und auszusiedeln. Für sie sollte im übrigen besetzten Gebiet Platz geschaffen werden. Allerdings erfordere der „Aufbau einer gesunden Volksordnung“ die „Entjudung Restpolens“, weil sonst „die Zersetzung des polnischen Volkskörpers zum Herd neuer gefährlicher Unruhe werden kann“.⁷⁵ Ähnlich radikal waren die Empfehlungen der Partei-Rassenstrategen: Zwecks Eindeutschung der annektierten Gebiete, so Erhard Wetzel und Gerhard Hecht vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP-Reichsleitung in einer Denkschrift vom 25. November 1939, seien die meisten „Volkspolen“ und die Juden „rücksichtslos und schnellstens [...] nach Restpolen“ abzuschieben.⁷⁶

Das erste Halbjahr der deutschen Besatzung war von solchen Planungsutopien und deren partiellem Scheitern geprägt. RKF und Sicherheitspolizei entwickelten immer neue Umsiedlungsprojekte, die einander ablösten und teilweise korrigierten. Am 30. Oktober 1939 kündigte Himmler die Abschiebung aller Juden und eines noch nicht näher bestimmten Teils der Polen, insgesamt etwa einer Million Menschen, aus den eingegliederten Gebieten ins Generalgouvernement an.⁷⁷ Einen Monat später hatte sein Untergebener Heydrich den sogenannten 1. Nahplan entwickelt, dem zufolge vom 1. bis 17. Dezember über 87 000 Menschen aus dem Warthegau ins Generalgouvernement verschleppt wurden. Da es sich vor allem um Stadtbewohner handelte, betrafen die Abschiebungen in erheb-

74 Robert Lewis Koehl, RKF DV: German Resettlement and Population Policy, 1939 – 1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism, Cambridge 1957; Isabel Heinemann, „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003; Alexa Stiller, Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, München 2008, S. 531 – 540.

75 Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, hrsg. von Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), H. 1, S. 62 – 94 (Denkschrift S. 84 – 91).

76 Denkschrift zur „Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten“, zit. nach Karol Marian Pospieszalski, Documenta occupationis, Bd. 5: Hitlerowskie „prawo“ okupacyjne w Polsce. Wybór dokumentów, Teilbd. 1: Ziemie „wcielone“, Poznań 1952, S. 2 – 28, Zitate S. 19, 27.

77 Faschismus – Getto – Massenmord (wie Anm. 68), S. 42f.; Phillip T. Rutherford, Prelude to the Final Solution. The Nazi Program for Deporting Ethnic Poles, 1939 – 1941, Lawrence 2007; Maria Rutowska, Wsiedlenia ludności polskiej z Kraju Warty do Generalnego Gubernatorstwa 1939 – 1941, Poznań 2003.

lichem Ausmaß Juden. Die Deportierten sollten jenen Deutschen Platz machen, die man aus dem Baltikum und der ukrainisch-polnischen Region Wolhynien hierher umsiedeln wollte.⁷⁸

Bereits am 13. Dezember lag ein 2. Nahplan vor, der zunächst die baldige Deportation von weiteren 220 000, in einer verschärften Version von 600 000 Personen vorsah, diesmal fast durchweg Juden (Dok. 66). Die Opfer mussten sich meist in nur 24 Stunden auf ihre Abreise vorbereiten und durften nur wenig Gepäck mitnehmen. Viele überlebten den Transport in den oft unbeheizten Güterwagen nicht. Auf die Zugfahrt folgten nicht selten längere Fußmärsche an die Zielorte. Als selbst unter den Besatzungsbeamten Kritik daran laut wurde, dass Zehntausende Menschen mitten im Winter unter haarsträubenden hygienischen Bedingungen, ohne Nahrung und Heizung in Güterwaggons auf eine tagelange Reise geschickt wurden, einigte man sich im RSHA auf gewisse Mindeststandards: Die Deportierten durften 100 Złoty mit sich führen, sie sollten Lebensmittel für zehn Tage mitbekommen, und bei starkem Frost seien Frauen und Kinder in Personenwagen zu befördern (Dok. 71).

Um schneller über ausreichend Wohnungen und Arbeitsstellen für Baltendeutsche verfügen zu können, stellte Heydrich dem 2. Nahplan einen „Zwischenplan“ voran. Vom 7. Februar bis zum 15. März brachten die Deportationszüge über 42 000 Menschen, fast durchweg Polen, ins Generalgouvernement. Himmlers RKF-Behörde entwickelte darüber hinaus im Januar 1940 einen ersten umfassenden „Generalplan“ für alle beabsichtigten Massenumsiedlungen aus dem annektierten Westpolen. Auf lange Sicht sollten nicht weniger als 3,4 Millionen Polen aus dem Gebiet vertrieben werden, die gesamte jüdische Bevölkerung schon bis zum Frühjahr 1940.⁷⁹

Mit der Fortdauer des Krieges rückten jedoch zunehmend ökonomische Erwägungen in den Vordergrund. Der für die Wirtschaftspolitik zuständige Beauftragte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, ermahnte die Besatzungsbehörden am 12. Februar 1940, stärker auf kriegswirtschaftliche Erfordernisse zu achten. Die „Ostgäue“ müssten die landwirtschaftliche Produktion steigern und für das Reich in großem Stil Arbeitskräfte bereitstellen. Das aber bedeutete für die Zukunft vor allem Deportationen von Polen in Richtung Westen. Nachdem bei den bisherigen Vertreibungen auch Menschen abgeschoben worden waren, die als „rassisch wertvoll“ galten, drängte Himmler nun bei der Auswahl auf eine Überprüfung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt.⁸⁰

Das Abschiebungsprogramm scheiterte vor allem daran, dass die deutschen Behörden im durch Kriegszerstörungen ruinierten Generalgouvernement den Zustrom verarmter Menschenmassen weder bewältigen konnten noch wollten. Zudem hatte die Entscheidung, Lodz und seine Umgebung, wo etwa eine Viertelmillion Juden lebten, dem Warthegau und nicht dem Generalgouvernement zuzuschlagen, die Zahl der Abschiebungen drastisch erhöht. Frank klagte inzwischen darüber, dass man in Berlin „das Gelände des Generalgouvernements östlich der Weichsel immer mehr als eine Art Judenreservat in Aussicht“ nehme. Er erwartete Anfang März 1940, dass die Umsiedlungsaktionen redu-

⁷⁸ Browning, Entfesselung (wie Anm. 37), S. 85 – 88.

⁷⁹ Rolf-Dieter Müller, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/M. 1991, Dok. 7, S. 130 – 138; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 65).

⁸⁰ Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 65), S. 75 – 85; Longerich, Heinrich Himmler (wie Anm. 63), S. 466 bis 471.

ziert und allenfalls „etwa 100 – 120 000 Polen, etwa 30 000 Zigeuner und eine nach Belieben festzusetzende Zahl von Juden aus dem Reich“ umfassen würden.⁸¹

Unterdessen war die im November 1939 gestoppte Deportation der im Deutschen Reich lebenden Juden im Februar 1940 durch die Gestapo wieder aufgenommen worden. Aktueller Anlass war auch hier die Gewinnung von Wohnraum für Baltendeutsche. Die Deportationen von etwa 1000 Juden aus Stettin und etwa 160 Menschen im März aus Schneidemühl in den Distrikt Lublin sorgten für erhebliches Aufsehen im Ausland und daher für Unmut beim Auswärtigen Amt.⁸² Am 24. März 1940 untersagte Göring in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung zunächst weitere Abschiebungen.⁸³

Den Zwischenplan mit eingerechnet, wurden bis Mitte März 1940 insgesamt 110 000 Menschen aus den eingegliederten Gebieten deportiert, vor allem in die benachbarten Distrikte Radom und Warschau.⁸⁴ Deutlich später als vorgesehen begannen am 1. April 1940 die Deportationen im Rahmen des 2. Nahplans. Nun machten Polen die überwiegende Mehrzahl der Vertriebenen aus. Im Herbst 1940 wurde erneut eine größere Anzahl von Polen in das Generalgouvernement abgeschoben, um im Warthegau Platz für ankommende Bukowina- und Bessarabiendeutsche, aber auch für Truppenübungsplätze der Wehrmacht zu schaffen. Zugleich drängte insbesondere die Wiener Gauleitung darauf, die im Herbst 1939 begonnene Deportation „ihrer“ Juden wiederaufzunehmen.

Daher präsentierte Heydrich im Januar 1941 den 3. Nahplan, der die Deportation von 771 000 Menschen, meist Polen aus den annektierten Gebieten sowie 60 000 Juden aus Wien, ins Generalgouvernement vorsah. Auch dieses Projekt kam nicht über Ansätze hinaus, doch verschleppte die Polizei seit dem 5. Februar 1941 rund 25 000 Polen aus den eingegliederten Gebieten und 5000 Juden aus Wien. Chaim Kaplan beschreibt in seinem Tagebuch die Umstände dieser Vertreibungen: „Die Verbannten wurden vor Sonnenaufgang aus ihren Betten getrieben, und die Schergen des Führers ließen sie weder Geld noch Habseligkeiten, noch Lebensmittel mit sich nehmen und drohten ständig, sie zu erschießen. Bevor sie den Marsch in die Verbannung antraten, durchsuchte man ihre Taschen und sämtliche verborgene Stellen der Kleider und des Körpers. Ohne einen Pfennig in der Tasche und ohne warme Decken für die Frauen, Kinder, alten Leute und Gebrechlichen – manchmal ohne dass sie Schuhe an den Füßen oder Krücken in den Händen hatten – zwang man sie, ihre Wohnungen und Habseligkeiten und die Gräber ihrer Vorfahren zu verlassen und fortzugehen – wohin? Und das in einer furchtbaren, bitteren, unerträglichen Kälte.“⁸⁵

81 Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs (wie Anm. 61), S. 146f. (4.3.1940).

82 Der Transport aus Schneidemühl erreichte sein Ziel nicht, sondern wurde bei Posen aufgehalten. Die Deportierten wurden daraufhin nach Neuendorf und auf das Gut Radinkendorf in Brandenburg gebracht; Alfred Gottwaldt/Diana Schulle, Die „Judendepartationen“ aus dem Deutschen Reich 1941 – 1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, S. 35.

83 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (wie Anm. 73), Dok. 233, S. 262; Christopher R. Browning, Die „Endlösung“ und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940 – 1943, Darmstadt 2010 (engl. Ausgabe 1978), S. 36f.

84 Czesław Łuczak, Polityka ludnościowa i ekonomiczna hitlerowskich Niemiec w okupowanej Polsce, Poznań 1979, S. 127 f.; zu Radom siehe Robert Seidel, Deutsche Besatzungspolitik in Polen. Der Distrikt Radom 1939–1945, Paderborn 2006, S. 270 – 273; Jacek Andrzej Młynarczyk, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939 – 1945, Darmstadt 2007, S. 67 – 70, 97 – 100.

85 Kaplan, Buch (wie Anm. 40), S. 283 (31.1.1941).

Am 15. März wies Gestapo-Chef Müller den Umsiedlungsspezialisten Eichmann im RSHA an, die Deportationen einzustellen. Die Prioritäten hatten sich verschoben: Die Wehrmacht begann im Generalgouvernement mit ihrem Aufmarsch gegen die Sowjetunion. Die Umwandererzentralstelle hatte in Zusammenarbeit mit anderen SS- und Polizeistellen und der Besatzungsverwaltung bis dahin Massendeportationen von offiziell 365 000⁸⁶ und späteren Berechnungen zufolge etwa 460 000 Einwohnern der annektierten Gebiete in das Generalgouvernement organisiert. Darunter befanden sich ungefähr 100 000 Juden. Zehntausende weitere wurden Opfer „wilder Vertreibungen“ wie in Danzig-Westpreußen oder flüchteten Richtung Osten.⁸⁷

Während SD und Gestapo im Reichsgebiet nach wie vor die Auswanderung der Juden in aufnahmebereite Länder forcierten, wurden die polnischen Juden bereits ausgewiesen und deportiert. Die vertriebenen Juden fanden in den Aufnahmeorten weder angemessene Unterkünfte noch ausreichend Nahrungsmittel vor. Zwar bemühten sich die jüdischen Gemeinden, ihnen zu helfen; sie erhielten dabei aber kaum Unterstützung von Seiten der lokalen Besatzungsbehörden, denen die Deportierten unwillkommen waren und die sie nach Möglichkeit weiterschickten. Die jüdischen Flüchtlinge waren nahezu mittellos und daher nicht in der Lage, über längere Zeit von Reserven zu leben. Sie waren das schwächste Glied der jüdischen Gemeinschaft im Generalgouvernement. Als 1942 die systematischen Massenmordaktionen in diesem Gebiet begannen, zählten sie zu den ersten Opfern.

Aus den meisten polnischen Gebieten, die nahe den alten Reichsgrenzen lagen, war die jüdische Bevölkerung bis zum Frühjahr 1941 vertrieben. Doch in der Osthälfte der neuen Reichsprovinzen waren noch immer 400 000 bis 450 000 Juden ansässig, davon allein mehr als 250 000 im Warthegau. Im Regierungsbezirk Zichenau lebten noch über 40 000 Juden und im östlich von Oberschlesien gelegenen „Oststreifen“ 100 000, die zum Teil als Arbeitskräfte reklamiert wurden.⁸⁸ Der ursprüngliche Plan der NS-Führung, alle Juden aus den eingegliederten Gebieten zu entfernen, war gescheitert. Und das zwischenzeitlich im Sommer 1940 diskutierte Vorhaben, alle Juden Europas nach Madagaskar zu deportieren, wurde vor allem deshalb nicht weiter verfolgt, weil es nicht realisierbar war, solange sich das Deutsche Reich mit Frankreich im Krieg befand und die Seewege nicht kontrollierte. Die Zielkonflikte bei der Verwirklichung der frühen Umsiedlungsprogramme bestimmten auch das weitere Vorgehen. Eine „territoriale Endlösung“ wurde immer wieder diskutiert und in Angriff genommen, schien letztlich jedoch nicht umsetzbar zu sein. Zu groß waren die bürokratischen Widerstände in den Aufnahmegebieten, zu schwerwiegend die Folgen für die dortige Gesellschaft. Diese Erfahrungen erhöhten die Bereitschaft der Besatzungsbehörden, im Jahr 1941 zu noch brutaleren Methoden zu greifen.

86 So Himmlers Bericht als RKF vom 20.1.1943, BArch, R 43 II/1411a, Bl. 405 – 415.

87 Łuczak, *Polityka ludnościowa* (wie Anm. 84), S. 128; Alberti, *Verfolgung* (wie Anm. 49), S. 144.

88 Niederschrift der Besprechung Görings mit den Chefs der Besatzungsbehörden in den annektierten westpolnischen Gebieten über Wirtschaftsfragen in Karin hall, 12. 2. 940, IMG, Bd. XXXVI, Dok. 305-EC, S. 300 – 306.

Kennzeichnung und Ausraubung

Während im Reich verschiedene Verantwortliche lange und kontrovers über einzelne antijüdische Maßnahmen und deren innenpolitische und diplomatische Auswirkungen diskutierten, kannten die Besatzer in Polen keine Skrupel. Diskriminierende Vorschriften, Erniedrigungen und physische Gewalt bestimmten den jüdischen Alltag auch nach dem Ende der Kampfhandlungen, häufig gingen die antijüdischen Aktionen von Militär- und Zivilverwaltung nahtlos ineinander über.

Um auch die meist in den Städten lebenden assimilierten Juden problemlos zu identifizieren, setzten die Besatzer rasch durch, was im Reich erst im September 1941 realisiert wurde: die Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung. Seit Ende Oktober 1939 mussten Juden in Teilen des Warthegaus ein besonderes Kennzeichen auf der Kleidung und seit Dezember 1939 im Generalgouvernement eine weiße Armbinde mit blauem Davidstern tragen. In einigen Orten waren diese Zwangsmaßnahmen schon praktiziert worden, bevor entsprechende Verordnungen ergingen (Dok. 8).⁸⁹ Für jeden sichtbar waren Juden nun in der Öffentlichkeit von den Polen unterschieden. In Krakau notierte Halina Nelken in ihrem Tagebuch: „Die Deutschen haben eine furchtbare Anordnung erlassen. Ab heute müssen alle Juden eine weiße Binde mit einem blauen Davidstern tragen. [...] Eine aus unserer Gruppe sagte, sie schäme sich, niemals würde sie das tragen, sie sehe auch nicht wie eine Jüdin aus. Ich sehe auch nicht so aus, [...] aber es hilft nichts, ich werde diese Binde wohl anlegen: wenn alle, dann alle.“⁹⁰ Die Kennzeichnung erleichterte es der Polizei, die Einhaltung der für Juden besonders restriktiven Sperrstunden und der zahlreichen Verbote zu kontrollieren, die Juden den Zutritt zu bestimmten Straßen, Plätzen, ganzen Stadtvierteln oder gar ausgedehnten Verwaltungsbezirken untersagten.

Außerdem raubte die Besatzungsverwaltung die jüdische Bevölkerung hemmungslos aus. Nirgendwo waren Juden davor sicher. Meyer Wolf Liebermann, der in Lodz ein Geschäft besaß, beschrieb dies ganz nüchtern: „Als die Deutschen nach Litzmannstadt kamen, fingen sie an, Steppdecken zu requirieren, so lange, bis ich nichts mehr hatte.“⁹¹ Das anfangs unsystematische Vorgehen änderte sich bald, zuerst in den annektierten Gebieten, wo die Mehrzahl der polnischen Industriebetriebe lag und wo langfristig die Ansiedlung von Deutschen vorgesehen war. An die Stelle der Plünderung trat nun die systematische Beschlagnahme von polnischem Staatseigentum, des Eigentums geflüchteter und verschleppter Polen sowie der Juden (Dok. 44). Große Teile der gestohlenen Güter erhielten die deutschen Umsiedler in Westpolen.⁹²

Die Übernahme des jüdischen Grundbesitzes leitete das Rasse- und Siedlungshauptamt schon am 2. September 1939 ein.⁹³ Wenige Tage später verbot Hans Frank als Chef der Zivilverwaltung beim Armeeoberkommando in Polen jegliche Veräußerung jüdischen Vermögens im besetzten Gebiet (Dok. 4). Jüdische Geschäftsinhaber mussten auf ihren

89 VO über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement vom 23.11.1939, VOBL. GG 1939, Nr. 8 vom 30.11.1939, S. 61.

90 Halina Nelken, *Freiheit will ich noch erleben*, Gerlingen 1996, S. 78 (8.12.1939).

91 Bericht Meyer Wolf Liebermann, *AZIH*, 301/4935, Bl. 1.

92 Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 65), S. 95–103.

93 Kazimierz Radziwończyk, „Akcja Tannenberg” grup operacyjnych Sipo i SD w Polsce jesienią 1939 r., in: *Przegląd Zachodni* 22 (1966), H. 5, S. 94–118, hier S. 97f.

Schaufenstern besondere Kennzeichen anbringen (Dok. 8), was Plünderungen erleichterte. Zahlreiche Geschäfte und Betriebe, die während der Kampfhandlungen geschlossen worden waren, durften nicht wieder eröffnet werden. Mit „Kontributionen“ in Form von Bargeld oder Sachwerten sorgten die Eroberer schnell dafür, dass sich die Kassen der Besatzungsverwaltung füllten.⁹⁴

Zunächst verloren die Juden ihr Verfügungsrecht über das eigene Hab und Gut. Zahlreiche Einzelbestimmungen erlegten jüdischen Gewerbetreibenden Handelsbeschränkungen auf, untersagten „Preistreiberei“ und „Schleichhandel“. Im November 1939 sperrten die Besatzer Juden die Bankkonten; die Inhaber durften nur noch über geringe Beträge verfügen. Hinzu kamen die steuerliche Benachteiligung und die Pflicht, die Vermögensverhältnisse lückenlos offenzulegen (Dok. 64). Ende 1939 wurde die jüdische Minderheit von Leistungen der Renten- und Versicherungskassen ausgeschlossen; alle Ansprüche waren an die Reichsbank abzuführen.⁹⁵

Am 19. Oktober 1939 verfügte Göring die Gründung der Haupttreuhandstelle Ost (HTO) zur Erfassung des polnischen Staatsvermögens und des Privatbesitzes. Sie avancierte zum Hauptinstrument der ökonomischen Ausplünderung in den eingegliederten Gebieten.⁹⁶ Die Berliner Zentrale und ihre Zweigstellen in Danzig, Posen, Kattowitz und Zichenau verwalteten das als jüdisch klassifizierte beschlagnahmte Vermögen. In den westpolnischen Gebieten verloren Juden nahezu allen größeren Besitz.⁹⁷

Im Generalgouvernement, wo seit dem 15. November 1939 eine eigenständige Treuhandstelle existierte, erzwangen die Besatzer erst nach und nach die Übergabe oder Schließung der Handels- und Handwerksbetriebe in jüdischem Besitz, vor allem, weil die Juden dort eine besonders wichtige Rolle im Wirtschaftsleben spielten. Die Immobilien eigneten sich meist die Kommunalverwaltungen an. Auch Einrichtungsgegenstände aus jüdischen Wohnungen wurden „dem Verfügungsrecht des Eigentümers entzogen“.⁹⁸ Sie gelangten oft in die Wohnungen von deutschem Besatzungspersonal, Volksdeutschen und Umsiedlern, doch auch Polen bereicherten sich.

Die Folgen der radikalen Enteignungspolitik waren für die Betroffenen verheerend. Da die meisten jüdischen Unternehmer ihre Betriebe verloren, wurde der größte Teil der jüdischen Bevölkerung arbeitslos und musste nun Tag für Tag um das eigene Überleben und das der Angehörigen kämpfen.

94 Andrzej Dmitrzak, *Hitlerowskie kontrybucje w okupowanej Polsce 1939 – 1945*, Poznań 1983.

95 Itamar Levin, *Walls Around: The Plunder of Warsaw Jewry During World War II and Its Aftermath*, New York 2004; Ingo Loose, *Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939 – 1945*, München 2007.

96 *Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939 – 1945)*, hrsg. von Werner Röhr u. a., Köln 1989, Dok. 24, S. 132f.

97 Jeanne Dingell, *Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Posen 1939 – 1945*, Frankfurt/M. u. a. 2003; Bernhard Rosenkötter, *Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939 – 1945*, Essen 2003, S. 158f.

98 Rundschreiben des Amtschefs im Amt des GG, Bühler, vom 8. 8. 1940, AIPN, Deutsche Strafanstalt Reichshof 110/2, Bl. 5.

Judenräte und Jüdische Soziale Selbsthilfe

Zur Organisation jüdischen Lebens und als Ausführungsorgan ihrer Anordnungen schufen die Deutschen sogenannte Juden- und Ältestenräte. Bereits in seinem Schnellbrief an die Einsatzgruppenleiter vom 21. September 1939 hatte Heydrich deren Einrichtung angeordnet. Sie sollten sich aus bis zu 24 Rabbinern und anderen angesehenen Männern zusammensetzen; der Judenrat sei „im Sinne des Wortes *voll verantwortlich* zu machen für die exakte und termingerechte Durchführung aller ergangenen oder noch ergehenden Weisungen“ (Dok. 12). Manche Judenräte entstanden bereits unter der Militärverwaltung, für das Generalgouvernement erließ Hans Frank Ende November 1939 eine zentrale Anordnung. Als Vorbild diente die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, allerdings waren Judenräte in Polen nur auf lokaler, gelegentlich auf regionaler, nicht jedoch auf überregionaler Ebene vorgesehen.⁹⁹

In Warschau berief die Gestapo am 7. Oktober 1939 einen Judenrat mit dem Ingenieur Adam Czerniaków an der Spitze. In Lodz, das im April 1940 in Litzmannstadt umbenannt wurde, ernannte der deutsche Stadtkommissar Albert Leister am 13. Oktober 1939 den 63-jährigen Mordechai Chaim Rumkowski zum „Ältesten der Juden“ und beauftragte ihn mit der Bildung eines Ältestenrats. Ungefähr 400 Judenräte wurden im besetzten Polen eingesetzt, von denen manche nur einige hundert Juden repräsentierten, andere wie in Warschau jedoch über 450 000 Menschen. In den größeren Städten bauten die Judenräte mit Hilfe von Steuergeldern, Abgaben, Gebühren und freigegebenen Geldern aus beschlagnahmtem jüdischem Besitz ausgedehnte Verwaltungen auf, die das jüdische Leben weitgehend eigenständig organisierten: Der Judenrat war zuständig für Meldeangelegenheiten, Wohnraum- und Lebensmittelzuteilung, Sozialfürsorge und medizinische Versorgung, für Flüchtlingshilfe, Bildungswesen, die Bereitstellung und Entlohnung von Zwangsarbeitern sowie für den Bau der Gettomauern. Viele Judenräte mussten sich jedoch erst einmal um die Vertriebenen kümmern, die infolge der verschiedenen Umsiedlungsprojekte in den Städten ankamen. Dem Jüdischen Ordnungsdienst, einer Art Polizei innerhalb der Gettos, oblag es, unter anderem für die Überwachung der Gettogrenzen, die Bekämpfung des Schmuggels und generell für die Einhaltung von Ruhe und Ordnung in den Gettos zu sorgen.¹⁰⁰

Adam Czerniaków glaubte, als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Warschau „eine historische Rolle im belagerten Warschau“ einzunehmen, und gelobte in seinem Tagebuch: „Ich werde mich bemühen, ihr gerecht zu werden.“¹⁰¹ Dies war, wie sich herausstel-

99 Isaiah Trunk, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972; Aharon Weiss, *Jewish Leadership in Occupied Poland – Postures and Attitudes*, in: *Yad Vashem Studies* 12 (1977), S. 335 – 365; Dan Michman, *Fear for the “Ostjuden”*. *The Jewish Ghettos During the Holocaust: Why and How Did They Emerge?*, Cambridge 2009.

100 Aldona Podolska, *Służba Porządkowa w getcie warszawskim w latach 1940 – 1943*, Warszawa 1996; Andrea Löw, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006, S. 72 – 75, 99 – 116; dies., *Ordnungsdienst im Getto Litzmannstadt*, in: *Fenomen getta łódzkiego 1940 – 1944*, hrsg. von Paweł Samuś und Wiesław Puś, Łódź 2006, S. 155 – 167; Barbara Engelking/Jacek Leociak, *The Warsaw Ghetto. A Guide to the Perished City*, New Haven u. a. 2009, S. 136 – 218. Zum Warschauer Judenrats-Vorsitzenden siehe die Biografie von Marcin Urynowicz, *Adam Czerniaków 1880 – 1942. Prezes Getta Warszawskiego*, Warszawa 2009.

101 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Getto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939 – 1942*, München 1986, S. 4 (23.9.939).

len sollte, kaum möglich. Nachdem er fast drei Jahre lang versucht hatte, die grausamsten Anweisungen der Besatzer gegen die im Getto eingeschlossenen Juden abzumildern, nahm er sich 23. Juli 1942 das Leben, als man von ihm verlangte, die Deportation von Waisenkindern zu organisieren.

Die jüdische Bevölkerung beurteilte die Judenräte sehr unterschiedlich. Umstritten waren unter anderem wegen ihres selbstherrlichen Auftretens die Vorsitzenden Mosche Merin in Sosnowitz¹⁰² und Mordechai Chaim Rumkowski in Litzmannstadt, die intern über beachtliche Spielräume verfügten. Gegenüber der deutschen Verwaltung waren sie jedoch weitgehend machtlos.¹⁰³ Adam Czerniaków in Warschau pflegte dagegen einen eher kollegialen Stil.

Judenräte, die nicht mit den Besatzungsbehörden kooperierten, wurden festgenommen, manche von ihnen ermordet. In Krakau setzte die deutsche Verwaltung zwei Vorsitzende nacheinander ab und ließ sie inhaftieren bzw. deportieren und ermorden, ehe sie mit Dawid Gutten einen Vorsitzenden ernannte, der für sein skrupelloses Verhalten gegenüber der jüdischen Bevölkerung bekannt war.¹⁰⁴ Im Laufe der Zeit sahen sich die Judenräte einer wachsenden Opposition gegenüber. Sie ging vor allem von den nunmehr im Untergrund tätigen politischen Parteien aus, die sich für die gerechte Verteilung von Lebensmitteln einsetzten.

In manchen Städten bildeten auch die Komitees der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (JSS, Żydowska Samopomoc Społeczna), die sich ebenfalls um die verarmte Bevölkerung kümmerte, ein Gegengewicht zu den Judenräten.¹⁰⁵ Bereits am 14. September 1939 konstituierte sich in Warschau ein zentraler Koordinierungsausschuss der jüdischen Fürsorgeeinrichtungen, den die Besatzungsbehörden aber offiziell nicht anerkannten. Sie genehmigten dagegen Ende Mai 1940 den Haupthilfsausschuss (Naczelna Rada Opiekuńcza, NRO), in dem die Jüdische Soziale Selbsthilfe und der Polnische und Ukrainische Hauptausschuss zusammengeschlossen waren. Seit Juli 1940 unterstanden alle jüdischen freien Wohlfahrtsvereine der JSS ihrem Vorsitzenden Michał Weichert.

Über die Hilfskomitees der JSS in den Kreisstädten wurden die Hilfsgüter und Lebensmittel in die Delegaturen genannten Zweigstellen in den einzelnen Ortschaften verteilt. Diese richteten Volksküchen und Krankenhäuser ein, engagierten sich in der Kinder- und Altenfürsorge und unterstützten besonders Bedürftige auch finanziell, etwa Flüchtlinge und Zwangsumsiedler, die an fremden Orten auf sich allein gestellt waren.¹⁰⁶ An-

102 Aleksandra Namysło, Wpływ kierownictwa Centrali Żydowskich Rad Starszych Wschodniego Górnego Śląska na zachowania i postawy ludności żydowskiej wobec rzeczywistości okupacyjnej, in: Zagłada Żydów na ziemiach wcielonych, hrsg. von Aleksandra Namysło, Warszawa 2008, S. 176–185.

103 Löw, Juden (wie Anm. 100); Michał Unger, Reassessment of the Image of Mordechai Chaim Rumkowski, Göttingen 2008.

104 Trunk, Judenrat (wie Anm. 99); Andrea Löw, „Wir wissen immer noch nicht, was wir machen sollen.“ Juden in Krakau unter deutscher Besatzung bis zur Errichtung des Ghettos, in: Löw/Robusch/Walter (Hrsg.), Deutsche (wie Anm. 10), S. 119–136, hier S. 129f.

105 David Silberklang, Holocaust in the Lublin District, unveröff. Ph.D. Diss., Hebräische Univ. Jerusalem 2003.

106 Michael Weichert, Yidishe alaynhilf, Tel Aviv 1962; Ruta Sakowska, Instytucje pomocy społecznej w getcie warszawskim. Struktura organizacyjna 1940–1942, in: Warszawa lat wojny i okupacji 1939–1944, H. 2, Warszawa 1972, S. 119–137; Tatiana Brustin-Berenstein, Jüdische Soziale Selbsthilfe, in: Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, hrsg. von Götz Aly, Berlin 1990, S. 156–174; Andrea Löw, Zwischen Untergang und Selbsthilfe. Ju-

fangs weigerte sich die deutsche Zivilverwaltung, die jüdische Fürsorge zu finanzieren, und so war diese von Zuwendungen und Hilfslieferungen aus dem Ausland abhängig, vor allem von der Unterstützung des American Jewish Joint Distribution Committee, (kurz: Joint). Aber auch das Komitee zur Hilfeleistung für die kriegsbedingte jüdische Bevölkerung (auch: RELICO) in Genf, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und die Hilfsaktion für notleidende Juden in Polen (HAFIP) in Zürich sandten Hilfsgüter in das besetzte Polen. Der Joint beschränkte seine Tätigkeit bald auf das Generalgouvernement. Weitere Einnahmequellen der JSS waren Spenden, Abgaben der Judenräte und schließlich doch Zuwendungen der deutschen Verwaltung: Immerhin gingen 17 Prozent der Gelder, die die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge des Generalgouvernements dem Haupthilfsausschuss zuwies, an die JSS. Um weitere Einnahmequellen zu erschließen, organisierten die lokalen Delegaturen Kulturveranstaltungen oder Lotterien.¹⁰⁷

Auch die Jüdische Soziale Selbsthilfe war trotz ihrer mannigfachen Bemühungen, die Notleidenden zu unterstützen, nicht unumstritten, auch sie sah sich mitunter dem Vorwurf der Kollaboration ausgesetzt. Das Präsidium der JSS entschied jedoch: „Angesichts der sich immer verschlechternden Lage der jüdischen Bevölkerung wurde einstimmig beschlossen, die sich anbietende Gelegenheit einer legalen Hilfstätigkeit voll auszunutzen.“¹⁰⁸

Zwangsarbeit

Die Ausbeutung der jüdischen Arbeitskraft hatten die Besatzer von Anfang an im Blick. Seit den ersten Kriegstagen mussten Juden für deutsche Institutionen und Einzelpersonen Arbeiten verrichten, zu denen sie willkürlich aufgegriffen wurden. Die Entlohnung war gering oder entfiel ganz. Polizei- oder Wehrmichtsangehörige zwangen Juden beispielsweise zu Arbeiten in der Forst- oder Landwirtschaft oder ließen sie in Kasernen und Privatwohnungen putzen. Häufig erniedrigten oder schikanierten sie die jüdischen Arbeitskräfte dabei (Dok. 6, 16).¹⁰⁹ Immer wieder trieben die Deutschen bei Razzien wahllos Arbeitskräfte zusammen.

Halina Birenbaum, die als Schülerin im Warschauer Getto wohnte, die Konzentrationslager Majdanek, Auschwitz und Ravensbrück überlebte und später in Israel ihre Erinne-

den im Kreis Radzyń während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 716 – 735.

- ¹⁰⁷ Yehuda Bauer, *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee, 1939 – 1945*, Jerusalem u. a. 1981, S. 67 – 106; Raya Cohen, *Solidariet Yehudit. Be'Mivchan: Pe'ilut Ha'Irgunim Ha'Yehudi'im Ha'Olamim be-Genevah, 1939 – 1942*, Ph.D. Diss., Univ. Tel Aviv 1994; Löw, *Untergang* (wie Anm. 106), S. 730; Młynarczyk, *Judenmord* (wie Anm. 84), S. 196 – 212.
- ¹⁰⁸ Kurzer Bericht ueber die Taetigkeit der J.S.S., spaeter J.U.S. 1939 – 1944; YIVO, RG 532, Box 2, Bl. 3; Hans-Jürgen Bömelburg, *Der Kollaborationsvorwurf in der polnischen und jüdischen Öffentlichkeit nach 1945 – das Beispiel Michał Weichert*, in: Joachim Tauber (Hrsg.), „Kollaboration“ in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2006, S. 250 – 288.
- ¹⁰⁹ Christopher R. Browning, *Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt/M. 2001, S. 11 – 34; Wolf Gruner, *Jewish Forced Labor Under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938 – 1944*, Cambridge 2006, S. 177 – 213, 230 – 275; zum Warthegau Berenstein/Rutkowski, *Prześladowania* (wie Anm. 43), S. 78 – 87; Anna Ziółkowska, *Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941 – 1943)*, Poznań 2005.

rungen niederschrieb, schilderte die Lage in Warschau in den ersten Wochen der Besatzung folgendermaßen: „Viele kehrten nicht von dieser Arbeit zurück – sie fanden durch Kugeln den Tod oder starben an den Folgen von Schlägen und Prügeln. Die aber, die zurückkehrten, Zeugen und Opfer der grausamen Peinigungen durch die Nazis, weckten mit ihren Erzählungen eine unbeschreibliche Furcht. [...] Lastwagen tauchten plötzlich am Ende der überfüllten Straße auf, die Passanten ergriffen die Flucht. ‚Halt!‘, schrien die Deutschen, packten mit festen Handgriffen nach den Männern und luden sie unter Stößen und heftigen Schlägen auf die Lastwagen.“¹¹⁰ Um wenigstens die Misshandlungen während der Razzien zu vermeiden, schlugen viele Judenräte bald vor, den Einsatz zur Zwangsarbeit selbst zu organisieren.

Am 26. Oktober 1939 verfügte Frank für die Juden im Generalgouvernement Arbeitszwang (Dok. 27), der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger präziserte diese Vorschrift am Ende des Jahres (Dok. 58). Seit Anfang 1940 übernahm die Arbeitsverwaltung die Zuständigkeit für diesen Sektor, während SS und Polizei offiziell nur noch für die Sicherung der Arbeitslager verantwortlich waren. Neue Großprojekte sollten mit den Zwangsarbeitern verwirklicht werden: Heydrich regte an, Hunderttausende Juden aus Westpolen in gigantischen Lagern im Osten des Generalgouvernements zu konzentrieren, um sie beim Bau von Wehr- und Grenzbefestigungsanlagen einzusetzen (Dok. 82). Insbesondere im Distrikt Lublin entstand 1940 eine Vielzahl von Zwangsarbeitslagern, zum Beispiel für die Meliorationsprojekte der Zivilverwaltung. Vor allem aber betrieb der Lubliner SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik, der relativ unabhängig von der Zivilverwaltung agierte, Lager zum Bau eines „Ostwalls“ an der Demarkationslinie zum sowjetischen Besatzungsgebiet.

Mitte 1940 arbeiteten hier über 20 000 jüdische Männer, nicht nur aus der Region, sondern auch aus den Distrikten Warschau und Radom. Das Hauptlager mit zeitweise 2500 Gefangenen befand sich in Belżec. Die Zwangsarbeiter leisteten meist bei primitivster Unterbringung und unzureichender Verpflegung von frühmorgens bis zum Abend Schwerarbeit, viele von ihnen erkrankten. Jüdische Ärzte besichtigten im September 1940 die Unterkünfte: „Die Räume sind vollkommen ungeeignet, so viele Menschen aufzunehmen. Sie sind dunkel und schmutzig. Die Verlausung ist sehr groß. Etwa 30 % der Arbeiter hat keine Schuhe, Hosen und Hemden. Alle schlafen auf dem Fußboden, ohne Stroh. Die Dächer sind überall beschädigt, ohne Scheiben, es ist furchtbar eng. [...] Zu alledem fehlt es noch an Seife, und es ist sogar schwer, Wasser zu bekommen. Die Kranken liegen und schlafen mit den Gesunden zusammen. In der Nacht darf man die Baracken nicht verlassen, also müssen alle natürlichen Bedürfnisse an Ort und Stelle verrichtet werden. Es ist also kein Wunder, dass unter diesen Umständen viele Krankheitsfälle auftreten.“¹¹¹ Selbst der Gouverneur des Distrikts Krakau, Otto Wächter, bemerkte in einem Lagebericht Ende 1940, dass die schlechte körperliche Verfassung den Arbeitseinsatz der Juden erschwere, wenn nicht gar unmöglich mache. Viele Unternehmen lehnten die Beschäftigung von Juden daher ab.¹¹² Das Projekt erwies sich bald als militärisch sinnlos, weil bereits seit dem Herbst 1940 der Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet wurde.

110 Halina Birenbaum, *Die Hoffnung stirbt zuletzt*, Frankfurt/M. 1995 (poln. Ausgabe 1967), S. 11.

111 Beilage zum Bericht des Referates Arbeitslager beim Judenrat Warschau, Ende 1940, in: *Faschismus – Getto – Massenmord* (wie Anm. 68), S. 221 (Übersetzung aus dem Polnischen).

112 Lagebericht des Gouverneurs des Distrikts Krakau vom 18.12.1940, Bl. 26, BArch, R 52 III/16.

Insgesamt entstanden in Polen 1940 mehr als 100 Zwangsarbeitslager für Juden. Die meisten existierten nur kurze Zeit und wurden nach und nach wieder aufgelöst. Im Laufe des Jahres 1941 stieg die Zahl der Lager wieder an.¹¹³ Im September 1940 begann die SS mit dem Aufbau eines zweiten großen Lagernetzes. Himmler beauftragte Albrecht Schmelt, den Polizeipräsidenten von Breslau, jüdische Zwangsarbeiter im östlichen Oberschlesien auszuheben (Dok. 189). Nachdem die Umsiedlungen weitgehend gescheitert waren, sollte die Arbeitskraft der Juden innerhalb der Region maximal ausgebeutet werden. Schmelt richtete eine eigene Dienststelle ein, die nahezu allein über die jüdischen Zwangsarbeiter verfügte. Diese sollten vor allem die Autobahn von Breslau nach Krakau ausbauen, aber auch in Lagern von Unternehmen und für Rüstungsbetriebe eingesetzt werden. Der zentrale Judenrat für Ost-Oberschlesien unter Mosche Merin musste eine Abteilung „Arbeitseinsatz“ aufbauen, der mit Hilfe des jüdischen Ordnungsdienstes die Rekrutierung der Arbeitskräfte oblag. Bald ließ Schmelt auch in Niederschlesien und im Sudetenland Lager installieren. Im Herbst 1941 arbeiteten schließlich rund 17 000 jüdische Männer und Frauen unter Schmelts Aufsicht, etwa die Hälfte von ihnen in den sogenannten Autobahnlagern, wo sie an sieben Tagen in der Woche jeweils zwölf Stunden harte körperliche Arbeit leisten mussten. Die hygienischen Bedingungen und die Behandlung der Arbeiter waren miserabel. Den spärlichen Lohn erhielt der Judenrat in Sosnowiec, der damit die Fürsorge finanzierte. Ungleich besser war die Lage derjenigen Juden, die unter anderem in Będzin und Sosnowiec in den Wehrmachtfertigungsstätten arbeiteten und in ihren Wohnungen bei ihren Familien bleiben durften.¹¹⁴

In den größeren Orten waren die Judenräte stark in die Organisation des Arbeitseinsatzes involviert. In Lublin unterstand dem Judenrat seit Anfang 1940 ein eigenes Arbeitsamt, das die arbeitsfähigen Juden der Gemeinde in einer Kartei erfassen und den deutschen Behörden täglich 1000 Mann für Zwangsarbeiten zur Verfügung stellen musste. Die vom Warschauer Judenrat aufgestellten Arbeitsbataillone bestanden im August 1940 aus 10 600 Personen. In Litzmannstadt wurden zunächst Freiwillige für den Autobahnbau im Reich geworben, für den Fritz Todt, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, seit Ende 1940 polnische Juden einsetzen durfte. Später schickte der Judenälteste vor allem Männer, die gegen die Gettoregeln verstoßen hatten, in die Lager. Im Reichsgau Wartheland, zu dem Litzmannstadt gehörte, war während der gesamten Besatzungszeit die Zivilverwaltung für den Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung zuständig.¹¹⁵

113 Józef Marszałek, *Obozy pracy w Generalnym Gubernatorstwie 1939–1945*, Lublin 1998, S. 14, zählt für 1940 allein im GG 115 Zwangsarbeitslager für Juden, für das Jahr 1941 sogar 209; Bericht des Vorstands der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe an die Regierung des GG über die Lage der Juden in den NS-Arbeitslagern, in: *Eksterminacja Żydów na ziemiach polskich w okresie okupacji hitlerowskiej*. Zbiór dokumentów, ausgew. u. bearb. von Tatiana Berenstein u. a., Warszawa 1957, Nr. 116, S. 225–228; *Obozy hitlerowskie na ziemiach polskich 1939–1945*. Informator encyklopedyczny, hrsg. von Czesław Pilichowski u. a., Warszawa 1979.

114 Alfred Konieczny, *Die Zwangsarbeit der Juden in Schlesien im Rahmen der „Organisation Schmelt“*, in: *Sozialpolitik und Judenvernichtung*, hrsg. von Götz Aly u. a., Berlin 1987, S. 91–110; Sybille Steinbacher, *„Musterstadt“ Auschwitz. Germanisierung und Judenmord in Ostoberschlesien*, München 2000, S. 138–153; *Zagłada Żydów Zagłębiowskich*, hrsg. von A. Namysł, Będzin 2004; Gruner, *Jewish Forced Labor* (wie Anm. 109), S. 196–229.

115 Jakub Poznański, *Pamiętnik z getta łódzkiego*, Łódź 1960, S. 39; *Te'udot mi-geto lublin – yudenrat le-lo derekh*. Documents from Lublin Ghetto. Judenrat without direction, hrsg. von Nachman Blumental, Jerusalem 1967; Gruner, *Jewish Forced Labor* (wie Anm. 109), S. 177–212.

Gettoisierung

Da Heydrich im September 1939 davon ausging, dass die Juden in Kürze Richtung Osten vertrieben werden würden, ordnete er in seinem Schnellbrief die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in Städten mit günstigen Eisenbahnverbindungen an. Schon bald zeichnete sich jedoch ab, dass die Deportationsprojekte nicht durchführbar waren, und bereits Ende 1939 diskutierten die Verantwortlichen Vorschläge, die Juden an Ort und Stelle in bestimmten Stadtvierteln zu isolieren. Da dies aber weder in den eingegliederten Gebieten noch im Generalgouvernement per allgemeiner Anordnung verfügt wurde, differenzierte die Entwicklung stark. Mit der Bildung abgeschlossener jüdischer Stadtbezirke, Gettos genannt, verfolgten die deutschen Behörden mehrere Ziele: Vor allem sollte die jüdische Bevölkerung konzentriert und von den Polen isoliert werden, um sie gegebenenfalls rasch abschieben zu können. In vielen Fällen wurden aber auch andere Gründe genannt: Die Juden seien schmutzig und deshalb „Seuchenträger“, sie müssten daher abgesondert werden, um die deutsche und polnische Bevölkerung vor ansteckenden Krankheiten zu schützen. Als weiterer Vorwand diente die Behauptung, die Juden seien die wichtigsten Akteure des Schwarzmarktes und müssten in Gettos konzentriert werden, um sie besser überwachen zu können; oder, unter ihnen seien bekanntlich viele Spione, die Gettos würden daher aus Sicherheitsgründen eingerichtet.¹¹⁶

Die ersten Gettos entstanden noch Ende 1939 in Piotrków und Radomsko, zwei kleineren Städten in der Gegend um Radom. Dort hatten Angehörige der Zivilverwaltung die Initiative ergriffen, weil sie nicht auf die Realisierung der großen Umsiedlungsprojekte warten wollten.¹¹⁷ Deren Scheitern bewog auch Regierungspräsident Friedrich Uebelhoer Ende 1939 dazu, die Bildung eines Gettos in Lodz (von April 1940 an Litzmannstadt) anzuordnen. Er stellte jedoch klar: „Die Erstellung des Ghettos ist selbstverständlich nur eine Übergangsmaßnahme. Zu welchen Zeitpunkten und mit welchen Mitteln das Ghetto und damit die Stadt Lods von Juden gesäubert wird, behalte ich mir vor. Endziel muß jedenfalls sein, daß wir diese Pestbeule restlos ausbrennen“ (Dok. 54). Im Februar 1940 begann der Umzug der Juden in das ihnen zugewiesene Gebiet im Norden der Stadt, das am 30. April abgeriegelt wurde. Knapp 160 000 Menschen mussten von nun an in einem viel zu kleinen Gebiet von ca. vier Quadratkilometern leben. Litzmannstadt war damit die Stadt im Reichsgebiet, in der die meisten Juden lebten.

Das Getto Litzmannstadt existierte von allen Gettos im besetzten Polen am längsten, erst im Sommer 1944 lösten die Deutschen es auf. Neben der Reichstatthalterei in Posen entschied vor allem die deutsche Gettoverwaltung unter dem Bremer Kaufmann Hans Biebow, beide entwickelten ein finanzielles Eigeninteresse an der „Produktivierung“ der Eingeschlossenen. Biebow setzte seinen Ehrgeiz darein, das Getto nicht zum Zuschussbetrieb werden zu lassen. Mordechai Chaim Rumkowski war bereits vor der Abriegelung

¹¹⁶ Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1990 (engl. Ausgabe 1961, dt. Erstausgabe 1982), S. 225–245; Christoph Dieckmann/Babette Quinkert, *Einleitung*, in: dies. (Hrsg.), *Im Ghetto* (wie Anm. 44), S. 9–29. Zur Historiographie siehe *The Yad Vashem Encyclopedia of the Ghettos during the Holocaust*, 2 Bde., hrsg. von Guy Miron und Shlomit Shulhani, Jerusalem 2009; Dieter Pohl, *Ghettos im Holocaust. Zum Stand der historischen Forschung*, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), *Ghettorenten. Entschädigungspolitik, Rechtsprechung und historische Forschung*, München 2010, S. 39–50.

¹¹⁷ Młynarczyk, *Judenmord* (wie Anm. 84), S. 112f.

mit Vorschlägen an die Verwaltung herangetreten, wie das Getto durch die Arbeit seiner Bewohner zu finanzieren sei. Entsprechend seiner Devise „Unser einziger Weg ist Arbeit“ baute er eine umfangreiche Industrie auf, in der Männer, Frauen und Kinder vor allem Kleidung und Schuhwerk für die Wehrmacht sowie für deutsche Firmen fertigten.¹¹⁸

In Warschau verlief die Gettobildung weniger geradlinig; hier wurde mangels einheitlicher Richtlinien viel improvisiert. In der ehemaligen polnischen Hauptstadt lebte mit rund 400 000 Personen die nach New York zweitgrößte jüdische Gemeinschaft der Welt, und die Zahl wuchs noch, da die Stadt nach Kriegsbeginn für zahlreiche Vertriebene und Flüchtlinge zum Zufluchtsort wurde.¹¹⁹ Zwar konnte der Judenrat die sofortige Bildung eines Gettos, die die Gestapo am 4. November 1939 gefordert hatte, zunächst noch durch Intervention beim Stadtkommandanten abwenden, doch waren sich Generalgouverneur Frank und der Warschauer Distriktchef Ludwig Fischer einig, dass in Warschau „für die Juden ein besonderes Ghetto gebildet werden müsse“.¹²⁰ Zunächst wurde ein vorwiegend von Juden bewohntes Viertel in der nördlichen Innenstadt als „Seuchensperrbezirk“ mit Warnschildern und Stacheldraht abgegrenzt.¹²¹ Als polnische Jugendbanden Ende März 1940 mehrfach Warschauer Juden angriffen – ob von den deutschen Besatzungsbehörden geduldet oder provoziert ist ungeklärt –, erhielt der Judenrat die Anweisung, eine zwei bis drei Meter hohe Mauer um den Bezirk zu ziehen. Juden mussten die Mauer bezahlen und bauen.¹²²

Wohn- und Aufenthaltsverbote in etlichen Straßen und ganzen Stadtteilen engten den Lebensraum der Juden ständig weiter ein, bis Frank am 12. September 1940 ankündigte, dass „in Warschau das Ghetto geschlossen wird, vor allem weil festgestellt ist, daß die Gefahr von den 500 000 Juden so groß ist, daß die Möglichkeit des Herumtreibens dieser Juden unterbunden werden muß“.¹²³ Im Herbst 1940 mussten etwa 113 000 Polen aus dem Gettogebiet heraus- und 138 000 Juden hineinziehen. Mitte November war das Getto abgeriegelt, die Übergänge bewachten deutsche und polnische Polizisten zusammen mit dem jüdischen Ordnungsdienst. Auf vier Quadratkilometern waren ungefähr 400 000 Menschen zusammengedrängt, 30 Prozent der Warschauer Einwohnerschaft auf 2,4 Prozent des Stadtgebiets. In jedem Zimmer lebten im Durchschnitt sechs bis sieben Personen, Tausende mussten in Notunterkünften wohnen oder hatten gar kein Dach über dem Kopf. Trotz aller Bemühungen der jüdischen Verwaltung und der Gettobewohner fanden

118 Isaiah Trunk, *Lodz Ghetto: A History*, Bloomington 2006 (jidd. Ausgabe 1962); Icchak Henryk Rubin, *Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945*, Londyn 1988; Michal Unger, *Lodz. Aharon ha-getaot be-polin*, Jerusalem 2005; Löw, *Juden* (wie Anm. 100); Gordon J. Horwitz, *Ghettostadt. Łódź and the Making of a Nazi City*, Cambridge, Mass., 2008; Peter Klein, *Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik*, Hamburg 2009.

119 Yisrael Gutman, *The Jews of Warsaw, 1939–1943. Ghetto, Underground. Revolt*, Bloomington 1982; Ruta Sakowska, *Menschen im Ghetto. Die jüdische Bevölkerung im besetzten Warschau 1939–1943*, Osnabrück 1999; Engelking/Leociak, *The Warsaw Ghetto* (wie Anm. 100); Browning, *Entfesselung* (wie Anm. 37), S. 185.

120 Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (wie Anm. 61), S. 59 (7.11.1939).

121 Klaus-Peter Friedrich, *Rassistische Seuchenprävention als Voraussetzung nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Vom Warschauer „Seuchensperrgebiet“ zu den „Getto“-Mauern (1939/40)*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53 (2005), S. 609–636.

122 Tomasz Szarota, *U progu zagłady. Zajścia antyżydowskie i pogromy w okupowanej Europie*: Warszawa, Paryż, Amsterdam, Antwerpia, Kowno, Warszawa 2000, S. 25–74.

123 Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (wie Anm. 61), S. 281.

bei weitem nicht alle Menschen eine Arbeit. Ende 1940 hatten in Industrie und Handel nur zwischen 12 und 16 Prozent der Gettobewohner eine Beschäftigung gefunden, rund 6000 Personen arbeiteten für die Verwaltung des Judenrats und 2000 im Ordnungsdienst (Dok. 162).¹²⁴

Viel zu wenig Lebensmittel erreichten das abgeriegelte Getto. Die Menschen hungerten, rasch verbreiteten sich Infektionskrankheiten. Sophie Lewiathan schilderte die Situation: „Auf der Straße [...] liegen zu hunderten abgerissene Bettler, Kinder weinen in Lumpen gekleidet um ein Stückchen Brot, Frauen fallen auf der Straße um, entkräftet vor Hunger. Wer so lange hungert, bekommt geschwollene Beine, ein geschwollenes Gesicht, kann nicht mehr gehen. Wer lange auf der Straße liegen bleibt, steht nicht wieder auf.“¹²⁵ Die Distriktbehörden verschärfen die Lage noch, als sie Anfang 1941 anordneten, die Juden aus allen Kreisen westlich von Warschau in das Getto zu bringen. Im Rahmen des 3. Nahplans sollten Polen aus dem Warthegau in diese Regionen vertrieben werden, um wiederum Platz für Bukowina- und Bessarabiendeutsche zu schaffen. Etwa 50 000 Juden mussten daraufhin ihre Wohnungen verlassen und ins Getto umziehen, die meisten ohne Chance auf Unterkunft und Arbeit. In der Regel wurden sie in behelfsmäßigen „Punkten“ untergebracht und waren völlig von der Fürsorge abhängig. Im März 1941 trafen zudem Deportationszüge aus Wien und Danzig im Getto ein, wo sich nun 445 000 Menschen auf engstem Raum zusammendrängten.¹²⁶

Für die Krakauer Juden bedeutete die Einrichtung eines Gettos im März 1941, dass sie aus dem jüdischen Viertel Kazimierz auf die andere Seite der Weichsel nach Podgórze umziehen mussten. Vor dem Krieg hatten in den etwa 320 Häusern dieses Viertels 3000 Menschen gelebt, nun waren es 15 000.¹²⁷

Da einheitliche Direktiven fehlten, unterschieden sich die insgesamt etwa 600 Gettos im besetzten Polen erheblich voneinander, sowohl hinsichtlich des Zeitpunkts der Abriegelung als auch in der jeweiligen Ausgestaltung. Die Distrikte Krakau und Radom gehörten wie die Stadt Lublin zu den Gebieten, in denen die Gettoisierung im Allgemeinen erst im Frühjahr 1941, im Zuge der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, erfolgte – nicht zuletzt, um die Wohnungen, aus denen die Juden vertrieben wurden, als Quartier für deutsche Soldaten zu nutzen. Im industriell geprägten Oberschlesien, im ländlichen Regierungsbezirk Zichenau und vielerorts im östlichen Warthegau wiederum lebten Juden oft noch dort, wo sie auch vor dem Krieg zu Hause gewesen waren. Hier, und mehr noch in den kleineren Zwangswohnvierteln auf dem Land, blieben die Absperrungen aufgrund des Mangels an Baumaterialien häufig Stückwerk. Um die Gettos vollständig zu isolieren, fehlte es in manchen Orten zudem an Personal. Anderswo, etwa in Litzmannstadt, hatten die deutschen Wachen an der Gettouwmauerung seit Frühjahr 1940 den Befehl, auf Flüchtlinge zu schießen. Auch in Warschau empfahl Distriktgouverneur Ludwig Fischer um die Jahreswende 1940/41, das „illegale“ Verlassen des Gettos mit der Todesstrafe zu ahnden (Dok. 211), der Generalgouverneur ordnete dies jedoch erst im Herbst 1941 an.

124 Gutman, *Jews* (wie Anm. 119), S. 74, 83f.

125 Bericht Sophie Lewiathan, *AŻIH*, 302/231, Bl. 32.

126 Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 65), S. 256 – 260; *Prowincja Noc. Życie i zagłada Żydów w dystrykcie warszawskim*, hrsg. von Barbara Engelking, Jacek Leociak und Dariusz Libionka, Warszawa 2007, S. 223 – 267.

127 Aleksander Biberstein, *Zagłada Żydów w Krakowie*, Kraków 1985, S. 56.

Alltag und Reaktionen der jüdischen Bevölkerung

Die jüdische Gemeinschaft versuchte sich zu helfen, so gut es ging. Konfrontiert mit immer neuen Forderungen und Verboten der Besatzer, den Strömen mittelloser Flüchtlinge, die im Zuge der Umsiedlungsprojekte unvermittelt über die jüdischen Gemeinden hereinbrachen, loteten die JSS und die Verantwortlichen der Jüdischen Gemeinden mit wachsender Verzweiflung Möglichkeiten der Hilfe wie der Selbsthilfe aus (Dok. 216). Sie verhandelten mit den Behörden, mit dem Joint, riefen zur Solidarität innerhalb der Gemeinden auf. Sie richteten Waisen- und Altenheime, Volksküchen, Krankenhäuser und Desinfektionsanstalten ein, doch wurden die Spielräume immer enger.

„Die wechselseitige Verstärkung zwischen rücksichtsloser Enteignung und Ausbeutung, völlig unzureichender Ernährung und unhaltbaren sanitären Verhältnissen, furchtbarer Enge in heruntergekommenen Häusern und mangelnder medizinischer Versorgung machte aus den polnischen Juden eine hungernde, von Krankheiten heimgesuchte, verarmte Gemeinschaft“, so hat der amerikanische Historiker Christopher Browning die negative Dynamik, der die jüdische Bevölkerung in Polen unterworfen war, beschrieben.¹²⁸ In der von den Deutschen festgelegten Versorgungshierarchie standen die Juden auf unterster Stufe. Lebensmittel und Brennmaterial waren nur selten in ausreichender Menge zu bekommen, was sich besonders fatal auswirkte, wenn die Gettoinsassen kaum Kontakte nach außen hatten. Vor allem in den großen und überfüllten Zwangswohnvierteln Litzmannstadt und Warschau verhungerte jeweils etwa ein Viertel der Bewohner (ca. 45 000 bzw. 100 000 Menschen) oder starb an Krankheiten wie Typhus, Tuberkulose, Schwindsucht oder Darmerkrankungen. Der Anteil der Alten und Kleinkinder an den Todesfällen war wie in allen Gettos überproportional hoch. In Warschau schrieb der Schriftsteller Lejb Goldin im Sommer 1941 über den immerwährenden Hunger: „Essen, essen ... Jetzt zieht es nicht vom Magen, sondern vom Gaumen, von der Schläfe. Hätte ich doch wenigstens ein halbes Viertel Brot, wenigstens ein Stück Rinde, meinestwegen verbrannt, schwarz, angekohlt. Ich schiebe mich aus dem Bett, eine Kelle Wasser gibt Linderung, dämpft für einen Moment den Hunger. Du gehst zurück ins Bett und fällst hinein. Die Beine versagen den Dienst, sind aufgedunsen. Sie schmerzen. Aber du klagst nicht. Wie viele Monate ist es schon her, seit du dir abgewöhnt hast zu klagen, sogar wenn es weh tut.“¹²⁹ Mit der Zeit wurde nahezu alles Mangelware: Kleidung, Schuhe, Seife, Medikamente. Wer konnte, versuchte sich das Lebensnotwendigste durch Schmuggel, Bestechung oder Schwarzmarktgeschäfte zu beschaffen.

Die Gettobewohner organisierten ihr Leben auch jenseits der rein physischen Bedürfnisse und bemühten sich, mit Hilfe von Kunst, Kultur, Bildung eine intellektuelle Gegenwart zu den destruktiven Bedingungen zu schaffen.¹³⁰ Jüdische Musiker versuchten, ihre Instrumente ins Getto zu retten und dort im privaten Kreis zu spielen. In manchen größeren Städten existierten Theatergruppen und klassische Orchester. Politische Ju-

¹²⁸ Browning, Entfesselung (wie Anm. 37), S. 250f.

¹²⁹ Zit. nach Ruta Sakowska, Die zweite Etappe ist der Tod. NS-Ausrottungspolitik gegen die polnischen Juden, gesehen mit den Augen der Opfer, Berlin 1993, S. 122 – 137, hier S. 125. Zu den Bedingungen siehe auch Andrea Löw, Arbeit, Lohn, Essen. Überlebensbedingungen im Ghetto, in: Zarusky (Hrsg.), Ghettoernten (wie Anm. 116), S. 65 – 78.

¹³⁰ Löw, Juden (wie Anm. 100), Engelking/Leociak, Warsaw Ghetto (wie Anm. 100); Reich-Ranicki, Mein Leben (wie Anm. 45), S. 228.

gendorganisationen, insbesondere die Zionisten, hielten Kurse über Palästina oder jüdische Geschichte ab und organisierten Hebräischunterricht, um die Jugendlichen im Getto auf eine spätere Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. In der Untergrundarbeit gaben die Jugendorganisationen ohnehin den Ton an – darunter die linkszionistischen Bünde Dror, Gordonia, Haschomer Hazair, der revisionistische Betar sowie der Bund mit seinem Jugendverband Tsukunft –, da die Führung der jüdischen politischen Parteien zum erheblichen Teil nach Osten geflohen war. In Warschau brachten die jüdischen politischen Gruppierungen und Jugendverbände seit Mitte 1940 Untergrundblätter heraus. Wenngleich in geringen Auflagen verbreitet, war diese Untergrundpresse ein wichtiges Informationsmedium und Diskussionsforum für die von der Außenwelt Abgeschnittenen.¹³¹

Andere machten es sich zur Aufgabe, das Geschehen zu dokumentieren – auch, um die Erinnerung daran mitzubestimmen. Zahlreiche Menschen führten private Tagebücher und schrieben Chroniken, in den Gettos Warschau und Litzmannstadt wurden Archive gegründet. Die zentrale Persönlichkeit des Warschauer Untergrundarchivs war Emanuel Ringelblum. 1900 in Galizien geboren, gehörte der Historiker zu jenen Wissenschaftlern, die in den 1930er Jahren in einem großen, vom YIVO angeregten Projekt den Alltag in den polnischen Shtetln festgehalten hatten. Von den dabei entwickelten Methoden der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Arbeitsweise mit nicht-professionellen Interviewern machten Ringelblum und seine Mitstreiter nun unter anderen Bedingungen im Getto Gebrauch. Die Mitglieder des Untergrundarchivs verfassten eigene Aufzeichnungen und sammelten Unterlagen, um sämtliche Bereiche jüdischen Lebens unter deutscher Besatzung, vor allem Einzelschicksale, zu dokumentieren. Nach dem Krieg wurden zwei der insgesamt drei versteckten Archivteile aufgefunden. Sie stellen bis heute die bedeutendste Quellensammlung zur Geschichte der polnischen Juden im Zweiten Weltkrieg dar.¹³² Das Archiv im Getto Litzmannstadt wurde innerhalb der jüdischen Verwaltung eingerichtet. In einer großen Gettochronik notierten hier Schriftsteller und Journalisten Tag für Tag genauestens, was sich im Getto abspielte (Dok. 222).¹³³

Die rapide schwindenden Einkommensmöglichkeiten, Hunger, Kälte, die räumliche Enge und der Verlust nahezu jeglicher Privatsphäre ließen das Leben oft unerträglich werden. Der junge Lucjan Orenbach schilderte einer Freundin Anfang 1941 in einem Brief: „Wir sind hier so [halb] am Leben und [halb] nicht mehr am Leben. Ich weiß manchmal selbst nicht, ob ich lebe oder nicht. Ob *ich* es bin, oder ob *ich* es nicht bin. Manchmal muss ich mir hundert Mal hintereinander sagen: ich lebe, du lebst, er lebt ... Man vergisst, dass man *ist*“ (Dok. 242).

131 Daniel Blatman, For Our Freedom and Yours. The Jewish Labour Bund in Poland 1939–1949, London 2003; ders., En direct du ghetto. La presse clandestine juive dans le ghetto de Varsovie 1940–1943, Paris 2005; Ittônût-ham-mahteret hay-yehüdît be-Warsa, hrsg. von Joseph Kermish u. a., 6 Bde., Jerusalem 1979–1997; Gutman, Jews (wie Anm. 119), S. 122–144.

132 Samuel D. Kassow, Ringelblums Vermächtnis. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos, Reinbek 2010; zahlreiche Auszüge aus den Dokumenten enthält: To Live with Honor and Die with Honor! ... Selected Documents from the Warsaw Ghetto Underground Archives „O.S.“ [„Oneg Shabbath“], hrsg. von Joseph Kermish, Jerusalem 1986; Archiwum Ringelbluma, hrsg. von Ruta Sakowska, bisher 3 Bde., Warszawa 1997–2001; Israel Gutman (Hrsg.), Emanuel Ringelblum. The Man and the Historian, Jerusalem 2010.

133 Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, hrsg. von Sascha Feuchert, Erwin Leibfried und Jörg Riecke, 5 Bde., Göttingen 2007.

Auch die traditionell engen jüdischen Familienbeziehungen wurden großen Belastungen ausgesetzt. Viele Familien hatten für Schwerkranke zu sorgen und waren mit dem Verlust von Angehörigen konfrontiert, sei es durch Deportation und Verhaftung, sei es durch den Tod im Getto oder Lager. Insbesondere die Väter waren oft abwesend, und so verschoben sich die Gewichte innerhalb der Familien, die nun im Wesentlichen von den Müttern zusammengehalten wurden. Die Erfahrung, dass Eltern ihre Kinder nicht mehr versorgen oder schützen konnten, wirkte sich ebenfalls auf die Beziehungen aus. Brachen Familienstrukturen zusammen, mussten neue Gefüge an deren Stelle treten. Bot aber weder die Zugehörigkeit zur Familie noch zu einer anderen Gemeinschaft Rückhalt, konnten selbst junge und anfangs gesunde Menschen dem steten Verfolgungsdruck, den Demütigungen und körperlichen Misshandlungen kaum mehr standhalten.

Reaktionen auf die Verfolgung der polnischen Juden

Das Verhältnis zwischen den Juden und der christlichen Bevölkerung in Polen war zwiespältig. Nach der überstürzten Flucht der Regierung und der raschen Niederlage war die polnische Gesellschaft zunächst führungs- und orientierungslos. Das Ausmaß der Gewalt in den ersten Kriegstagen, die Repressalien und Zerstörungen demoralisierten und verunsicherten weite Kreise der Bevölkerung. Konfrontiert mit den Kriegsfolgen, Razzien und einem brutalen Besatzungsregime, waren die Polen in erster Linie mit eigenen Sorgen beschäftigt. Aus den sowjetisch besetzten Landesteilen sickerten Gerüchte über eine angeblich antipolnische Haltung der Juden und deren Sympathie für den Sowjetkommunismus durch. Das Stereotyp von der „Judenkommune“ gewann wieder an Bedeutung, viele Polen sahen sich von Feinden umgeben und von den britischen und französischen Verbündeten im Stich gelassen.

Unter den Juden machte sich schon bald der Eindruck breit, dass Teile der polnischen Bevölkerung die antijüdischen Übergriffe der Besatzer guthießen, während die Masse ihnen gleichgültig gegenüberstehe. Die jüdische Untergrundpresse betonte demgegenüber zwar anfangs die mitfühlende Haltung der Polen, und insbesondere der Bund hob die Zusammengehörigkeit mit Polen hervor. Doch sahen viele Gettobewohner die Haltung der Menschen jenseits der Mauern mit wachsender Enttäuschung, etwa wenn Polen und Volksdeutsche die Notlage der Juden ausnutzten, um sich an deren Besitz zu bereichern oder durch Denunziation aus der Verfolgung Nutzen zu ziehen.¹³⁴

Gleichzeitig begünstigten die Besatzer mit Maßnahmen wie der öffentlichen Kennzeichnung, der weitgehenden Zerstörung der wirtschaftlichen Kontakte und insbesondere der Isolierung der Juden in Gettos die Entfremdung zwischen Polen und Juden.

Die über Jahre von den nationalistischen Gruppierungen geforderte „Entjudung“ von Wirtschaft und Gesellschaft kam nun, wenn auch unter ganz anderen Vorzeichen, in Gang. Emanuel Ringelblum beschrieb, wie polnische Antisemiten mit deutschen Soldaten, Polizisten und Volksdeutschen zusammenarbeiteten, wenn es darum ging, Juden und jüdische Geschäfte zu identifizieren, und wie sich Polen die Bruta-

¹³⁴ Havi Ben-Sasson, „Chcemy wierzyć w inną Polskę“. Stosunki żydowsko-polskie w podziemnej prasie żydowskiej getta warszawskiego, in: *Zagłada Żydów 1* (2005), S. 96–113.

lität der deutschen Besatzer gegenüber der jüdischen Bevölkerung zum Vorbild nahmen.¹³⁵

Die extreme politische Rechte träumte in ihren Untergrundpublikationen bereits davon, die jüdischen Landsleute nach Kriegsende zur Massenauswanderung zu bewegen (Dok. 318).¹³⁶ Auch wer nicht so weit gehen wollte, konnte gleichwohl von der Verfolgung profitieren. Im Generalgouvernement hatten Nichtjuden die Möglichkeit, von der „Arisierung“ zu profitieren, indem sie Wohnungen und Warenbestände übernahmen und Wert- und Einrichtungsgegenstände günstig erwarben, des Öfteren konnten sie die Arbeitsplätze entlassener Juden übernehmen. Der amerikanische Historiker Jan T. Gross hat dafür den Begriff „opportunistische Komplizenschaft“ geprägt.¹³⁷

Aber es gab auch zahlreiche Polen, die ihren jüdischen Nachbarn oder Freunden auf eigene Gefahr hin halfen (Dok. 306). Sie beteiligten sich – bisweilen auch gegen Bezahlung – daran, Lebensmittel oder andere Bedarfsgüter in die Gettos zu schmuggeln. Andere, die mit jüdischen Zwangsarbeitern außerhalb des Gettos in Berührung kamen, steckten diesen Brot oder Gemüse zu, um sie zumindest ein wenig zu unterstützen. Bereits diese kleine Hilfsleistung konnte den jeweiligen Geber in Lebensgefahr bringen.

Doch die Helfer besaßen wenig Rückhalt. Die römisch-katholische Kirche Polens äußerte sich nicht zur Judenverfolgung. Zum einen stand sie selbst unter starkem Druck: Die Besatzer sahen sie als Wahrerin nationaler polnischer Traditionen an und verfolgten polnische Bischöfe und Priester gnadenlos; viele von ihnen wurden wegen subversiver Tätigkeit erschossen oder kamen in Konzentrationslagern ums Leben. Zum anderen lebten in Teilen der Geistlichkeit antijudaistische Vorstellungen fort. Und so nutzte die Kirche vor dem Beginn des Massenmords die ihr verbliebenen geringen Handlungsspielräume kaum, um der Judenverfolgung entgegenzuwirken. Auch bei den Bischofskonferenzen im Generalgouvernement war die Situation der Juden kein Thema. Ins Exil geflüchtete Kirchenvertreter hingegen verurteilten die antijüdischen Verbrechen zumeist.¹³⁸

Die politisch-militärischen Widerstandsgruppen, die sich noch Ende 1939 zu organisieren begannen, erkannten ebenfalls nur im Ansatz, welch extremer Gefahr die jüdische Bevölkerung ausgesetzt war. Selbst die mit der Exilregierung verbundenen Untergrundorganisationen vertraten nur zum Teil die Idee einer polnischen Nation unter Einschluss der Juden als gleichberechtigte Staatsbürger. Demgegenüber forderten kommunistische,

135 Emanuel Ringelblum, *Stosunki polsko-żydowskie w czasie drugiej wojny światowej*, Warszawa 1988, S. 52, 65 (engl. Fass. Evanston 1992).

136 Klaus-Peter Friedrich, *Der nationalsozialistische Judenmord und das polnisch-jüdische Verhältnis im Diskurs der polnischen Untergrundpresse (1942–1944)*, Marburg 2006.

137 Jan T. Gross, *Fear. Anti-Semitism in Poland after Auschwitz. An Essay in Historical Interpretation*, New York 2007, S. 249; Yisrael Gutman, Shmuel Krakowski, *Unequal Victims. Poles and Jews During World War II*. New York 1987; *Contested Memories: Poles and Jews during the Holocaust and its Aftermath*, hrsg. von Joshua D. Zimmerman, New Brunswick 2003; Lars Jockheck, *Propaganda im Generalgouvernement. Die NS-Besatzungspresse für Deutsche und Polen 1939–1945*, Osnabrück 2006; Ewa Kurek, *Poza granicą solidarności. Stosunki polsko-żydowskie 1939–1945*, Kielce 2006; *Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945. Studia i materiały*, hrsg. von Andrzej Żbikowski, Warszawa 2006; Młynarczyk, *Judenmord (wie Anm. 84)*, S. 228–243; Jan Grabowski, *German Anti-Jewish Propaganda in the Generalgouvernement, 1939–1945. Inciting Hate through Posters, Films, and Exhibitions*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 23 (Nr. 3/2009), S. 381–412.

138 Dariusz Libionka, *Antisemitism, Anti-Judaism and the Polish Catholic Clergy*, in: *Antisemitism and Its Opponents in Modern Poland*, hrsg. von Robert Blobaum, Ithaca 2005, S. 233–264; vgl. das einschlägige Themenheft der Zeitschrift *Zagłada Żydów. Studia i materiały* 5 (2009).

linksozialistische und der PPS nahestehende Gruppierungen Solidarität mit den Juden. Die polnischen Exilpolitiker indes beobachteten zunächst von Paris, dann von Angers und schließlich seit Mitte 1940 von London aus genau die Entwicklungen innerhalb der nationalen Minderheiten. Ihnen waren die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg präsent, als die Mittelmächte Juden und Polen gegeneinander auszuspielen versucht hatten. Die Aufmerksamkeit für die „jüdische Frage“ rührte aber auch daher, dass ein gutes Verhältnis zu den jüdischen Organisationen aus Sicht der Verbündeten Großbritannien und USA einen hohen Stellenwert hatte. Dies zwang zu größerer, teils taktischer Rücksichtnahme auf die Standpunkte jüdischer Repräsentanten.

Denn diese, insbesondere der Jüdische Weltkongress, standen Polen misstrauisch gegenüber und erwarteten von der Exilregierung eine unmissverständliche Distanzierung von den antisemitischen Umtrieben der unmittelbaren Vorkriegszeit. Doch im Exilparlament, dem Polnischen Nationalrat, der die Exilregierung unter Premierminister Władysław Sikorski unterstützte, waren rechte und linke Parteien vertreten; folglich setzten sich die Kontroversen der Vorkriegszeit fort. Außerdem fürchteten die Exilpolitiker, dass als „judenfreundlich“ aufgefasste offizielle Stellungnahmen im besetzten Land mit Unverständnis aufgenommen würden. Zwar hatte die polnische Regierung aufgrund der ausführlichen Berichte von Kurieren wie Jan Karski frühzeitig Kenntnis von der besonderen Notlage der Juden (Dok. 90), sie nahm diese jedoch lediglich als Einzelelement einer vor allem gegen die Polen gerichteten Unterdrückungspolitik wahr. Jüdische Interessen vertrat im Nationalrat in dieser Zeit allein der zionistische Politiker Ignacy Schwarzbart (Dok. 206).¹³⁹

Die jüdischen Organisationen im Ausland waren über die Vorgänge in Polen gut informiert. Der Jüdische Weltkongress, der Büros in Paris (bis Mitte 1940) und Genf unterhielt, sammelte die Berichte von Flüchtlingen aus dem okkupierten Polen. Außerdem setzten die britische Presse sowie die Botschaftsvertreter und Journalisten der neutralen Staaten die internationale Öffentlichkeit über die Vorgänge in Polen ins Bild. Und schließlich war auch nach Kriegsbeginn noch ein zwar langsamer und zensierter, doch weiterhin funktionierender Postverkehr zwischen Juden in Polen und Briefpartnern im Ausland möglich.

Die Berichte entfalteten jedoch nur wenig Wirkung. Zwar versuchten jüdische Organisationen in den USA, die Öffentlichkeit durch Artikel über die Verbrechen unter der Besatzung zu alarmieren (Dok. 79). Doch verglichen mit der breiten Berichterstattung des Jahres 1938 über das Schicksal der Juden in Deutschland, stand das Thema nun eher im Hintergrund. In der Sowjetunion hatte die Presse bis zum Sommer 1939 noch recht ausführlich über die Judenverfolgung berichtet. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurde sie zum Schweigen gebracht. Informationen über die Lage im deutsch besetzten Polen ließen sich nur noch mündlichen Berichten jüdischer Flüchtlinge entnehmen. So blieb die jüdische Minderheit in Ostpolen vielfach im Ungewissen darüber, was sich im Westteil des Landes abspielte – und welche Gefahr ihr drohte.¹⁴⁰

139 David Engel, *In the Shadow of Auschwitz. The Polish Government-in-Exile and the Jews, 1939 – 1942*, Chapel Hill 1987; Dariusz Stola, *Nadzieja i zagłada. Ignacy Schwarzbart – Żydowski przedstawiciel w Radzie Narodowej RP (1940 – 1945)*, Warszawa 1995.

140 Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe, 1939 – 1945*, London 1979; David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt/M. 2000 (engl. 1984); Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief. The American Press and the Coming of the Holocaust, 1933 – 1945*, New York 1986.

An der Schwelle zum Massenmord: Frühjahr und Sommer 1941

Im Frühjahr 1941 änderten sich die Rahmenbedingungen der antijüdischen Politik von Grund auf. NS-Führung und Wehrmacht trieben die Vorbereitungen für den Krieg gegen die Sowjetunion voran.

Die polnischen Juden bekamen die Kriegsvorbereitungen unmittelbar zu spüren. Um Platz für die deutschen Truppen zu schaffen, mussten viele Polen im Osten des Generalgouvernements ihre Wohnungen räumen. Ihnen wurden die Wohnungen von Juden zugewiesen und diese wiederum in Gettos vertrieben, die im März 1941 in Lublin, Krakau sowie im Distrikt Radom errichtet wurden. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage in den schon bestehenden Gettos. Im vollkommen überfüllten Warschauer Getto grassierte das Fleckfieber, jeden Monat starben Tausende. Hunderttausende standen vor allem in den großen Gettos kurz vor dem Hungertod.

Das Massensterben begann bereits lange vor dem Einmarsch der Erschießungskommandos im Juni 1941 nach Ostpolen. Die Besatzer nahmen die von ihnen selbst verursachten und gleichwohl immer wieder beklagten „unhaltbaren Zustände“ nun zum Anlass, auf radikale Abhilfe zu drängen. Durch die Abschließung und Unterversorgung hatten sich in den Gettos viele Krankheiten verbreitet – also forderten die deutschen Behörden, man müsse radikal gegen die Juden als Seuchenverbreiter vorgehen. Durch die Aushungerung der Gettos hatten Schleichhandel und Schwarzmarkt an Bedeutung gewonnen – also sollte das „jüdische Schiebertum“ vernichtet werden. Zudem sah sich die deutsche Verwaltung entgegen ihrer ursprünglichen Planung gezwungen, die Eingeschlossenen zu versorgen. In dieser Situation traten die Rationalisierungsexperten auf den Plan: Das Warschauer Getto galt ihnen als besonders unrentabel. Gutachter des Reichsrechnungshofs für das Getto Litzmannstadt und des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit für das Warschauer Getto rechneten aus, dass die deutschen Behörden diese beiden Zwangswohnbezirke jährlich mit insgesamt 50 Millionen RM im Jahr bezuschussen müssten, falls nicht mehr Menschen in Beschäftigung gebracht und die Abriegelung gelockert würden.¹⁴¹

Mit der Aussicht auf einen Sieg über die Sowjetunion eröffneten sich den deutschen Funktionären im besetzten Polen neue Perspektiven: Noch Anfang 1941 hatte Hans Frank erklärt, ob die Juden „nach Madagaskar kommen oder sonstwohin, das alles interessiert uns nicht. Wir sind uns klar, daß dieser Mischmasch asiatischer Abkömmlinge am besten wieder nach Asien zurückklatschen soll, wo er hergekommen ist.“¹⁴² Bei einem gemeinsamen Mittagessen hatte Hitler ihm am 17. März 1941 zugesichert, das Generalgouvernement werde das erste Gebiet sein, das „von Juden völlig befreit werden solle“.¹⁴³ Zwei Tage vor dem Angriff, am 20. Juni 1941, berichtete Goebbels von einer Begegnung mit Hitler und Frank, bei der Letzterer die positiven Erwartungen in seinem Herrschaftsgebiet zum Ausdruck gebracht habe: „Dr Franck [sic!] erzählt vom Generalgouvernement. Dort freut man sich schon darauf, die Juden abschieben zu können. Das Judentum in Polen ver-

141 Die Gutachten sind abgedruckt in: *Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938 – 1945*, hrsg. von Susanne Heim und Götz Aly, Berlin 1991; Aly, „Endlösung“ (wie Anm. 65), S. 263 – 267.

142 Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs (wie Anm. 61), S. 330f. (22. 1. 1941).

143 Ebd., S. 361 (19. 4. 1941).

kommt allmählich.¹⁴⁴ Noch immer gingen die Verantwortlichen im besetzten Polen davon aus, dass eine „Endlösung der Judenfrage“ deren Abschiebung meinte. Wohin, war aber weiter unklar: vielleicht in die Pripjat-Sümpfe, die dem Generalgouvernement benachbart lagen, oder in die Eismeerregionen Nordrusslands.

Im März 1941 hatte die politische und militärische Führung indes auch die Befehle ausgearbeitet, die Massentötung während des Feldzugs sanktionierten. Mit dem Kommissarbefehl und einem Erlass zur Aufhebung des Rechtsschutzes für die Bevölkerung riss die Wehrmacht noch vor dem Überfall kriegsrechtliche Schranken nieder. Neue Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD sollten hinter der Wehrmacht einmarschieren und die sowjetische Elite, insbesondere Juden, systematisch ermorden. Schon in der Planungsphase war unverkennbar, dass dieser Vernichtungskrieg eine weitere dramatische Radikalisierung mit sich bringen würde. Denn nun gerieten noch mehr Juden unter deutsche Herrschaft, vor allem aber identifizierte die NS-Führung die sowjetischen Juden mit dem verhassten Bolschewismus: Sie waren der ideologische Hauptfeind, den es nicht mehr „nur“ zu vertreiben galt, sondern zu vernichten.

Unmittelbar nach dem Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begannen deutsche Einsatzkommandos in den eroberten sowjetischen Gebieten mit der systematischen Ermordung von Juden. Damit stellte sich auch für die deutschen Besatzungsfunktionäre in Polen erneut die Frage, wie man weiter mit den Juden verfahren sollte. So unterbreitete der Chef der SD-Leitstelle Posen und Leiter der dortigen Umwandererzentralstelle, Rolf-Heinz Höppner, mittels eines Aktenvermerks am 16. Juli 1941 Eichmann die Frage, ob es nicht die „humanste Lösung“ sei, die nicht arbeitsfähigen Juden „durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen“ (Dok. 314). Erfahrungen mit solchen Mitteln hatte das Sonderkommando Lange der Gestapoleitstelle Posen bereits bei seinem Vorgehen gegen die Psychiatriepatienten in den Reichsgauen Wartheland und Ostpreußen gesammelt. Nur zwei Tage später, am 18. Juli 1941, traf Reichsstatthalter Arthur Greiser Hitler und brachte möglicherweise auch diese Vorschläge zur Sprache. Jedenfalls glaubte der Gauleiter ausreichend Rückendeckung zu haben, um Monate später den Bau des Vernichtungslagers Kulmhof (Chełmno) zu veranlassen.¹⁴⁵ Als Ende Juli absehbar wurde, dass der Krieg gegen die Sowjetunion länger dauern würde als ursprünglich geplant und die angestrebte Abschiebung der Juden damit wiederum in weite Ferne rückte, verdichteten sich sowohl in Berlin als auch in den Besatzungsgebieten die Überlegungen, die Juden im deutschen Machtbereich während des Krieges zu ermorden.

Von diesen Überlegungen wusste die in den Gettos eingesperrte Bevölkerung nichts. Zwar hatte in Warschau Chaim Kaplan schon im März 1941 seinem Tagebuch anvertraut: „Was die Welt draußen betrifft, so fürchten wir uns vor dem, was kommen wird. Heute meldete das Radio, daß Stalin der Agentur TASS zufolge seine Streitkräfte mobil mache. Im Flüsterton hören wir vom ‚Vorabend des Krieges‘ zwischen den zwei Kameraden sprechen, die sich bis jetzt in den Armen lagen. Im Falle eines Krieges mit Rußland – an den ich persönlich nicht glaube – sind wir verloren. Wenn sich Plutokratie und Kommunis-

144 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941. Band 9: Dezember 1940–Juli 1941, hrsg. und bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 389f.

145 Darauf hat in seiner detaillierten Analyse des Aktenvermerks Klein, „Gettoverwaltung“ (wie Anm. 118), S. 336–352, hingewiesen.

mus zum Kampf gegen den Nazismus zusammentun, werden die Juden das unmittelbare Racheziel sein“.¹⁴⁶

Doch für viele Juden war der deutsche Überfall auf die Sowjetunion mit der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende und damit ihre Befreiung verbunden. Halina Nelken in Krakau notierte am Tag des deutschen Überfalls in ihr Tagebuch: „Wieder ist Krieg (mit Rußland). Alle freuen sich, sogar solche Pessimisten wie unsere Nachbarn. Sie sagten, entweder wird Rußland sie zerbrechen oder sie werden, was Gott behüte, Rußland besiegen; auf jeden Fall geht der Krieg schneller zuende, und das ist unsere einzige Rettung. Aber niemand hat Rußland je besiegt, nicht einmal Napoleon, und so werden sie vielleicht am Ende ihr Fett abbekommen.“¹⁴⁷ Im Getto Litzmannstadt schrieb Dawid Sierakowiak am nächsten Tag: „Das ganze Ghetto ist ein einziger Bienenstock. Alle fühlen, endlich tut sich eine Möglichkeit der Rettung auf.“ Doch zeigte der schnelle Vormarsch der Wehrmacht im Osten, dass die Lage eher schlimmer als besser wurde. Nur eine Woche später schrieb Sierakowiak resigniert: „Die Nachrichten von gestern erweisen sich leider als wahr. Laut heutiger Zeitung haben die Deutschen Kowno, Dünaburg, Wilna, Grodno, Bialystok und Brest am Bug besetzt. [...] seit gestern bin ich wieder eine Leiche, nachdem ich eine Woche lang aufgelebt habe.“¹⁴⁸ Wenig später begannen Angehörige der deutschen Einsatzgruppen, im Osten unterschiedslos jüdische Männer, Frauen und Kinder zu erschießen.

146 Kaplan, Buch (wie Anm. 40), S. 303 (13. 3. 1940).

147 Nelken, Freiheit (wie Anm. 90), S. 139 (22. 6. 1941).

148 Sierakowiak, Ghettotagebuch (wie Anm. 44), S. 55, 59f. (23. 6. 1941 und 30. 6. 1941).

Dokumentenverzeichnis

- 1 Nowe Życie: Der Bund warnt in einem Aufruf zum 1. Mai 1939 vor der Bedrohung Polens und der polnischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland
- 2 Der Sicherheitsdienst der SS plant am 7. Mai 1939, ein Informationssystem zur Erfassung der polnischen Juden und der polnischen Führungsschicht aufzubauen
- 3 Illustrierter Beobachter: Eine Fotoreportage vom 3. August 1939 diffamiert die polnischen Juden
- 4 Der Chef der Zivilverwaltung beim Armeeoberkommando verbietet am 6. September 1939 die Veräußerung jüdischen Vermögens im besetzten Gebiet
- 5 Ein Wehrmachtssoldat beschreibt den Einmarsch in Polen vom 7. bis 9. September 1939
- 6 Ein Mitglied der jüdischen Jugendbewegung berichtet am 9. September 1939 über Pogrome in Lodz
- 7 Der Generalquartiermeister befiehlt am 12. September 1939, die jüdische Bevölkerung aus Ost-Oberschlesien nach Osten über den San auszuweisen
- 8 Der Ortskommandant in Rzeszów ordnet am 13. September 1939 die Kennzeichnung und „Arisierung“ jüdischer Geschäfte an
- 9 The New York Times: Artikel vom 13. September 1939 über die NS-Judenverfolgung in Polen und deutsche Pläne für Massenvertreibungen
- 10 Die Dresdner Bank, Filiale Kattowitz, listet nach dem 13. September 1939 jüdische Firmen auf, die sie „arisieren“ will
- 11 Der Chef der Zivilverwaltung in Kattowitz verbietet am 15. September 1939 die Rückkehr jüdischer Kriegsflüchtlinge in ihre Heimatorte
- 12 Der Chef der Sicherheitspolizei übersendet den Einsatzgruppen in Polen am 21. September 1939 Richtlinien für die Vorgehensweise gegenüber Juden
- 13 Eine jüdische Augenzeugin berichtet in Palästina, wie die Deutschen im September 1939 in Włocławek die Juden verfolgten
- 14 Der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger beschreibt am 25. und 26. September 1939 die Eroberung westpolnischer Gebiete und sein Eintreffen in Lodz
- 15 Alfred Rosenberg schreibt am 29. September 1939 über Hitlers Neuordnungspläne in Ostmitteleuropa
- 16 Der Jugendliche Dawid Sierakowiak beschreibt am 3. und 4. Oktober 1939 Übergriffe von Deutschen gegen Juden in Lodz
- 17 Hitler fordert am 6. Oktober 1939 eine ethnische Neuordnung des östlichen Europas
- 18 Der Chef der Gestapo beauftragt Adolf Eichmann am 6. Oktober 1939 mit der Abschiebung von Juden aus dem Bezirk Kattowitz in den Osten
- 19 Der Chef der Einsatzgruppe IV berichtet am 6. Oktober 1939 über die Judenverfolgung in Warschau

- 20 The Manchester Guardian: Artikel vom 7. Oktober 1939 über jüdische und christliche Geistliche als frühe Opfer der deutschen Invasion
- 21 Der Chef der Zivilverwaltung in Krakau ordnet am 12. Oktober 1939 die steuerliche Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung an
- 22 Der Flüchtling Artur Szlifersztejn beschreibt am 15. Oktober 1939 sein Leben im sowjetisch besetzten Teil Polens
- 23 Die deutsche Gesandtschaft in Bukarest berichtet am 16. Oktober 1939 über die Lage im sowjetisch besetzten Ostgalizien
- 24 Der Oberbefehlshaber im Grenzabschnittskommando Mitte verbietet Juden am 18. Oktober 1939 den Handel mit Textilien und Leder
- 25 Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums formuliert nach dem 19. Oktober 1939 seine vordringlichen Ziele
- 26 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD ordnet am 23. Oktober 1939 die Erfassung der jüdischen Bevölkerung in polnischen Städten mit über 20 000 Einwohnern an
- 27 Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete ordnet am 26. Oktober 1939 den Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung an
- 28 Ein Sondergericht verurteilt Chascill Trojanowski am 28. Oktober 1939 zu einem Jahr Zuchthaus wegen illegalen Handels mit Textilien
- 29 Der Kreishauptmann in Konsk (Końskie) berichtet am 29. Oktober 1939 über die ersten Wochen der deutschen Besatzung
- 30 Der jüdische Aktivist Ber Fisz schildert die Lage in Gdingen von September 1939 bis zur Vertreibung der jüdischen Bevölkerung im Oktober 1939
- 31 Joseph Goebbels schreibt am 2. November 1939 über eine Reise in das eroberte Polen
- 32 Die Abteilung Justiz im Distrikt Krakau fordert am 5. November 1939, jüdische Beschäftigte zu entlassen
- 33 The New York Times: Artikel vom 6. November 1939 über die Judenverfolgung im besetzten Polen und eine drohende Hungersnot
- 34 Der Höhere SS- und Polizeiführer in Posen befiehlt am 11. November 1939 die Bildung eines Sonderstabs für die Deportation von Polen und Juden
- 35 Dawid Sierakowiak beschreibt vom 12. bis 18. November 1939 den antijüdischen Terror in Lodz
- 36 Das Einsatzkommando 11 der Sicherheitspolizei erteilt am 14. November 1939 Anweisung, die jüdische Bevölkerung vor der Vertreibung zu enteignen
- 37 Der Warschauer Lehrer Chaim Kaplan beschreibt am 15. November 1939 die Massenflucht von Juden über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie
- 38 Warschauer Zeitung: Hetzartikel vom 16. November 1939 gegen die Juden
- 39 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats schreibt über die Drangsalierung der Jüdischen Gemeinde durch die SS in der Zeit vom 17. bis 20. November 1939
- 40 Der Reichsstatthalter im Wartheland ordnet am 18. November 1939 die Sperrung jüdischer Guthaben an

- 41 Warschauer Zeitung: Artikel vom 19. November 1939 über die Absperrung eines jüdischen Viertels in Warschau
- 42 Die Genfer Vertretung des Jüdischen Weltkongresses berichtet am 22. November 1939 von einem Judenreservat bei Lublin und von Hilfsaktionen in Polen und Ungarn
- 43 Der Kommandierende General des Wehrkreiskommandos Posen beschwert sich am 23. November 1939 über Konflikte mit der SS im Wartheland
- 44 Vertreter von Besatzungsbehörden erörtern am 23. November 1939 die Beraubung der jüdischen und polnischen Bevölkerung
- 45 Der Höhere SS- und Polizeiführer verpflichtet am 24. November 1939 die Judenräte zur Mitwirkung bei der Massenvertreibung von Juden aus dem Wartheland
- 46 Generalgouverneur Frank ordnet am 28. November 1939 die Bildung von Judenräten an
- 47 Anonymer Bericht über die Entwicklung in Kalisz unter deutscher Besatzung bis November 1939
- 48 Anonymer Bericht über die Vertreibung von Juden aus Posen und Umgebung in das Generalgouvernement im November 1939
- 49 Die Jüdische Kultusgemeinde Rzeszów gibt eine Anordnung bekannt, der zufolge Juden eine Armbinde tragen müssen
- 50 Der Chef des Distrikts Radom verfügt am 4. Dezember 1939 die Aufteilung der Vertriebenentransporte aus Westpolen in den Distrikt Radom
- 51 Das Exekutivkomitee des Jüdischen Weltkongresses protestiert am 4. Dezember 1939 gegen die Verbrechen an den Juden in Polen
- 52 Der Regierungspräsident in Marienwerder (Kwidzyn) übermittelt am 7. Dezember 1939 Himmlers Verbot, Juden die Bärte abzuschneiden
- 53 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats schreibt am 9. Dezember 1939 über die Zwangslage der jüdischen Bevölkerung
- 54 Der Regierungspräsident in Kalisch (Kalisz) ordnet am 10. Dezember 1939 an, mit der Bildung des Gettos Lods (Lodz) zu beginnen
- 55 Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement verfügt am 11. Dezember 1939 die Konzentrierung der jüdischen Bevölkerung
- 56 Der Chef des Distrikts Krakau untersagt am 11. Dezember 1939 den Schulbesuch jüdischer Kinder und verfügt die Entlassung jüdischer Lehrer
- 57 Der Vorstand der jüdischen Interessenvertretung in Będzin fordert am 11. Dezember 1939 Leon Żmigrod zur Einzahlung für eine Kontribution auf
- 58 Der Höhere SS- und Polizeiführer erlässt am 12. Dezember 1939 Vorschriften über den Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung im Generalgouvernement
- 59 Dawid Sierakowiak beschreibt vom 6. bis 13. Dezember 1939 den antijüdischen Terror in Lodz
- 60 Die Staatspolizeileitstelle Posen ordnet am 13. Dezember 1939 die Erschießung von Juden und Polen an, die aus dem Generalgouvernement ins Reichsgebiet zurückkehren

- 61 Die NS-Kreisfrauenschaftsleiterin in Teschen (Cieszyn) bittet am 13. Dezember 1939 den Bürgermeister um Möbel aus ausgeraubten jüdischen Wohnungen
- 62 Der SS-Sturmbannführer Richter berichtet am 16. Dezember 1939 über die Vertreibung von Juden und Polen aus Lodsch (Lodz)
- 63 Der stellvertretende sowjetische Außenkommissar spricht am 17. Dezember 1939 mit dem deutschen Botschafter über die Flucht polnischer Juden in den sowjetisch besetzten Teil Polens
- 64 Der Stadtpräsident von Warschau ordnet am 18. Dezember 1939 die Offenlegung jüdischen Vermögens an
- 65 Im Reichssicherheitshauptamt wird am 19. Dezember 1939 die Einrichtung eines „Judenreservats“ in Polen erwogen
- 66 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD kündigt am 21. Dezember 1939 an, 600 000 Juden bis Ende April 1940 aus den annektierten westpolnischen Gebieten zu vertreiben
- 67 Ein Hauptmann der Polizei berichtet am 26. Dezember 1939 über antijüdische Ausschreitungen von „Jungpolen“ in Tschenstochau
- 68 Der Bankangestellte Gerhard Schneider schildert im Dezember 1939 seine Eindrücke aus Sosnowitz (Sosnowiec)
- 69 Ein Warschauer Jude schreibt über Menschenjagden und Misshandlungen zwischen dem 19. Oktober 1939 und dem 1. Januar 1940
- 70 The Daily Herald: Artikel vom 2. Januar 1940 über die Erschießung von 53 Juden in Warschau
- 71 SS-Führer und Behördenvertreter sprechen am 4. Januar 1940 im Reichssicherheitshauptamt über Vertreibungen in das Generalgouvernement
- 72 Der Anführer der Widerstandsorganisation Służba Zwycięstwu Polski berichtet am 9. Januar 1940 über die Lage der Juden im besetzten Polen
- 73 Der Polizeipräsident in Lodsch (Lodz) fordert am 10. Januar 1940 alle Deutschen dazu auf, das jüdische Viertel zu meiden
- 74 Der Chef einer SS-Reiterschwadron in Chełm beschreibt, wie er am 14. Januar 1940 einen Massenmord anordnet
- 75 Der Gesandte der USA in Kaunas berichtet am 18. Januar 1940 über die Flucht von Juden aus der Sowjetunion nach Litauen und in das deutsch besetzte Polen
- 76 Der Höhere SS- und Polizeiführer Krüger befiehlt den Judenräten im Generalgouvernement am 20. Januar 1940 die Bereitstellung von Juden zur Zwangsarbeit
- 77 Der Judenrat in Bendzin (Będzin) bittet die Treuhandstelle in Kattowitz am 22. Januar 1940 um eine bessere Finanzausstattung
- 78 Der Kommandant der Schutzpolizei in Lodsch (Lodz) erlässt am 23. Januar 1940 einen Räumungsbefehl für jüdische Wohnungen
- 79 Der Höhere SS- und Polizeiführer im Bereich Warthe, Koppe, berichtet am 23. Januar 1940 über Vertreibungen aus Lodsch (Lodz)
- 80 The New York Times meldet am 23. Januar 1940 stark überhöhte Zahlen über ermordete und geflohene Juden in Polen

- 81 Generalgouverneur Frank ordnet am 24. Januar 1940 die Anmeldung jüdischen Vermögens an
- 82 SS-Führer besprechen am 30. Januar 1940 die Vertreibung von Polen und Juden aus dem Warthegau und die Ansiedlung von Balten- und Wolhyniendeutschen
- 83 Die Regierung des Generalgouvernements gibt am 1. Februar 1940 eine Übersicht über die geplante Zwangsumsiedlung von ca. 1,6 Millionen Personen
- 84 Der Kreishauptmann in Busko weist am 1. Februar 1940 auf den akuten Wohnraum-mangel in seinem Kreis hin
- 85 Der Amtsarzt Dr. Walter Schultz begründet in einer Denkschrift vom 1. Februar 1940, warum in Lods (Lodz) ein Getto gebildet werden müsse
- 86 Ein Warschauer Jude schildert am 3. Februar 1940 seine Verschleppung und Ausrau-bung durch zwei deutsche Soldaten
- 87 Eine polnische Lehrerin schreibt am 3. Februar 1940 über Hilfe von christlichen Polen für Juden hinter den Absperrungen des sog. Seuchengebiets in Warschau
- 88 Die Zahnarthelferin Ruth Goldbarth schildert am 15. und 16. Februar 1940 die Auf-nahme vertriebener Juden aus Bromberg in Warschau
- 89 Ein Angehöriger der deutschen Besatzungsmacht protokolliert am 27. Februar 1940 eine Auseinandersetzung über die Behandlung von Juden
- 90 Jan Kozielski (genannt Karski) berichtet im Februar 1940 über die Lage im besetz-ten Polen
- 91 Der Landrat in Bendzin (Będzin) beschreibt am 1. März 1940 die Verelendung der jüdischen Bevölkerung und das Verhältnis zwischen Polen und Juden
- 92 Der Historiker Emanuel Ringelblum notiert am 6. März 1940 Berichte über deutsche Gewaltakte gegen polnische Juden
- 93 Ein jüdischer Soldat der polnischen Armee erinnert sich an seine Kriegsgefangen-schaft zwischen dem 24. September 1939 und dem 11. März 1940
- 94 Warschauer Zeitung: Dietrich Redeker rechtfertigt in einem Artikel vom 13. März 1940 die zwangsweise Absonderung der jüdischen Bevölkerung
- 95 Der nach Polen vertriebene Josef Baumann bittet am 18. März 1940 das Joint Distri-bution Committee um Hilfe bei der Auswanderung nach Palästina
- 96 Eine polnische Lehrerin beschreibt am 18. März 1940 die Notlage der Juden, die zum Verkauf persönlicher Gegenstände gezwungen sind
- 97 Der Oberbürgermeister von Sosnowitz (Sosnowiec) nimmt am 21. März 1940 zur „Arisierung“ von Geschäften Stellung
- 98 Der Ökonom Ludwik Landau beschreibt am 28. März 1940 die antijüdischen Aus-schreitungen in Warschau
- 99 Die Vertretung der polnischen Regierung im besetzten Polen fasst im März 1940 die Emigration der jüdischen Bevölkerung nach Kriegsende ins Auge
- 100 Das polnische Untergrundblatt Szaniec behauptet am 1. April 1940, die deutschen Besatzer würden die Juden besser als die Polen behandeln
- 101 Der polnische Botschafter beim Vatikan warnt am 5. April 1940 vor deutschen Presseberichten über polnische Judenpogrome

- 102 Der Judenreferent der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge teilt am 6. April 1940 die Ziele seiner Arbeit mit
- 103 Ostdeutscher Beobachter: Artikel vom 9. April 1940 über den Umbau der Posener Großen Synagoge in ein Hallenschwimmbad
- 104 Generalgouverneur Frank erklärt am 12. April 1940 seine Absicht, die jüdische Bevölkerung aus Krakau zu vertreiben
- 105 Die in das Generalgouvernement deportierte Hausfrau Martha Israel bittet am 12. April 1940 darum, nach Stettin zurückkehren zu dürfen
- 106 Michał Weichert resümiert am 14. April 1940 seine Unterredung mit dem stellvertretenden Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Distrikt Warschau
- 107 Bericht aus dem Warschauer Judenrat vom 15. April 1940 über die Dezimierung jüdischer Unternehmen unter der Besatzung
- 108 Der Stadtkommissar in Tarnów verbietet am 17. April 1940 der jüdischen Bevölkerung, die öffentlichen Feiern zu Hitlers Geburtstag zu beobachten
- 109 Ein Standgericht der Gestapo in Zichenau (Ciechanów) verurteilt am 16. April 1940 den in seinen Heimatort zurückgekehrten Moschek Eitelsberger zum Tode
- 110 Die Gestapo fragt am 19. April 1940 bei der Treuhandstelle Kattowitz an, ob diese Finanzmittel für jüdische Wohlfahrtseinrichtungen bereitstellen könne
- 111 Die Händlerin Chana Goldblum bittet am 25. April 1940 um die Freigabe der beschlagnahmten Schlüssel und Waren ihres Geschäfts
- 112 Die Schutzpolizei Kattowitz übermittelt am 26. April 1940 die Anweisung der Gestapo, die jüdische Bevölkerung aus Ost-Oberschlesien zu vertreiben
- 113 Der Finanzinspekteur in Mielec unterbreitet am 26. April 1940 einen Vorschlag, um die Steuerrückstände vertriebener Juden einzutreiben
- 114 Der Judenrat in Lublin schildert im Frühjahr 1940 die soziale Lage der Juden und die Arbeit der Sozialfürsorge
- 115 Der Chef des Distrikts Krakau berichtet am 3. Mai 1940 über jüdische Flüchtlinge, die aus dem sowjetisch besetzten Teil Polens in das Generalgouvernement zurückkehren wollen
- 116 Der Judenreferent des SS- und Polizeiführers in Lublin legt am 8. Mai 1940 Richtlinien für den Einsatz von jüdischen Zwangsarbeitern fest
- 117 Ein Aktivist der jüdischen Jugendbewegung berichtet am 8. Mai 1940 über die Tätigkeit der Hechaluz-Organisation
- 118 Eine deutsche Umsiedlungskommission gibt am 10. Mai 1940 ihre Eindrücke über Lage und Einstellungen der Juden im sowjetisch annektierten Teil Polens wieder
- 119 Der Jugendliche Lucjan Orenbach beschreibt am 10. Mai 1940 die Entwicklung in Tomaszów Mazowiecki und seine Eindrücke von einer Reise nach Warschau
- 120 Das Schutzpolizei-Abschnittskommando V in Sosnowitz (Sosnowiec) empfiehlt am 20. Mai 1940, Juden, die sich der Zwangsarbeit entziehen, in ein Konzentrationslager zu sperren
- 121 Die Verwaltungschefs des Generalgouvernements besprechen am 30. Mai 1940 die nächsten Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung

-
- 122 Die Abteilung Preisbildung fordert am 6. und 7. Juni 1940 ein radikales Vorgehen gegen die Juden
 - 123 Der SS- und Selbstschutzhelfer im Bereich Kielce verbietet am 7. Juni 1940, eigenmächtig Juden auf den Straßen zur Arbeit aufzugreifen
 - 124 Die sowjetische Geheimpolizei befiehlt am 10. Juni 1940 die Deportation der zumeist jüdischen Flüchtlinge im sowjetisch annektierten Teil Polens
 - 125 Der Höhere SS- und Polizeiführer ordnet am 13. Juni 1940 die Übergabe der Zwangsarbeiterkartei an die Abteilung Arbeit des Generalgouvernements an
 - 126 Das nationaldemokratische Untergrundblatt Walka beklagt am 16. Juni 1940 die angebliche Privilegierung der Juden und ihre Heranziehung zu Spitzeldiensten
 - 127 Der Judenrat meldet am 18. Juni 1940 dem Stadtkommissar in Tarnów, dass jüdische Wohnungen geplündert und verwüstet wurden
 - 128 Der Sicherheitsdienst der SS schlägt am 24. Juni 1940 vor, die Juden aus dem Getto Litzmannstadt (Lodz) in Form eines Trecks abzuschieben
 - 129 Die Treuhandsstelle in Posen berichtet am 27. Juni 1940 über die Beschlagnahme von Eigentum
 - 130 Das Referat Judenwesen des Generalgouvernements stellt am 1. Juli 1940 seine Tätigkeit seit Beginn der Besatzung dar
 - 131 Propagandaminister Goebbels notiert am 5. Juli 1940, dass Generalgouverneur Frank die Judenfrage für unlösbar halte
 - 132 Generalgouverneur Frank berichtet am 12. Juli 1940 von Hitlers Absicht, die europäischen Juden nach Madagaskar zu deportieren
 - 133 Der Judenreferent beim SS- und Polizeiführer in Lublin fordert am 15. Juli 1940 30 000 jüdische Zwangsarbeiter an
 - 134 Der Arzt Zygmunt Klukowski beschreibt am 17. und 18. Juli 1940 die Festnahme von Juden zur Zwangsarbeit in Szczepieszyn
 - 135 Der Ordnungsdienst im Getto Litzmannstadt (Lodz) listet am 21. Juli 1940 die innerhalb weniger Tage am Zaun Erschossenen auf
 - 136 Warschauer Zeitung: Bericht vom 21./22. Juli 1940 über den Vortrag eines Dozenten des Instituts für Deutsche Ostarbeit
 - 137 Der Befehlshaber der 18. Armee verbietet Offizieren und Soldaten am 22. Juli 1940 Kritik an der Verfolgung von Polen und Juden
 - 138 SS-Reiter in Kielce melden am 22., 23. und 24. Juli 1940 Konflikte mit zwei Unteroffizieren der Wehrmacht, die Juden verteidigten
 - 139 Die Arbeitsverwaltung in Lublin berichtet am 23. Juli 1940 über eine eigenmächtige Razzia der SS in Lublin
 - 140 Gazeta Żydowska: Reportage vom 23. Juli 1940 über die Lage der jüdischen Bevölkerung in Warschau seit dem September 1939
 - 141 Der Selbstschutz in Lublin warnt am 24. Juli 1940 die jüdische Bevölkerung vor Menschenansammlungen und Demonstrationen
 - 142 Die Abteilung Arbeit im Generalgouvernement erteilt am 25. Juli 1940 Anweisungen zum Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter aus Krakau

- 143 Die NS-Volkswohlfahrt Schroda (Środa) schildert am 25. Juli 1940 die Beschlagnahme von Waren in jüdischen Geschäften zugunsten von Volksdeutschen im September 1939
- 144 Jüdische Repräsentanten berichten der US-Botschaft in Berlin am 28. Juli 1940 über die Judenverfolgung in Westpolen
- 145 Reichsstatthalter Greiser bespricht am 31. Juli 1940 mit der Regierung des Generalgouvernements die Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung
- 146 Das Personalamt des Distrikts Krakau warnt am 1. August 1940 reichsdeutsche Mitarbeiter davor, die Dienste jüdischer Gewerbetreibender in Anspruch zu nehmen
- 147 Das polnische Untergrundblatt Szaniec kommentiert am 1. August 1940 die Politik der deutschen Besatzer gegenüber den Juden
- 148 Ein anonymer Denunziant behauptet am 2. August 1940, dass der Judenrat in Lublin die Wohlhabenden bevorzuge
- 149 Dror: Tuwia Borzykowski stellt im August 1940 Forderungen an die jüdische Jugend
- 150 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats beschreibt zwischen dem 2. und 5. August 1940 die zunehmenden Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung
- 151 Der Arzt Zygmunt Klukowski schildert zwischen dem 5. und dem 12. August 1940 die Judenverfolgung in Szczebrzeszyn
- 152 Gazeta Żydowska: Artikel vom 6. August 1940 über die Lage der Jüdischen Gemeinde in Auschwitz
- 153 Das Arbeitsamt Neu-Sandez (Nowy Sącz) befiehlt am 8. August 1940 dem Judenrat in Mszana Dolna, ein Zwangsarbeitslager zu errichten
- 154 Das Arbeitsamt Chełm fordert am 9. August 1940 die generelle Entlohnung jüdischer Zwangsarbeiter
- 155 Der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost verfügt am 12. August 1940, wie beschlagnahmtes und kommissarisch verwaltetes Vermögen verwertet werden soll
- 156 Der Vorsitzende des Polnischen Hauptausschusses kritisiert am 12. August 1940 die Umstände der Zwangsaussiedlung von Juden aus Krakau
- 157 Der Älteste der Juden im Getto Litzmannstadt (Lodz) ruft am 12. August 1940 zur Wahrung von Ruhe und Ordnung auf
- 158 Eine Ärztin beschreibt am 13. August 1940, wie die Gestapo in Warschau im Winter 1939/1940 die Juden beraubte
- 159 Der Lehrer Chaim Kaplan schildert am 14. August 1940 die zermürbende Lebenssituation von Freunden in Warschau
- 160 Der Kreishauptmann von Krakau-Land beschränkt am 20. August 1940 den Aufenthalt von Juden im Kreis
- 161 Ein anonymer Denunziant zeigt am 27. August 1940 in Warschau einen jüdischen Firmenbesitzer an
- 162 Eine im Juli/August 1940 verfasste Denkschrift umreißt die wirtschaftlichen Schäden durch die Judenverfolgung in Polen
- 163 Die Jugendliche Irena Glück beschreibt am 1. September 1940 in Krakau den ersten Jahrestag des Kriegsbeginns

- 164 Protokoll der 1. Sitzung des Präsidiums der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Krakau am 5. September 1940
- 165 Polizeimeister Borsutzky meldet am 7. September 1940 aus Wadowitz (Wadowice) mehrere Festnahmen wegen „Verdachts der Rassenschande“
- 166 Gazeta Żydowska: Artikel vom 13. September 1940 über die Lage der Jüdischen Gemeinde in Działoszyce
- 167 Westdeutscher Beobachter: Artikel von Herbert Wiegand vom 15. September 1940 über Deutschlands geschichtliche Mission im besetzten Polen
- 168 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Lublin ordnet am 19. September 1940 die Einziehung aller jüdischen Personenstandsregister an
- 169 Der Älteste der Juden im Getto Litzmannstadt (Lodz) berichtet am 20. September 1940 über die extrem beengten Wohnverhältnisse
- 170 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe instruiert am 20. September 1940 die örtlichen Hilfskomitees über ihre Aufgaben
- 171 Der Stadthauptmann von Tschenstochau beschwert sich am 20. September 1940 über die Zustände im SS-Arbeitslager für Juden in Cieszanów
- 172 Ein unbekannter jüdischer Zwangsarbeiter beschreibt im Sommer 1940 den Tagesablauf in einem Arbeitslager
- 173 Eine deutsche Studentin berichtet im Sommer 1940 über ihren Einsatz für volksdeutsche Umsiedler und über ihre Eindrücke von Juden in Leslau (Włocławek)
- 174 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats schreibt zwischen dem 20. und 22. September 1940 über seine Bemühungen, die Einrichtung des Gettos abzuwenden
- 175 Der Polizeipräsident in Kattowitz ordnet am 26. September 1940 die Ausweisung von Juden an, die aus dem Generalgouvernement zugezogen sind
- 176 Der polnische Widerstandsaktivist Kazimierz Gorzkowski notiert am 26. September 1940 Nachrichten über die Lage der jüdischen Bevölkerung
- 177 Die Innenverwaltung des Generalgouvernements verfügt am 7. Oktober 1940, an die aus dem Reich verschleppten Juden keine Renten auszubezahlen
- 178 Der Älteste der Juden im Getto Litzmannstadt (Lodz) erklärt am 11. Oktober 1940 den Sonnabend zum Ruhetag
- 179 Der Lagerführer in einem Zwangsarbeitslager für Juden in Obidowa bittet den Joint am 15. Oktober 1940 um Nahrungsmittelhilfe
- 180 Warschauer Zeitung: Artikel vom 16. Oktober 1940 über die Einrichtung eines Stadtviertels für Deutsche und des Gettos für Juden
- 181 Die Arbeitsverwaltung in Lublin vermerkt am 18. Oktober 1940 die Massenflucht von Juden aus einem Baustellenlager und Missstände in Lagern der SS
- 182 Ruth Goldbarth schreibt am 19. Oktober 1940 an ihre Freundin Edith Blau über ihre Angst und Verzweiflung vor dem Umzug in das Warschauer Getto
- 183 Vermerk der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vom 21. Oktober 1940 über die Umsiedlung in das Warschauer Getto
- 184 Die Gettowache in Litzmannstadt (Lodz) berichtet am 23. Oktober 1940 über unerlaubtes Fotografieren des Gettos

- 185 Warschauer Zeitung: Artikel vom 23. Oktober 1940 über einen Schulungsvortrag des Leiters der Umsiedlungsabteilung im Distrikt Warschau
- 186 Ein aus Deutschland geflohener Jude kritisiert am 25. Oktober 1940 die Einziehung von Juden zum polnischen Militärdienst in Großbritannien
- 187 Berliner Börsen-Zeitung: Artikel vom 27. Oktober 1940 über die Schließung von Einzelhandelsgeschäften in Ost-Oberschlesien
- 188 Emanuel Ringelblum beschreibt vom 25. bis 31. Oktober 1940 die Lage vor der Abriegelung des Warschauer Gettos
- 189 Die Gestapo in Kattowitz fordert am 31. Oktober 1940 dazu auf, Informationen zum Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte einzusenden
- 190 Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD revidiert am 1. November 1940 seine bisherigen Bedenken, Juden beim Autobahnbau einzusetzen
- 191 Gazeta Żydowska: Artikel vom 1. November 1940 über die Lage der Jüdischen Gemeinde in Ostrowiec Świętokrzyski
- 192 Der Sozialminister der polnischen Exilregierung sichert den Juden am 3. November 1940 für die Zeit nach dem Krieg die volle Gleichberechtigung zu
- 193 Die polnische Untergrundzeitschrift Wiadomości Polskie berichtet am 5. November 1940 über das Getto in Warschau
- 194 Die Treuhandstelle des Distrikts Warschau bilanziert am 8. November 1940 die Zwangsverwaltung von Grund- und Immobilienbesitz der jüdischen Bevölkerung
- 195 Der Bürgermeister von Otwock gibt am 8. November 1940 bekannt, wie freierwerdende Wohnungen von Juden zu übergeben sind
- 196 Mitarbeiter der deutschen Verwaltung in Litzmannstadt (Lodz) besprechen am 9. November 1940 Zwangsarbeitsprojekte für Juden
- 197 Der Direktor der Haupttreuhandstelle Ost gestattet am 13. November 1940 der Treuhandstelle Litzmannstadt (Lodz), Informanten aus dem Getto zu belohnen
- 198 Der Sonderbeauftragte der SS für Zwangsarbeit in Oberschlesien fordert die Judenräte am 15. November 1940 auf, die jüdischen Beschäftigten zu erfassen
- 199 Der Regierungspräsident in Kattowitz ordnet am 21. November 1940 den Einsatz der Polizei bei der Registrierung arbeitsfähiger Juden an
- 200 Der Ältteste der Juden im Getto Litzmannstadt (Lodz) unterrichtet am 23. November 1940 das Städtische Gesundheitsamt über die Entwicklung im Getto
- 201 Der Regierungspräsident in Kattowitz schränkt am 23. November 1940 die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden weiter ein
- 202 Der Judenrat in Tschenstochau ruft die jüdische Bevölkerung am 28. November 1940 zu Spenden auf
- 203 Die Transferstelle in Warschau informiert am 30. November 1940 über die künftige Zuständigkeit für die Nahrungsmittelversorgung des Gettos
- 204 Das polnische Untergrundblatt Placówka fordert am 30. November 1940 dazu auf, den Handel in die Hände von Polen zu überführen
- 205 Der Leiter der Ältestenräte der jüdischen Gemeinden in Ost-Oberschlesien bittet am 3. Dezember 1940 eine Hilfsorganisation in Genf um finanzielle Unterstützung

-
- 206 Eine oppositionelle Gruppe im Getto Litzmannstadt (Lodz) ruft zu einer Hungerdemonstration am 4. Dezember 1940 auf
 - 207 Warschauer Zeitung: Artikel vom 4. Dezember 1940 über das Warschauer Getto
 - 208 Der jüdische Vertreter im polnischen Exilparlament, Ignacy Schwarzbart, schreibt am 7. Dezember 1940 über eine Unterredung mit dem Ingenieur Józef Podoski
 - 209 Ein Sachbearbeiter im Fürsorgewesen in Busko berichtet am 10. Dezember 1940 über die Aufnahme von aus Radom vertriebenen Juden in Chmielnik Kielecki
 - 210 Krakauer Rabbiner bitten den Chef des Distrikts Krakau am 11. Dezember 1940, die Regelungen bei der Vertreibung der Juden zu lockern
 - 211 Der Distriktgouverneur von Warschau fordert am 12. Dezember 1940 die Todesstrafe für unerlaubtes Verlassen des Gettos
 - 212 Eine getaufte Warschauerin jüdischer Herkunft wird im Herbst 1940 denunziert
 - 213 Die Untergrundzeitung Barykada Wolności veröffentlicht am 29. Dezember 1940 zwei Berichte über die Lage im Warschauer Getto
 - 214 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe nimmt am 31. Dezember 1940 zum Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung Stellung
 - 215 Polnische Nachbarn denunzieren das Ehepaar Kowalewski als Juden
 - 216 Der Judenrat in Włoszczowa berichtet Anfang 1941 über seine Fürsorgetätigkeit im Jahr 1940
 - 217 Jüdische Immobilienbesitzer in Chełm bitten am 3. Januar 1941 das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe um Fürsprache bei den Besatzungsbehörden
 - 218 Präsident Westerkamp notiert die Ergebnisse einer Besprechung im Reichssicherheitshauptamt über die Umsiedlung von etwa einer Million Menschen am 8. Januar 1941
 - 219 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats berichtet am 8. Januar 1941 über die finanzielle Lage
 - 220 Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats beantragt am 9. Januar 1941, die Belieferung mit kontingentierten Artikeln zu verbessern
 - 221 Der jüdische Kinderschutzbund in Krakau bittet den Stadthauptmann am 10. Januar 1941 um Zuteilung von Lebensmitteln
 - 222 Am 12. Januar 1941 beginnen Schriftsteller und Journalisten mit der Tageschronik des Gettos Litzmannstadt (Lodz)
 - 223 Die deutsche Besatzungsregierung erörtert am 15. Januar 1941, wie Hunderttausende Polen und Juden zusätzlich im Generalgouvernement untergebracht werden sollen
 - 224 Die polnische Untergrundzeitung Barykada Wolności wirbt am 19. Januar 1941 für den gemeinsamen Freiheitskampf von Juden und Polen
 - 225 Der Kreishauptmann in Grójec weist am 21. Januar 1941 die polnischen Gemeindevorsteher an, die jüdische Landbevölkerung in sechs Kleinstädte umzusiedeln
 - 226 Generalgouverneur Frank fordert auf der NSDAP-Kundgebung vom 22. Januar 1941 in Lublin ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Juden
 - 227 Der Stadthauptmann von Kielce plant am 23. Januar 1941 Gettos in Kielce und Chęciny

- 228 Der Sekretär der Jüdischen Gemeinde in Chlewiska schildert am 29. Januar 1941 die Entwicklung seit dem 1. November 1939
- 229 Shlomo Frank schreibt am 30. Januar 1941 über den Streik in den Tischler-Werkstätten im Getto Litzmannstadt (Lodz)
- 230 Der Kreishauptmann im Kreis Sochaczew-Błonie ordnet am 31. Januar 1941 die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung nach Warschau an
- 231 Das jüdische Untergrundblatt Nasze Hasła ruft im Januar 1941 die jüdische Jugend auf, sich an der kommenden Revolution zu beteiligen
- 232 Ein Gettoinsasse schildert Anfang 1941 die fortschreitende Isolierung der jüdischen Bevölkerung in Warschau seit dem Sommer 1940
- 233 Das Jüdische Hilfskomitee für Kielce berichtet am 5. Februar 1941 über die Neuorganisation der Fürsorge und die anstehenden Aufgaben
- 234 Hersz Wasser beschreibt zwischen dem 6. und 8. Februar 1941, wie die Bewohner des Warschauer Gettos terrorisiert werden
- 235 Die Chronik des Gettos Litzmannstadt (Lodz) verzeichnet am 8. Februar 1941 den Ausbau der gewerblichen Produktion
- 236 Gouverneur Fischer berichtet am 10. Februar 1941 über die Vertreibung von 72 000 Juden in das Warschauer Getto
- 237 Der Kreishauptmann in Janów Lubelski bittet am 11. Februar 1941 um die Genehmigung, Juden aus Kraśnik zu vertreiben
- 238 Der Beauftragte des Distriktchefs für die Stadt Warschau verbietet am 13. Februar 1941 den Warenaustausch mit Juden außerhalb des Gettos
- 239 Die Schülerin Łaja Efrajmwicz schildert nach dem 16. Februar 1941 ihre Zwangsumsiedlung in das Getto in Warschau
- 240 Ein Inspektor der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe berichtet am 17. Februar 1941 über eine Ortsbesichtigung in Radoszyce
- 241 Am 18. Februar 1941 wird ein Jude aus Łuków wegen öffentlicher antideutscher Äußerungen denunziert
- 242 Lucjan Orenbach schreibt am 18. Februar 1941 über seine hoffnungslosen Lebensumstände in Tomaszów Mazowiecki
- 243 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe bittet den Haupthilfsausschuss am 22. Februar 1941 um einen Sonderzuschuss
- 244 Der Schriftsteller Jarosław Iwaszkiewicz beschreibt am 23. Februar 1941 eine Straßenbahnfahrt durch das Getto in Warschau
- 245 Der Leiter des Gesundheitsamts in Litzmannstadt (Lodz) kritisiert am 27. Februar 1941 die Mängel bei der Seuchenprävention im Getto
- 246 Die Zentrale der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vermerkt am 27. Februar 1941 ein Telefongespräch über die Aufnahme von Wiener Juden in Kielce
- 247 Der Kommandant des Ordnungsdienstes kommentiert am 28. Februar 1941 das einjährige Bestehen der jüdischen Polizei im Getto Litzmannstadt (Lodz)
- 248 Der Kreishauptmann von Sokolow-Wengrow (Sokołów-Węgrów) berichtet am 3. März 1941 über die Bildung von Gettos

-
- 249 Der Judenrat in Lublin bittet am 4. März 1941 darum, die Sperrstunden zu verkürzen, um die Seuchengefahr einzudämmen
- 250 Polnische Untergrundorganisationen rufen am 6. März 1941 zur Verweigerung des Wachdienstes in Lagern für Juden auf
- 251 Salomea Cytryń beschreibt ihrem Mann am 6. März 1941 ihren Alltag im Warschauer Getto
- 252 Gouverneur Fischer berichtet am 10. März 1941 über die Zwangsarbeit und Vertreibung von Juden im Distrikt Warschau
- 253 Krakauer Zeitung vom 13. März 1941: Bericht über einen Vortrag von Reichsamtsleiter Schön über das bevölkerungspolitische Programm im Distrikt Warschau
- 254 Der Bürgermeister von Staszów weist am 14. März 1941 den Judenrat an, Seuchen durch Baden und Entlausen zu bekämpfen
- 255 Das Jüdische Hilfskomitee in Kielce berichtet am 15. März 1941 über die Situation von Vertriebenen in Nowa Słupia
- 256 Der Gendarmerieposten Piaski meldet am 20. März 1941 den Rücktransport zwangsausgesiedelter Juden
- 257 Der Chef des Distrikts Lublin gibt am 20. März 1941 die Einrichtung des Gettos in Lublin bekannt
- 258 Das Untergrundblatt Morgn-Fray ruft am 20. März 1941 die jüdische Jugend zur Solidarität mit der polnischen Bevölkerung auf
- 259 Die 17-jährige Halina Nelken schreibt am 20. und 25. März 1941 über ihre Beobachtungen und Empfindungen nach dem Umzug in das Getto in Krakau
- 260 Generalgouverneur Frank informiert am 25. März 1941 über Hitlers Zusage, aus dem Generalgouvernement zuerst die jüdische Bevölkerung zu entfernen
- 261 Eine Krankenschwester schildert am 20. und 28. März 1941 die Zustände in einem Kinderkrankenhaus im Warschauer Getto
- 262 Das Untergrundblatt *Za naszą i waszą wolność* setzt sich im März 1941 mit der antisemitischen Propaganda auseinander
- 263 Führende deutsche Besatzungsfunktionäre erörtern am 3. April 1941 die Isolierung und ökonomische Ausbeutung des Warschauer Gettos
- 264 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe berichtet am 5. April 1941 über die Hilfe für vertriebene Juden
- 265 Der Reichsarbeitsminister widerruft am 7. April 1941 seinen kurz zuvor ergangenen Runderlass, polnisch-jüdische Zwangsarbeiter im Reichsgebiet einzusetzen
- 266 Ruth Goldbarth schreibt ihrer Freundin Edith Blau vom 10. bis 15. April 1941 über die Lebensumstände im Warschauer Getto
- 267 Der Militärarzt in Międzyrzec warnt am 12. April 1941, durch den Zuzug jüdischer Zwangsumsiedler drohe eine Fleckfieberepidemie
- 268 Ein Unteroffizier der Wehrmacht schreibt am 14. April 1941 über seine Eindrücke vom Osten des Generalgouvernements
- 269 *Gazeta Żydowska*: Artikel vom 18. April 1941 über die Vertreibung der jüdischen Gemeinde aus Auschwitz nach Sosnowiec und Będzin

- 270 Die Regierung des Generalgouvernements und die Verwaltungsspitzen des Distrikts Warschau besprechen am 19. April 1941 in Krakau die wirtschaftliche Lage im Warschauer Getto
- 271 Ein Beobachter schildert am 20. April 1941 hungernde und bettelnde Kinder im Warschauer Getto
- 272 Der Stadthauptmann von Tschenstochau fordert am 25. April 1941 die Stadtkommandantur auf, deutschen Soldaten das Betreten des Gettos zu verbieten
- 273 Der Gesundheitsaufseher der Gettoverwaltung Litzmannstadt (Lodz) gibt am 25. April 1941 Beanstandungen eines Lagerleiters an den Judenrat weiter
- 274 Jan Kapczan berichtet Ende April 1941 über „rassenpolitische Forschung“ in Lodz und über die Aufnahme von Vertriebenen im Warschauer Getto
- 275 The Contemporary Jewish Record: Artikel zur Lage der jüdischen Flüchtlinge in Ostpolen bis zum April 1941
- 276 Das polnische Untergrundblatt Wolność polemisiert am 1. Mai 1941 gegen einen Artikel der Krakauer Zeitung
- 277 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe schildert am 5. Mai 1941 Missstände in Zwangsarbeitslagern für Juden
- 278 Ein Unbekannter berichtet am 6. Mai 1941 über die Vertreibung der Juden aus Drobín
- 279 Die zionistische Aktivistin Rywka Glanc schreibt am 11. Mai 1941 aus dem Ausbildungslager in Hrubieszów an Natan Szwab
- 280 Ein Mitarbeiter des Reichsfinanzministeriums spricht sich am 15. Mai 1941 dafür aus, die Haupttreuhandstelle Ost von Unterstützungszahlungen an Juden zu befreien
- 281 Der Leiter der Abteilung Gesundheitsschutz für das Getto Litzmannstadt (Lodz) fordert am 17. und 22. Mai 1941, die Gettoinsassen sollten ihre Abwässer im Getto entsorgen
- 282 Krakauer Zeitung: Bruno Hans Hirche propagiert am 18. Mai 1941 die Gettoisierung im Generalgouvernement und verweist auf geschichtliche Parallelen
- 283 Die Abteilung Unterrichtsverwaltung im Distrikt Radom untersagt am 21. Mai 1941 die Durchführung von berufsbildenden Kursen für Juden
- 284 Ein Finanzinspektor in Busko kommentiert am 21. Mai 1941 den Preisanstieg für Lebensmittel
- 285 Der Vorsitzende des Judenrats in Warschau schreibt am 21. Mai 1941 über eine Unterredung mit führenden deutschen Funktionären
- 286 Die Untergrundzeitung Biuletyn Informacyjny schildert am 23. Mai 1941 die Lage der jüdischen Bevölkerung unter der deutschen Besatzung
- 287 Der Jugendliche Chaim Gluzsztejn berichtet am 28. Mai 1941 über eine Festversammlung zu Ehren des Schriftstellers I. L. Peretz im Warschauer Getto
- 288 Der Judenrat in Bendzin (Będzin) gibt am 30. Mai 1941 bekannt, dass über Teile der Innenstadt ein „Judenbann“ verhängt wird
- 289 Der Bevollmächtigte der polnischen Exilregierung im besetzten Polen berichtet am 30. Mai 1941 über das jüdische Stadtviertel in Warschau

-
- 290 Die Chronisten des Gettos Litzmannstadt (Lodz) beschreiben das Alltagsgeschehen zwischen dem 14. und dem 31. Mai 1941
 - 291 Die Commission for Polish Jewry berichtet im Mai 1941 über die Lage im deutsch besetzten Polen
 - 292 Das jüdische Untergrundblatt Biuletin kommentiert im Mai 1941 die antijüdischen Nachkriegsziele der Nationaldemokratie
 - 293 Der Amtschef im Distrikt Lublin plant am 3. Juni 1941, die jüdische Bevölkerung hinter einer hohen Mauer zu isolieren
 - 294 Der nach Kielce verschleppte Bernhard Deutsch bittet am 8. Juni 1941 das Flüchtlingskomitee des Weltkirchenrats um Hilfe
 - 295 Die Buchhalterin Fela Kamelgarn ersucht den Ältesten der Juden im Getto Litzmannstadt (Lodz) am 8. Juni 1941 um Vermittlung einer Arbeitsstelle
 - 296 Die Jugendliche Miriam Chaszczewacka beschreibt ihre Erlebnisse vom 21. April bis 12. Juni 1941 in Radomsko
 - 297 Ein Regierungsinspektor der Kreishauptmannschaft Lublin-Land zeigt am 14. Juni 1941 einen Bestechungsversuch durch Juden an
 - 298 Ein Mitarbeiter der Jüdischen Gesellschaft für Landwirtschaft berichtet etwa Mitte Juni 1941 über die Torturen der Zwangsarbeit
 - 299 Der Schüler Dawid Rubinowicz schildert die Entwicklung in Krajno vom 16. bis 22. Juni 1941
 - 300 Das nationaldemokratische Untergrundblatt Walka hetzt am 20. Juni 1941 gegen die gettoisierten Juden
 - 301 Krakauer Zeitung: Mitteilung vom 21. Juni 1941 über neue Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung im Distrikt Warschau
 - 302 Der deutsche Bürgermeister von Poddębice beschreibt am 25. Juni 1941 die Lage der jüdischen Bevölkerung
 - 303 Der Politiker Ignacy Schwarzbart ruft am 30. Juni 1941 die polnischen Juden auf, alles zu unternehmen, um die polnische Armee zu stärken
 - 304 Die Gesundheitsbehörden warnen Mitte 1941 vor dem Kontakt mit Juden und Obdachlosen
 - 305 Gazeta Żydowska: Der Vorsitzende des Warschauer Judenrats fordert am 2. Juli 1941 von der jüdischen Bevölkerung Gehorsam und Disziplin
 - 306 Die Gymnasiastin Wanda Lubelska schreibt am 3. Juli 1941 über ihre Lage im Warschauer Getto
 - 307 Der Judenrat in Lublin berät am 7. Juli 1941 über die Bekämpfung einer Fleckfieber-epidemie
 - 308 Ostdeutscher Beobachter: Artikel vom 7. Juli 1941 über die Judenpolitik im Generalgouvernement
 - 309 In einem Bericht der deutschen Verwaltung werden die Zustände im Lager in Trawniki am 9. Juli 1941 geschildert
 - 310 Der Vorsitzende des Judenrats in Chęciny bittet am 14. Juli 1941 den Kreishauptmann in Kielce um Unterstützung gegen Aufrührer

- 311 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe berichtet über seine Tätigkeit im Mai und Juni 1941
- 312 Das Präsidium der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe bespricht sich am 15. Juli 1941 mit Vertretern der Regierung des Generalgouvernements
- 313 Jewish News Bulletin: Der Rat der Polnischen Orthodoxen Juden nimmt am 15. Juli 1941 Stellung zur aktuellen Lage in Polen
- 314 Der Leiter der Umwandererzentralstelle Posen berichtet am 16. Juli 1941 von Erwägungen, die nicht arbeitsfähigen Juden mit „einem schnell wirkenden Mittel“ zu ermorden
- 315 Gazeta Żydowska: Artikel vom 21. Juli 1941 über die Bemühungen des Warschauer Judenrats zur wirtschaftlichen Produktionssteigerung des Gettos
- 316 Generalgouverneur Frank informiert am 22. Juli 1941 deutsche Führungskräfte über Hitlers Ankündigung, die Juden so schnell wie möglich aus dem Generalgouvernement zu entfernen
- 317 Die Jüdische Soziale Selbsthilfe und das Joint Distribution Committee fassen am 30. Juli 1941 Beschlüsse über die Fürsorge
- 318 Das polnische Untergrundblatt Placówka warnt am 31. Juli 1941 vor der Rückkehr der Juden nach dem Krieg
- 319 Ein Vertreter der römisch-katholischen Kirche in Polen unterstreicht im Sommer 1941 die dringliche Notwendigkeit einer „Lösung der Judenfrage“
- 320 Das jüdische Untergrundblatt Yunge Gwardie kommentiert im Juli 1941 die Stellung der Juden im Krieg
- 321 Repräsentanten der polnischen Regierung beschreiben in Warschau das Verhältnis der deutschen Besatzungsmacht zur jüdischen Bevölkerung seit September 1939

DOKUMENTE

DOK. 1

**Nowe Życie: Der Bund warnt in einem Aufruf zum 1. Mai 1939
vor der Bedrohung Polens und der polnischen Juden durch das
nationalsozialistische Deutschland¹**

Es lebe der 1. Mai!

Im Folgenden drucken wir die gekürzte Fassung des 1. Mai-Aufrufs des Zentralkomitees des Bunds² ab (wörtliche Zitate in Anführungszeichen).

„Inmitten von Blitz und Donner des heraufziehenden Gewitters wird die Arbeiterklasse in diesem Jahr den 1. Mai feiern.

Es ist der 50. Maifeiertag in Folge.

Die Gründer der Sozialistischen Internationale haben den 1. Mai zum Kampftag gegen kapitalistische Ausbeutung, nationalistischen Hass und Krieg proklamiert, zugleich als Feiertag der Völkerfreundschaft, der Einheit aller Werktätigen auf der Welt und als Tag der Sehnsucht nach dem Sozialismus ...“

Der Aufruf behandelt im Weiteren die gegenwärtige Weltlage, die faschistischen Gewalttaten der letzten Zeit und fährt fort:

„Die faschistischen Gewalttaten haben die Welt in Aufruhr versetzt. Es ist so klar geworden, wie es klarer nicht geht: Solange der faschistischen Barbarei nicht Einhalt geboten wird, so lange kann sich kein Volk und kein Land seiner Freiheit und Existenz sicher sein, und so lange können Staaten innerhalb einer Nacht von der Landkarte ausradiert und freie Länder in Konzentrationslager verwandelt werden.“

„... *Die Mobilmachung der Kräfte in aller Welt zum Kampf gegen die verbrecherischen Eroberungsgelüste des Faschismus hat begonnen.*“

Die werktätigen Massen der Welt sind zu allen notwendigen Opfern bereit, um die ihnen und ihren Ländern von Seiten des Faschismus drohenden Gefahren abzuwehren. Auch die polnischen Volksmassen, die die Gefahr instinktiv erkannt haben, bekunden diese Bereitschaft, „indem sie eindeutig demonstrieren, dass sie entschlossen sind, *jeden Angriff der Nazis auf die territoriale Integrität und die nationale Unabhängigkeit ihres Landes mit allen Mitteln abzuwehren*“.

„... Der Nationalsozialismus ist der Bannerträger des Antisemitismus“ – erklärt noch heute ein Teil unserer einheimischen Antisemiten, ohne seine Sympathie für die Nazis zu verbergen.

Als Bürger des Landes, mit dem unser Schicksal durch eine jahrhundertelange Geschichte verbunden ist und das sich gegenwärtig in großer Gefahr befindet, als Sozialisten, die

1 Nowe Życie, Nr. 8 (87) vom 30. 4. 1939, S. 1: Niech żyje 1-szy Maja!, Biblioteka Narodowa, P. 36139. Das Dokument wurde aus dem Polnischen übersetzt. Nowe Życie (Neues Leben) war das vierzehntägig in Warschau erscheinende Parteiorgan des sozialistischen Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds in Polen, Litauen und Russland, kurz: Bund (Algemeyner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln und Rusland).

2 Der 1897 in Wilna gegründete Bund setzte sich für die nationale und kulturelle Autonomie der Juden in Polen ein und konkurrierte mit den zionistischen Parteien, die für die Auswanderung nach Palästina eintraten. Der Bund, der mit der PPS zusammenarbeitete, stieg Mitte der 1930er-Jahre zur einflussreichsten jüdischen Partei in Polen auf. Die Bundisten waren seit 1939 im Untergrund tätig und 1943 am Warschauer Getto-Aufstand führend beteiligt. 1944 wurde die Partei wiederbegründet und 1950 in Polen verboten.

jegliche Unterdrückung hassen und die Freiheit lieben, und als Juden, für die der Sieg des Faschismus die physische Vernichtung bedeuten würde, erklären wir im Namen der breiten Masse der jüdischen Bevölkerung unsere Bereitschaft, das Land gegen die Gefahren, die seine Existenz und seine Unabhängigkeit bedrohen, mit allen Kräften und um den Preis größter Opfer zu verteidigen – im engen Bündnis mit den polnischen Volksmassen. Wir haben für die jüdischen Massen stets volle Rechte gefordert, und wir werden dies weiterhin tun, doch kennen auch wir unsere Pflichten.“

Der Aufruf bringt anschließend unsere innigsten Gefühle für die Freiheitskämpfer in Spanien und in allen anderen Ländern zum Ausdruck, erklärt die Solidarität der jüdischen mit den polnischen Arbeitermassen und endet mit dem Aufruf an die werktätigen jüdischen Massen, den 1. Mai unter den vom Bund beschlossenen Parolen zu feiern:

„Gegen die Gefahr des nationalsozialistischen Angriffs – für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit Polens!

Gegen die faschistische Reaktion, gegen Nationalismus und Antisemitismus – für Demokratie!

Gegen kapitalistische Ausbeutung – für den Sozialismus!“

DOK. 2

Der Sicherheitsdienst der SS plant am 7. Mai 1939, ein Informationssystem zur Erfassung der polnischen Juden und der polnischen Führungsschicht aufzubauen¹

Vermerk (Geheime Reichssache) des SD II 112² (Hg³/Pi), ungez., vom 9.5.1939

Betr.: Verbindungen nach Polen

1.) Vermerk:

II 112 hatte am 7.5. eine Besprechung mit SS-U⁴Stuf. Augsburg⁴ über Verbindungsmöglichkeiten nach Polen. II 112 wies darauf hin, daß es darauf ankomme, in Polen Personen zu kennen, die genaue Auskünfte zu einer vollständigen Erfassung des Judentums in Polen geben können.

¹ BArch, R 58/954, Bl. 179f.

² II 112 war seit Anfang 1936 die Bezeichnung für das Judenreferat des SD.

³ Herbert Hagen (1913 – 1999), kaufmännischer Angestellter; 1933 SS- und 1937 NSDAP-Eintritt; von 1934 an in der Zentrale des SD, 1937 – 1939 Leiter der Abt. II 112 des SD, 1940-1944 für den SD in Frankreich tätig, 1942 – 1944 dort persönlicher Referent des HSSPF, dann Chef eines Einsatzkommandos in Kärnten; 1945 – 1948 interniert, dann Geschäftsführer eines Unternehmens in Warstein; 1955 in Paris in Abwesenheit zu lebenslanger Haft, 1980 vom Landgericht Köln zu zwölf Jahren Haft verurteilt, 1984 entlassen.

⁴ Dr. Emil Augsburg (1904 – 1981), Dolmetscher und Übersetzer; von 1936 an im SD; 1937 NSDAP- und 1938 SS-Eintritt; von 1937 an im Wannsee-Institut des SD als Abteilungsleiter für Kultur und Nationalitäten tätig, ab 1939 als Polenexperte im RSHA (Amt VII bzw. Zentralstelle II P), Mitte 1941 Angehöriger des Vorkommandos Moskau der Einsatzgruppe B; 1946 Informant des US-Geheimdienstes, von 1950 an in der Leitung der Organisation Gehlen, dem Vorläufer des Bundesnachrichtendienstes.